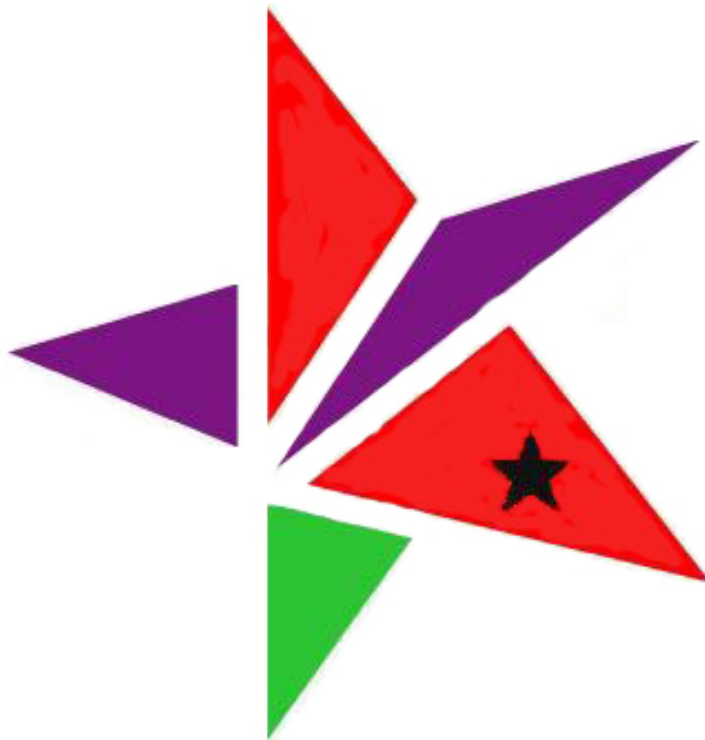


Unter (k)einem günstigen Stern?



NAO und NaO-Prozeß

Texte zum Projekt „Neue antikapitalistische Organisation“
hrsg. von <http://naoprozessdoku.blogspot.eu/>

Band I: Grundlegende Dokumente des NaO-Prozesses

- Das debatten-eröffnende sog. **„Na endlich“-Papier** vom März 2011
- das **Selbstdarstellungs-Flugi** zum NaO-Prozess vom Mai 2012
- ein **Zwischenergebnis** (Hannover II-Entwurf vom Okt. 2012) und das **Ergebnis** der sog. „Essential“-Diskussion vom Mai 2013
- Erklärung **„NaO-Prozeß geht künftig getrennte Wege“** vom Sept. 2013
- **Manifest** vom Dez. 2013

Vorwort

Mit ihrem im März 2011 veröffentlichten „Na endlich“-Papier schlug die Sozialistische Initiative Berlin-Schöneberg (später fiel der Stadtteilname aus dem Gruppennamen weg) eine „solidarische und kontroverse, ergebnisoffene und zielgerichtete Debatte“ zwischen „Marxismus‘ und ‚Autonomie‘, Links-Sozialisten / Links-Kommunisten und Bewegungslinke“ über die Schaffung einer „neuen antikapitalistischen Organisation“ vor.

Eine solche Debatte kam auch bis zum Sept. 2013 – wenn auch nicht mit *berauschender*, so doch mit *einiger* Beteiligung – tatsächlich zustande und wurde ab einem bestimmten Zeitpunkt „NaO-Prozess“ (Diskussionsprozess über die Schaffung einer neuen antikapitalistischen Organisation) genannt. Im Laufe des Jahres hielten dann einige Beteiligte die Zeit für die Gründung einer NAO – nunmehr ein *Eigennamen* und nicht mehr nur ein Arbeitstitel – für reif und verständigten sich auf eine „Manifest“. Dies führte dazu, dass sich der NaO-Prozess ziemlich genau Hälfte:Hälfte filetierte und [im Feb. 2014 vierzig Leute in Berlin eine NAO Berlin gründete](#), was bundesweite Ausstrahlung haben sollte. Anfang 2016 empfahl die NAO Berlin den anderen Beteiligten, den Zusammenhang schon wieder aufzulösen.

Trotz dieses schnellen und kläglichen Endes scheinen uns die seinerzeitige Debatte und die seit dem Sommer 2015 veröffentlichten Bilanzpapiere einen Rückblick Wert zu sein. Wir stellen daher die wichtigsten Texte in Form von .pdf-Broschüren zusammen und zur Verfügung.

Der hier vorliegende Band I enthält die sechs für den NaO-Prozess repräsentativsten Text aus Zeit vom „Na endlich“-Papier bis zum Manifest. Die folgenden Bände enthalten die diversen Auswertungspapiere. Wir behalten hier – soweit vorhanden – das Original-Layout und die Original-Paginierung bei; die späteren Bände, die überwiegend Texte enthalten, die *ohne* Paginierung veröffentlicht wurden, werden dagegen ausschließlich eine fortlaufende Seitenzahlung enthalten.

Übersicht:

1. Sozialistische Initiative Berlin Schöneberg (SIBS), *Neue Antikapitalistische Organisation? Na endlich!* Worüber müssen wir uns verständigen und worüber nicht (März 2011)
http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/07/pruetz_neue_antikap_0311.pdf – Seite 5

2. Internationale Kommunist_innen (InterKomm) / Revolutionär-Sozialistischer Bund (RSB) / scharf-links¹ / Sozialistische Kooperation (SoKo) / Sozialistische Initiative Berlin (SIB), *Neue antikapitalistische Organisation – Muss das wirklich sein?!* (Mai 2012)
http://naoprozessdoku.blogspot.eu/category/gemeinsames/sonstiges/ik_rsb_sib_soko_scharf-links_gemeins_selbstdarstellungs-flugi_2-2012/ – Seite 35

3. [Ergebnis der *Blog*-Diskussion zu den Essentials (Okt. 2012)]²
<http://naoprozessdoku.blogspot.eu/2012/10/07/nach-hannover-ii-essential-entwurf-2-2/> – Seite 37

4. [Ergebnis der Essential-*Arbeitsgruppe* (Mai 2012)]³
 vgl. <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2014/02/17/worueber-sich-revolutionaerinnen-heute-einig-sein-koennten/> – Seite 44

5. *NaO-Prozeß geht künftig getrennte Wege*. Erklärung zum 9. und abschließenden bundesweiten Treffen von VertreterInnen von am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen am 28. Sept. 2013
<http://naoprozessdoku.blogspot.eu/2013/09/28/nao-prozess-geht-kuenftig-getrennte-wege/> – Seite 52

6. Sozialistische Initiative Berlin (SIB) / internationale sozialistische linke (isl) / Gruppe Arbeitermacht (GAM) / Revolution. internationalistische, kommunistische Jugendorganisation / SYKP – Partei des sozialistischen Wiederaufbaus, *Manifest für eine neue antikapitalistische Organisation* (Dez. 2013)
http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/07/13-12-15_nao_manifest.pdf – Seite 53

1 Die Online-Zeitung *scharf-links* kam nach Drucklegung als Unterzeichnerin hinzu.

2 Der von DGS_TaP verfaßte sog. „Hannover II“-Entwurf (oder: *Essential-Entwurf 2.2*) fasst das – nicht-konsensuelle – Ergebnis der – seit Juni 2012 – im NaO-Prozess-Blog geführten Essential-Diskussion zusammen. Vorhergehend gab es Entwürfe 1.0, 2.0 und 2.1.

Der Entwurf 1.0 wurde stückweise – Essential für Essential – im NaO-Prozess-Blog veröffentlicht und diskutiert. Der Entwurf 2.0 (Überschrift: „*Entwurf für eine Erklärung über die theoretisch-strategischen Grundlagen des NaO-Prozesses*“) kann im [Essential-Reader](#) zur NaO-Sommer-Debatte 2012 auf S. 4 - 10 nachgelesen werden; der Entwurf 2.1 war unter der Adresse <http://www.nao-prozess.de/blog/zerschlagung-oder-ersetzung-des-buergerlichen-staatsapparates> veröffentlicht.

Der Hannover II-Entwurf wurde am 7. Okt. 2012 mit einer Einleitung [veröffentlicht](#), in der es u.a. hieß:

„Gestern fand das vierte bundesweite Treffen zum NaO-Prozeß statt. Das gestrige Treffen fand – wie schon das erste, das im Nov. 2011 abgehalten wurde, wieder in Hannover statt (deshalb in der Überschrift ‚Nach Hannover II:‘). Dort gab es erstmals ein feedback der beteiligten Gruppen zum vorliegenden [Vorschlag zur Ausformulierung der NaO-Essentials](#). Von einigen Beteiligten wurde – wahrscheinlich etwas voreilig – von 95 % Übereinstimmung gesprochen. Von der SoKo gibt es aber anscheinend grundlegende Einwände. Insbesondere möchte sie Ausführungen zum ‚Gegenwarts-Kapitalismus‘ in die Essentials aufnehmen. Solche Ausführungen gehören m.E. in das gleichfalls geplante Programmatische Manifest und nicht in die Essentials, die m.E. ihren strategisch-theoretischen Charakter behalten sollten. Auch die Frage der [Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die damit verknüpfte Frage des NaO-Charakters](#) blieb in Hannover strittig. [...]. Aufgrund des feedbacks in Hannover nehme ich noch einmal zwei Ergänzungen an meinem Ausformulierungsvorschlag vor – nämlich in dem Essential zur Bündnispolitik und in dem Essential, das vormals ‚Klassenorientierung‘ hieß. Beide Ergänzungen sind unten fett hervorgehoben. Alle beteiligten Gruppen sollen jetzt bis Mitte Nov. entweder konkrete Änderungsanträge zu meinem Essential-Entwurf oder aber – falls für notwendig gehalten – Generalalternativen vorlegen. Danach wird sich eine Arbeitsgruppe mit den Vorschlägen befassen, und es soll versucht werden, bis Mitte Jan. zu einem Beschluß zu gelangen.“

Das spätere Ergebnis der Essential-Arbeitsgruppe wird hier als **Text 4** veröffentlicht.

3 Beim bundesweiten Treffen zum NaO-Prozess am 12.01.2013 lag ein „Gemeinsamer Vorschlag für die Ausformulierung der bis jetzt erreichten Essential-Konsense von Georg (RSB/SIB), Jens (IK), Oliver ([paeris]), Tobi (GAM), Sigma und DG (beide SIB)“ vor; der Text enthielt außer den genannten Namen den Hinweis: „Auch die IBT hält das Papier für geeignet, um den NaO-Prozeß weiterzuführen.“ In diesen Vorschlag der Essential-AG arbeiteten dann Georg, Tobi und DG am 2. Mai 2013 verschiedene Änderungsvorschläge ein. Die Abweichungen beider Versionen von einander sind im hier veröffentlichten Text markiert.

Trotz des Einvernehmens in der Arbeitsgruppe und trotz des Umstandes, dass es von keiner Seite expliziten Widerspruch gegen die Version von 2. Mai 2013 gab, wurde das Papier nie von einem bundesweiten Treffen zum NaO-Prozess verabschiedet – was allerdings durchaus kein Wunder war, da die Essentials zum revolutionären Bruch und zum Organisationscharakter eine grundlegend andere Konzeption als das von SIB und GAM favorisierte Manifest mit seiner Orientierung auf Breite und auf die schnelle Gründung einer Mitgliederorganisation vorsahen.

Neue Antikapitalistische Organisation? Na endlich ! Worüber müssen wir uns verständigen und worüber nicht

Sie ärgern sich zwar über Eure Lektion, aber sie können trotzdem nicht aufhören, „Klasse“, „Proletariat“ und „Revolution“ mit demselben Akzent zu sagen wie Ihr, nämlich mit dem Akzent der III. Internationale.“
Offener Brief von MANIFESTO an LOTTA CONTINUA 1972 ¹

Teile der (post)autonomen Bewegung / der radikalen Linken diskutieren z. Z. sehr ernsthaft die „Organisationsfrage“ (die AVANTIS sprechen sogar von einem „Neuen kommunistischen Projekt“), was wir aufs Schärfste begrüßen.

Sicher nicht zufällig fällt die Diskussion zusammen mit einer Krise der ‚Interventionistischen Linken‘ (IL) als Struktur, Debattenforum, „Dachverband“ der außerparlamentarischen Linken in Deutschland. Die (Selbst)kritik an den offenkundigen Defiziten der IL – mangelnde bzw. überhaupt nicht vorhandene Verbindlichkeit, linksradikale „Selbstreferenzialität“, keine erkennbare strategische Ausrichtung („Eventhopping“), mangelnde Klassenorientierung geht u. E. in die richtige Richtung. Wobei wir keineswegs verdrängen, daß „unsere Richtung“, also die „traditionelle“ klassenorientierte radikale Linke, sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten ebenfalls nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat.

Soll die Überwindung sowohl der unverbindlichen „Konferenzeritis“ als auch des sektiererischen Zirkelwesens wirklich gelingen, müssen „Marxismus“ und „Autonomie“, Links-Sozialisten / Links-Kommunisten und Bewegungslinke eine solidarische *und* kontroverse, ergebnisoffene *und* zielgerichtete Debatte anfangen. Dabei werden alle Beteiligten auf liebgewordene Vorurteile verzichten müssen: Die einen haben mehr zu bieten als „Parteibuch-Marxismus“, die anderen mehr als „Autozündelei“.

Wir wollen uns mit diesem Papier ernsthaft an der Debatte beteiligen und sind – Einigung in entscheidenden Fragen und eine gewisse Performance des neuen Projekts vorausgesetzt – auch zu organisatorischen Konsequenzen bereit.

„Ernsthaft“ hieß für uns u. a., nicht nur das zu wiederholen, was wir immer schon gesagt haben, sondern uns auch mit dem auseinanderzusetzen, was die potentiellen Partner meinen. Allerdings gestaltete sich die „Quellenlage“ für uns etwas schwierig – der programmatische „Output“ der (Post)autonomie zur beginnenden Diskussion ist recht überschaubar (vielleicht liegt das auch daran, daß die Debatte – noch – etwas „klandestin“ geführt wird).

Fündig wurden wir bei AVANTI, nämlich dem „Grundsatzpapier“ vom Mai 2004, mit welchem wir- was uns selbst überrascht hat- ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt haben. Soweit nicht anders gekennzeichnet, beziehen wir uns bei den Zitaten auf dieses Dokument.

Wir wollen damit niemanden „erschlagen“ oder „Pflöcke einschlagen“ in einer Diskussion, die ja erst beginnt - wir hoffen vielmehr, daß die Leser dies als Ausdruck unseres Interesses

¹ zitiert nach: „Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?“ Eine Kontroverse zwischen MANIFESTO und LOTTA CONTINUA Internationale Marxistische Diskussion, Merve-Verlag Berlin, 1972

an einer seriösen Diskussion werten.

„Wir“ – das ist eine kleine Berliner Gruppe (eher Diskussionszusammenhang) von mittelalten bis älteren Genossen, die vorwiegend linkssozialistisch / trotzkistisch sozialisiert sind. Für die hoffentlich bevorstehenden Barrikadenkämpfe sind wir eher nicht mehr geeignet (wird immer schlimmer mit den Zipperlein), dafür bringen wir was anderes mit: jede Menge Erfahrung. Denn seit frühester Jugend träumen wir nicht von Modelleisenbahnen, sondern von einer revolutionären Massenorganisation. Und wahrlich, wir haben das in den letzten Jahrzehnten – in teilweise unterschiedlichen Zusammenhängen - schon ein paar Mal probiert. Bisher ist es immer mehr oder weniger in die Hose gegangen. Warum also sollte es 2011 / 2012 anders laufen ?

Welche Krise ?

Die Hungerrevolten 2009 in Afrika und Lateinamerika, ganz aktuell die Aufstände im Maghreb und in Arabien, Massenstreiks in Frankreich, Griechenland, Portugal, überfüllte Suppenküchen in Spanien. Auch im „sozialpartnerschaftlichen“ Europa seit den 1920/30er Jahren nicht mehr gekannte Angriffe auf Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner, Schüler und Studenten. In Irland sollen die Staatsausgaben bis 2017 um 50 % (!) reduziert werden. Kevin McLoughlin, Vorsitzender der ‚Socialist Party‘ und Koordinator der ‚United Left Alliance‘ kommentierte das anschaulich so: „Die irische Jugend hat nur zwei Möglichkeiten: kämpfen oder auswandern.“

Nach der Verdreifachung der Studiengebühren in England und den von berittener Polizei niedergeknüppelten militanten Protesten erklärte nicht das ‚Unsichtbare Komitee‘, sondern der Polizeichef von London: „Wir stehen vor einer Periode verschärfter Klassenkämpfe, die polizeiliche Taktik muss sich darauf einstellen.“

Europa und die Welt in Aufruhr, nur Deutschland im sozialpartnerschaftlichen Dornröschenschlaf. Natürlich können MarxistInnen das erklären, aber frustrierend ist es trotzdem. Laut einer demnächst erscheinenden Studie der Hans-Böckler-Stiftung war 2010 das Jahr mit den wenigsten Streiktagen seit langem in Deutschland. Die Vorarbeiten der rot / grünen „Agenda-Politik“ machen sich jetzt bezahlt – für das deutsche Kapital, das (wettbewerbsfähig wie nie zuvor) die Krise sozusagen „exportieren“ konnte. Der Merkel-Regierung ist also gelungen, was sie sich vorgenommen hatte, Deutschland „gestärkt aus der Krise“ zu führen.

Das zugegebenermaßen handwerklich sehr geschickte Krisenmanagement (Abwrackprämie, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, kein Frontalangriff auf die regulär Beschäftigten, sondern auf die Marginalisierten) konnte sich allerdings nicht nur auf die deutsche Gewerkschaftsbürokratie (insbesondere der IGM), sondern auch auf die Stimmung in vielen Betrieben stützen – „Lieber den eigenen Standort sichern als kämpfen“ lautete vielfach die Losung.

Und es scheint ja zu funktionieren: Moderate Lohnerhöhungen wie bei VW und Sonderzahlungen wie bei Daimler lassen ein „Krisengefühl“ erstmal nicht aufkommen. Das eher kümmerliche Klassenbewußtsein in Deutschland (auch viele KollegInnen echauffierten sich über die faulen, ouzo-trinkenden Griechen, denen „wir“ jetzt unter die Arme greifen müssen“) korrespondiert mit einem offenkundigen Desinteresse „bürgerbewegter Proteste“ an der „sozialen Frage“.

Hunderttausende auf der Strasse gegen ‚Stuttgart 21‘ und Castor-Transporte, traurige 2000 Leute bei der Bundestags-„belagerung“ anlässlich der Verabschiedung des Sparpakets.

Und dennoch ist diese „deutsche Stabilität“ verdammt brüchig – sowohl was die Widerstandspotentiale als auch die ökonomischen Perspektiven angeht. In den letzten 3 Jahren stand der Kapitalismus nicht nur einer der größten sozialen und ökonomischen Krisen seiner Geschichte gegenüber.

Die tiefgreifende Legitimationskrise lässt sich nicht mehr so leicht einfangen. 5 € Hartz IV-Erhöhung („es ist kein Geld da“), aber Milliarden für die Bankster innerhalb von Tagen – das vergessen auch die vergesslichsten Malocher nicht so schnell. Selbst in Deutschland stimmen in Meinungsumfragen deutliche Mehrheiten der Aussage zu „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde.“ Den Stand des KlassenBewußtseins bringt Kollege Riexinger sehr schön auf den Punkt: „Die Leute sagen, so wie die Franzosen müssten wir’s machen“ – was zweierlei zum Ausdruck bringt: Wir haben die Schnauze voll, aber es wäre schon schön, wenn andere für uns kämpfen.

Die ökonomischen Perspektiven des Kapitalismus (auch des deutschen) zeigen alles andere als Brüderles „Aufschwung XXL“. Die Krise wird unvermeidlich von den Rändern Europas in die Zentren zurückschwappen. Allein in den USA liegen 2 Billionen \$ auf den Konten der Konzerne, zusätzlich horten die Reichen weitere 10 Billionen \$. Die Banken profitieren von der Krise, die sie mitverursacht haben. Fast zum Nulltarif Geld bei den Zentralbanken leihen, damit Anleihen der „PIGS“- Staaten erwerben und sie für 7 oder 10 % weiterreichen. Die nächsten Spekulationsblasen sind also vorprogrammiert.

Griechenland und Irland waren „Peanuts“, gehen Länder wie Spanien oder Italien bankrott, wird es eng für das „Krisenmanagement“. Die immer wieder angeführte Weltkonjunktur-Lokomotive China sitzt auf Billionen wertloser Dollars und Schrott-US-Staatsanleihen. Sicher bietet der riesige chinesische Binnenmarkt eine der letzten Expansionsmöglichkeiten des Weltkapitalismus, aber noch ist das Pro-Kopf-Einkommen in China nicht höher als in El Salvador.

Conclusio: Wohlwissend, daß Generationen von RevolutionärInnen in ungezählten Dokumenten die finale Krise des Kapitalismus herbei geschrieben haben, halten wir folgendes fest: Wir treten ein in eine Phase von Revolution und Konterrevolution. Daß aber der Kapitalismus nicht von allein zusammenbricht, hat sich mittlerweile rumgesprochen. Also lasst uns einfach mal anfangen – im vollen Bewußtsein der Bescheidenheit dieses Anfangs. Eine revolutionäre Organisation ist kein voluntaristischer Akt, kann nicht einfach proklamiert werden, sondern wird Resultat verallgemeinerter Kämpfe und Mobilisierungen sein – Aber: Auch die größte Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

Das Reisegepäck

Womit wir bei den Reisevorbereitungen wären. Bei dem Thema stößt Mensch unweigerlich auf *den* linken Klassiker: Klarheit vor Einheit oder Einheit vor Klarheit ? Natürlich gibt’s da keine axiomatische Formel, sondern „nur“ die bisherigen Erfahrungen. Vielleicht ist es ganz hilfreich, uns zunächst mal darüber zu verständigen, *wofür* wir denn Einheit herstellen wollen.

Die klassische Aktionseinheit geht am einfachsten. Jede(r) der / die gegen ‚Stuttgart 21‘ ist, kann mitmachen (außer Nazis und Scientologen).Niemand braucht mehr als eine Plastiktüte.

Bei (auf Dauer angelegten) Bündnissen ist schon ein Rucksack nötig. Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ musste sich natürlich darüber verständigen, wie denn die Alternativen zur herrschenden Krisenbearbeitung aussehen sollen, auch wenn nicht in allen Fragen Konsens herzustellen war („Casino schließen“ oder „Kapitalismus abschaffen“).

Bei lokalen / regionalen Wahlbündnissen kommen wir nicht mehr ohne Reisekoffer aus. Die Berliner WASG etwa konnte sich bei ihrem Wahlantritt 2006 nicht darauf beschränken, gegen die Sparpolitik des rot / roten Senats zu sein, sondern musste zu strategischen Fragen wie Haushaltskonsolidierung oder Verhältnis zur LINKEN Stellung zu beziehen – ohne allerdings Einigkeit in „letzten“ Frage erzielen zu können und zu wollen („Anti-Neoliberale“ und „Anti-Kapitalisten“ blieb nichts anderes als zusammenzuarbeiten).

Geht's um Organisationen / Parteien, kommt schließlich die komplette Expeditionsausrüstung zum Einsatz. Während „niederschwellige“ Bündnisse Einigkeit über „kleine“ Fragen brauchen und „große“ Fragen ausklammern können / müssen, ist es hier umgekehrt: Es braucht keine „Linie“ zu jeder kommunalen Detailfrage, aber sehr wohl programmatische und strategische „Leitplanken“. Die „Partei“ gibt im Zweifels- oder Idealfall (je nach Gusto) zu allem ihren Senf dazu: Von „Kronstadt“ bis zur „Präimplantationsdiagnostik“.

Revolutionäre Einheit: Leberwurst mit Himbeermarmelade ?

Wir haben uns also ganz schön was vorgenommen und sollten uns deshalb erinnern, was bislang (schief)gelaufen ist.

Es ist ja nicht so, daß es keine ernsthaften Versuche gab (wir beschränken uns mal auf die Zeit nach 1945). Von der „titoistischen“ UAP in den 1950er Jahren über die „Demokratischen Sozialisten“ in den 1980ern oder die FELS-Initiative 1993 / 94 bis zur IL im neuen Jahrtausend wurde immer wieder gebastelt am historischen Projekt einer Massenorganisation „jenseits von Sozialdemokratie und Stalinismus“. Einer der kühnsten Anläufe war Mitte der 1980er Jahre die Fusion der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) mit der maoistischen KPD/ML („Unter Führung von Ernst Aust wird der Staat hinweggebraust“) zur VSP (Vereinigte Sozialistische Partei). Das war (auch für viele damals Beteiligte) in der Tat der Versuch, Leberwurst und Himbeermarmelade zusammenzubringen.

Es geht nun nicht darum, post festum zu schlaumeiern, ob das Scheitern dieses u. a. Versuche, einen „revolutionäre Attraktionspol“ zu schaffen, an den letztlich ungelösten inneren Widersprüchen oder den widrigen objektiven Gegebenheiten lag – im Gegenteil: Auch wir plädieren beim Organisationsaufbau für „Nahrungsvielfalt“ ! Die GenossInnen der ‚Arbeitsgruppe Marxismus‘ (AGM, heute RSO) haben das schon 2004 ganz nett formuliert:

„Mit allen uns bekannten internationalen Strömungen haben wir doch so relevante Differenzen, daß wir uns nicht auf einer seriösen politischen Grundlage anschließen könnten. Wir haben aber auch nicht den ebenso größtewahnsinnigen wie lächerlichen Anspruch mancher Gruppierungen, daß alle anderen Revisionist/inn/en, Zentrinst/inn/en oder ähnliches seien.

Wir sehen uns vielmehr als **Teil des Spektrums subjektiver Revolutionär/inn/en** (Hervorhebung durch die Autoren), die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, eine revolutionäre Organisation zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft aufzubauen („10 Jahre AGM“, August 2004)

Wir sind fest überzeugt (sonst würden wir uns nicht in das neue Projekt einbringen wollen), daß die Zeit trotz aller Schwierigkeiten reif ist für ein organisatorisches Angebot an dieses „Spektrum der subjektiven RevolutionärInnen“ oder (ums mal ohne Marxismus-Kauderwelsch mit Heinrich Böll zu sagen) für „jenes höhere Wesen, daß wir verehren“.

Aus zwei Gründen ist es u. E. heute leichter als früher für ein solches Projekt und aus einem Grund schwieriger.

Die Resultate eines Vierteljahrhunderts neoliberaler Hegemonie haben erstens der alten Losung „Sozialismus oder Barbarei“ wieder die Herzen und Köpfe geöffnet. Von Tunis bis Dublin bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß „wenn es zum Kapitalismus keine Alternative gibt, wir in sehr großen Schwierigkeiten (stecken)“ (Ellen Meiksins Woods).

Zweitens hat sich in den letzten 25 Jahren auch beim „subjektiven Faktor“ was getan. Während in den 1970er Jahren die im Wochentakt erfolgten Parteigründungen sich gegenseitig in die „Fischmehlfabrik“ expedieren wollten, kooperieren heute etwa in den Anti-Krisen-Bündnissen der Attac'ler mit dem DKP'ler oder der junge Autonome mit dem Verdi-Funktionär.

Leider hat aber drittens die neue Diskussionsfreude und Offenheit auch ihre Schattenseiten. Viele GenossInnen haben für unseren Geschmack zu lange in Sozialforen gegessen, Teile auch der radikalen Linken sind saft-, kraft- und mutlos geworden. Auf endlosen Marxismus / Sozialismus / Kommunismus – Konferenzen wird mit jedem über alles debattiert, das Resultat ist immer daſelbe: Schön, daß wir mal drüber geredet haben.

Wir hätten jetzt gern mal etwas handfester, soll heißen „Raus aus dem Zirkelwesen“ *und* „Kein Friede mit dem Kapitalismus“. Dazu gehört Offenheit und Dialog / Kompromissbereitschaft, aber eben auch der Mut, die eigenen revolutionären Positionen wieder mit ein wenig mehr SelbstBewußtsein zu vertreten. Auch wenn „Burgfriedenspolitik“ heute viel schickere Namen hat – Karl Liebknechts Abrechnung in den ‚Spartakusbriefen‘ von 1916 mit der völlig verrotteten Sozialdemokratie ist (eben auch) aktueller denn je: „Nicht Einheit, sondern Klarheit über alles. Keine milde Duldsamkeit (...), sondern ätzende Kritik bis in die letzte Faser, peinliche Abrechnung auf Heller und Pfennig“.

Schmerzgrenzen

Daß es ohne Kompromisse nicht geht, versteht sich ja von selbst. Aber damit die Mahlzeit trotz „Nahrungsvielfalt“ nicht ungenießbar wird, müssen alle Beteiligten auch ihre „Schmerzgrenzen“ definieren und artikulieren.

Für uns gibt es nur 5 unverhandelbare Punkte:

1. Konzept des revolutionären Bruchs
2. Keine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise
3. Klassenorientierung
4. Einheitsfront-Methode
5. (Eine gewisse) organisatorische Verbindlichkeit

Über alles andere müssen wir reden. Vor allem und zuerst über das Verhältnis des neuen Projekts zur LINKEN. Diese Frage – gibt es einen Platz links der LINKEN und wenn ja, wie füllen wir ihn aus – ist eine Frage des politischen Überlebens oder genauer: Hier entscheidet sich, ob das neue Projekt eine Totgeburt wird oder nicht. Denn wenn wir nicht oder nicht gut genug erklären können, warum AntikapitalistInnen bei uns und nicht bei der LINKEN mitmachen sollen, können wir gleich wieder einpacken.

Neue linke Formationen in Europa

Der Untergang der Sowjetunion und der Ostblockstaaten nach 1989 haben zu einer Implosion stalinistisch-„eurokommunistischer“ Massenparteien in Europa geführt (Italien, Frankreich). Ausnahmen bilden die nach wie vor großen und einflussreichen griechischen, portugiesischen und tschechischen KPen, die sich allerdings durch Sektierertum/Dogmatismus der haarsträubendsten Art kennzeichnen.

Die parallel verlaufende „Neoliberalisierung“ der europäischen Sozialdemokratie hat auf dem (links)reformistischen Feld ein Vakuum entstehen lassen, daß die „Neuen Linken Formationen“ zu füllen beginnen. Obwohl diese Ausgangslage der „Geburtshelfer“ aller dieser Formationen war, ist die politische Ausprägung von Land zu Land sehr verschieden. Auf dem rechten Flügel (links)reformistische Parteien wie die deutsche LINKE oder die holländische SP, auf dem linken Flügel revolutionäre Organisationen wie die französische NPA. Wir wollen die aus unserer Sicht wichtigsten Ansätze beleuchten:

I. Italien

Fangen wir mit einer Niederlage an: Italien. 1990/91 bildete sich aus einer Spaltung der ehemals Kommunistischen Partei und verschiedener außerparlamentarischer Organisationen der radikalen Linken die Rifundazione Comunista (RC). Startete die neue Formation mit circa 100.000 Mitgliedern, so wuchs sie im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung auf 130.000 Mitglieder an. Mit der Verbindung von alter Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen gelang es RC sehr schnell, zum Vorzeigeprojekt der radikalen Linken in ganz Europa zu werden. Von Anfang an fehlte allerdings Klarheit über die Frage der Regierungsbeteiligung. RC war später an zwei Mitte-Links-Regierungen beteiligt, die in einem völligen Desaster für RC und die gesamte italienische Arbeiterbewegung endeten. Das Problem dieser Regierungsbeteiligungen bestand nicht nur darin, daß sie die Politik der vorherigen Rechts-Regierungen unverändert fortsetzte, d.h. Sozialabbau, Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes und ähnliche Dinge, sondern daß sie sich auch außerstande fühlte, der Macht von Berlusconis Medienimperium irgendetwas entgegen zu setzen. Es hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, während dieser Zeit Berlusconis Imperium per Gesetz einzuschränken und ihn für seine Verbrechen vor Gericht stellen zu lassen. All dies versäumte die Mitte-Links-Regierung und es kam, wie es kommen musste: Berlusconi gewann 2007 die Wahlen. RC ist heute ein Schatten ihrer selbst: 100.000 Mitglieder verloren, parlamentarische Präsenz gegen Null, in der Arbeiterklasse keine Position mehr. Die RC ist de facto am Ende. Es gibt jetzt einen neuen Versuch der Umgruppierung linker Kräfte in Italien: Die Metallarbeitergewerkschaft FIOM ist zum gemeinsamen Bezugspunkt der außerparlamentarischen Linken geworden.

II. Frankreich

In Frankreich gibt es eine traditionell starke radikale Linke, die sowohl in Gewerkschaften als auch in Betrieben verankert ist. In Frankreich gibt es nun zwei neue politische Formationen,

die beide für sich in Anspruch nehmen, zur Neu-Orientierung der Arbeiterbewegung beizutragen, die NPA und die Parti de Gauche.

Die Parti de Gauche ist ähnlich wie die Linkspartei in Deutschland aus dem linken Flügel der sozialistischen Partei entstanden. Auch die Parti de Gauche will eine breite anti-neoliberale Partei aufbauen, die in der Lage ist, das Kräfteverhältnis in Frankreich zu verschieben. Die größte Unklarheit besteht bei der Parti de Gauche darin, daß sie ein völlig ungeklärtes Verhältnis zur Regierungsbeteiligung unter kapitalistischen Vorzeichen hat, und auch nicht bereit zu sein scheint, dieses zu klären. Nach einer möglichen Abwahl Sarkozys 2012 könnte die Partei an einer von den Sozialisten geführten Regierung beteiligt werden.

Die zweite Neugründung ist die NPA, die aus einer Verbindung der alten trotzkistischen LCR und neuen unabhängigen Kräften entstanden ist. Die NPA versteht sich deutlich als antikapitalistische Partei. Anders als die Parti de Gauche spricht sich die NPA klar gegen eine Regierungsbeteiligung unter kapitalistischen Vorzeichen aus. Allerdings ist das Verhältnis der NPA zur Parti de Gauche innerhalb der NPA umstritten, ein Flügel pocht auf die enge Zusammenarbeit. Dieser Umstand und die sogenannte „Kopftuch-Frage“ und die mittelmäßigen Wahlergebnisse haben in der NPA zu Diskussionen geführt, deren Ende noch nicht in Sicht ist. Auf die Kopftuchfrage werden wir an anderer Stelle näher eingehen.

III. Griechenland

Die griechische radikale Linke ist traditionell stark zersplittert, numerisch und gesellschaftlich aber nicht ohne Bedeutung. Griechenland ist eines der ersten Beispiele für eine Differenzierung/Umgruppierung in den neuen linken Formationen Europas.

Innerhalb von SYRIZA/SYNASPISMOS wird aktuell eine heftige Debatte geführt zwischen den - verkürzt gesagt - beiden Polen „Regierungsbildung mit PASOK“ oder „Klassenunabhängigkeit/Klassenkampf“.

Im Zuge der griechischen Krise hat sich jetzt eine neue interessante Formation gebildet, nämlich Antarsya. Antarsya ist keine Partei, sondern eine Front aus zehn verschiedenen Organisationen. Es gibt innerhalb Antarsyas eine sehr heftige Diskussion darüber, ob Antarsya eine neue Partei werden oder eine Front bleiben soll. Die Frage wird in den nächsten Monaten entschieden werden. Jedenfalls versucht Antarsya neue Lösungen zu finden für die Überwindung der traditionellen Spaltung zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterbewegung. Die Stärkung von Basiskomitees, die Organisation zivilen Ungehorsams, aber auch die Beteiligung an Wahlen sind Referenzpunkte des neuen Projektes.

Allgemein müssen wir aber konstatieren, daß keineswegs sicher ist, daß Antarsya zu einem erfolgreichen Projekt der radikalen Linken wird. Die Chancen stehen fünfzig zu fünfzig.

IV. Irland

Irland, das lange als das Wirtschaftswunderland Europas galt, erscheint selten im Blickfeld der europäischen Linken. Durch die Finanzkrise wurde Irland in besonderer Weise getroffen. Die Hilfspakete von IWF und EU waren mit der Auflage verbunden, massive Renten- und Lohnkürzungen durchzuführen. Die Belastungen, die Irland im Moment zu tragen hat, sind so groß, daß das Land am Abgrund taumelt. „Entweder kämpfen oder auswandern!“ - dieser Spruch macht im Moment unter irischen Jugendlichen die Runde.

Die Verwerfungen, die mit den Auflagen von IWF und EU verbunden sind, führten zu einer Regierungskrise und zur Auflösung des Parlaments. Am 25. Februar wurde ein neues Parlament gewählt und die regierende Fianna Fail (Grüne-) Regierung wurde aus dem Amt gejagt. Das erste Mal seit mehreren Jahrzehnten konnte sich die radikale Linke auf eine gemeinsame Plattform einigen und fünf Sitze im neuen Parlament erobern. Das irische

Wahlrecht ist sehr kompliziert, aber jede Person, die einen Sitz im Parlament haben will, muss im jeweiligen Wahlkreis mindestens zwischen zehn und zwanzig Prozent erhalten. Die United Left Alliance (ULA) besteht aus unterschiedlichen Komponenten, unter anderem der sozialistischen Partei, der irischen SAV-Schwester, und ‚Peoples before Profit‘, dem irischen Marx21-Pendant, sowie einer Reihe von unabhängigen Organisationen. Organisationen, die in Deutschland noch nicht mal miteinander reden, sich in Irland aber zu einer neuen Front zusammengeschlossen haben. Alle gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sind in langen, außerparlamentarischen Kämpfen profiliert und genießen hohes Ansehen unter den arbeitenden Menschen. Die ULA wird jetzt diskutieren, ob sie eine neue gemeinsame Partei bildet.

Zusammenfassend würden wir sagen, eine neue Organisation der radikalen Linken in Deutschland sollte sehr genau vier europäische Ansätze beobachten: Die französische NPA, den italienischen „Verein der Freunde der FIOM“, die irische ULA, und (mit Einschränkungen) das griechische Projekt ANTARSYA.

Die LINKE in Deutschland

„Die LINKE“ ist für Deutschland ein neues Phänomen. Zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg gibt es eine wahlpolitisch relevante Partei links von der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik, von der Episode der Grünen in den 80ern abgesehen.

Wir wollen die „Linke“ weder verteufeln, noch hochleben lassen. Die schiere Existenz einer reformistischen Massenpartei ist für deutsche Verhältnisse ein Fortschritt. Sie ist zwar meist nur wahrnehmbar in Wahlkämpfen und Talkshows, aber schon dies allein zwingt andere Parteien dazu, über Themen wie Mindestlohn und Hartz IV zu reden und sich zu rechtfertigen.

Hinzu kommt, daß durch die Orientierung von Teilen der Gewerkschaftsbewegung auf die „LINKE“ der monopolartige Zugriff der SPD auf die Gewerkschaften beendet wurde.

Die innerparteilichen Konflikte in der Linkspartei brechen zurzeit verstärkt auf, die organisierten Strömungen vom FdS (Forum demokratischer Sozialismus) über die SL (Sozialistische Linke) bis zur AKL (Antikapitalistische Linke) bündeln allerdings zusammen nur einen kleineren Teil der Mitgliedschaft. Keine von ihnen ist auf Bundesparteitagen mehrheitsfähig. Die Mehrheit der Mitglieder nimmt am Parteileben nicht teil.

Die Politik der Partei in Ost und West unterscheidet sich erheblich. Man könnte meinen, es handele sich um zwei verschiedene Parteien. Während im Westen meist das klassisch linkssozialdemokratisch bis sozialistische Forderungskatalog vertreten wird, sind die Ostverbände im Kapitalismus „angekommen“. Sie wollen in die Regierung, beinahe um jeden Preis. Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligungen werden erst gar nicht diskutiert. Und Gnade Gott, Sie kommen in eine Regierung!

Es gibt kaum Prinzipien, die hier nicht über Bord geworfen wurden. Privatisierung, Stellenabbau, Bildungskürzung, Tarifbruch, usw. usw. Es gibt kaum etwas auf der neoliberalen Agenda, was nicht die eine oder andere Regierung unter Beteiligung der Linken exerziert hat.

Der Programmentwurf der Linken hat zwar eine deutlich kritische Tendenz zu diesen Regierungsbeteiligungen und ist deutlich links von der alten Programmatik der PDS

angesiedelt. Aber wir sind altmodisch genug, uns zu erinnern, daß ein Schritt wirklicher Bewegung bedeutender ist als zehn Programme, und die Bewegung in der Linken kommt meist vom rechten Flügel.

Es ist unseres Erachtens nicht vorhersehbar, wie die Linke sich entwickelt. Unsere Erfahrung zeigt uns aber, daß eine Partei, in der die Basis schwach engagiert ist, meist durch die Apparate und die Fraktionen beherrscht wird, welche die grundlegende Tendenz zur Anpassung an die Notwendigkeiten von „Realpolitik“ haben.

Konkurrenz belebt das Geschäft

Auch wenn es nervt, wir sagen es noch mal, eine unsektiererische Politik gegenüber der LINKEN wird die erste und größte Herausforderung für das neue Projekt, so es denn tatsächlich an den Start geht.

Natürlich treten wir in Konkurrenz zur LINKEN (sonst bräuchten wir ja gar nicht loslegen), aber nach unserer festen Überzeugung muss das neue Projekt glaubhaft rüberbringen, daß es sich um eine sozusagen „solidarische Konkurrenz“ handelt. Die LINKE-Führung und erst recht ihre Mitglieder, Wähler, Sympathisanten sind nicht der Klassenfeind und auch nicht die Agenten des Klassenfeindes o. Ä.

Wir teilen die Skepsis der AVANTIS vor Leuten, die „den Trennungsstrich zum Gegner vor den eigenen Füßen ziehen“ (S. 7). Salopp formuliert: Konkurrenz belebt das Geschäft. Die LINKE ist ein Angebot für „Kapitalismus-Zähmer“, wir sind ein Angebot für „Kapitalismus-Abschaffer“.

Es gilt aus gemachten Fehlern zu lernen. So ist die WASG-Berlin 2006 nicht an der 5 %-Hürde gescheitert, weil sie von so wenig Wilmersdorfer Witwen und Charlottenburger Kleingewerbetreibenden gewählt wurde. Dieses Milieu wählt keine Linken, auch wenn sie sich noch sehr „anti-neoliberal“ kostümieren.

Entscheidend war, daß von den 180.000 Stimmen, die die Berliner Linke im Vergleich zum PDS-Ergebnis 2001 verloren hat, nur 16.000 (also weniger als 10 %) bei der WASG gelandet sind. Es ist der WASG also nicht gelungen, sich als ernsthafte und glaubwürdige *linke* Alternative zur LINKEN *in Berlin* zu präsentieren und gleichzeitig deutlich zu machen: Wir wollen die *bundesweite* LINKE.

Etwas überspitzt formuliert: Es kommt nicht so sehr darauf an: Was *ist* die LINKE ? Auch nicht : Wie finden *wir* die LINKE ? Sondern: Wie ist der Blick der ArbeiterInnenklasse auf diese Partei, welche Hoffnungen und Erwartungen werden in sie gesetzt ?

Viele Linke in der LINKEN (von Marx21/SL über AKL/ISL bis zur SAV) werden uns vorhalten, daß es sich bei unserem Projekt insofern um ein voluntaristisches handelt, als die Zeit für so was noch nicht reif sei. Das ist was dran.

Niemand, der für 5 Pfennig politischen Verstand hat, zweifelt daran, daß z.B. Petra Pau und Lucy Redler nicht für ewig in einer Partei bleiben werden. Aber diese unvermeidlichen Differenzierungen und Um- / Neugruppierungen stehen in der LINKEN (noch) nicht auf der Tagesordnung. Das ist in der Tat der Unterschied zu vergleichbaren Formationen, die das schon hinter sich haben (PRC in Italien) oder mittendrin sind (Syriza in Griechenland).

Wir möchten den Linken in der LINKEN vier Antworten auf diese Kritik geben:

1. Das neue Projekt ist weit davon entfernt, morgen an den Start zu gehen, es befindet sich ja noch nicht mal in der „Aufbauphase“. Wenn wir nicht alles verkehrt verstanden haben, geht es 2011 v. a. um Diskussion, Klärung, Verständigung. Vor 2012 wird wohl kaum irgendwas „gegründet“ werden. Bis dahin gibt's z.B. noch mehrere Landtagswahlen. Warten wir mal ab, was innerhalb und außerhalb der LINKEN passiert, wenn sich der erste West-Landesverband von der SPD hat über den Tisch ziehen lassen.

2. Falscher Zeitpunkt ? Ja und Nein ! Die Geschichte hat die unschöne Eigenschaft, sich öfter nicht an die „Geschichtsfahrpläne“ studierter MarxistInnen zu halten (galt für die russischen Menschewiki und gilt für die Super-Strategen von Marx21). Ergeben sich realistische Möglichkeiten revolutionärer Organisation, muss Mensch auch mal zugreifen, denn solche „Zeitfenster“ bleiben nicht ewig offen.

Allen, die an einer Organisation der radikalen Linken in Deutschland ernsthaft interessiert sind, jetzt zu sagen, „Ihr müsst leider noch warten, bis sich die LINKE auch im Westen so richtig blamiert hat“, würde die vorhandenen Möglichkeiten zerstören.

3. Wie genau und sensibel wir die Entwicklung der LINKEN beobachten, haben wir wohl hinreichend deutlich gemacht, aber wir sollten auch aufpassen, nicht in die Rolle des Kaninchens vor der Schlange zu verfallen. Es gibt auch ein politisches Leben links der LINKEN ! Das ist in Städten wie Berlin oder Hamburg natürlich größer und bunter als im Bayrischen Wald. Und natürlich gibt es links der LINKEN auch viele Sektierer und „Gläubige“, aber eben auch Zehntausende „Normalos“, die grundsätzlich „durch“ sind mit dem Kapitalismus und sich trotzdem (oder deswegen !) von der hauptsächlich parlamentarischen Geschäftigkeit der LINKEN nicht wirklich angezogen fühlen. Diesem Spektrum sollten wir ein attraktives Angebot machen.

4. Schließlich zeigt die „italienische Erfahrung“, daß es – jedenfalls für die, die revolutionäre Alternativen zum Kapitalismus für nötig und möglich halten – unbedingt angesagt ist, sich auf die absehbaren Brüche in den „neuen linken Formationen“ nicht nur programmatisch-strategisch, sondern auch praktisch-organisatorisch vorzubereiten, um eben nicht wie die italienische Linke nach dem Zusammenbruch der PRC vor einem Scherbenhaufen zu stehen.

Kein Friede mit dem Kapitalismus

Ein weiterer linker Debatten-Klassiker ist natürlich die uralte Frage „Reform oder Revolution ?“

Weil nach den Sozialräubereien der Agenda 2010 die Aussicht auf weitere „Reformen“ bei den unteren Ständen eher Panik als Hoffnung auslöst, wird der Begriff auch von (links)reformistischen Kreisen nur noch ungern benutzt. Der gebildete Reformist spricht heute lieber von „Transformation“ oder neuerdings auch von „Reformation“.

Wenn wir an der Idee des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus festhalten, dann nicht, weil wir Anhänger des möglichst radikalen Wortgeklingels sind oder in unserer Freizeit „den Sturm aufs Winterpalais“ nachspielen.

„Wer kein Sozialticket durchsetzen kann, braucht nicht in Träumen von Kommunismus zu schwelgen.“

(AVANTI-Flugblatt „Besser Scheitern: Von der Krise zum kollektiven Handeln“, November 2010)

Aber wir wollen eben auch nicht so enden, wie manche GenossInnen der LINKEN, die die „kundenfreundliche“ Neugestaltung eines Jobcenter-Eingangs als sozialpolitische Großtat feiern.²

Wir werden diesen Punkt nicht ausführlicher behandeln – daß ein „neues kommunistisches Projekt“ nicht reformistisch angelegt wird, sollte Konsens sein.

Jenseits aller hehren Selbstverständnisse geht es nämlich auch um ganz profane Dinge. Der Charakter des neuen Projekts ergibt sich fast zwangsläufig aus der Analyse der LINKEN und ihrer Defizite. Kein Mensch braucht eine dritte oder vierte reformistische Partei. Und das bedeutet bei Strafe des Untergangs / Scheiterns: Die neue Organisation wird revolutionär sein oder sie wird gar nicht sein.

Während der „alte“, klassisch-sozialdemokratische Reformismus auch jenseits der radikalen Linken immer stärker in Misskredit gerät, herrscht über „neue“, (post)moderne reformistische Konzepte ubiquitäre Verwirrung – teilweise auch in den eigenen(revolutionären) Reihen.

Dazu ein paar Stichworte:

1. Wenn der „Neoliberalismus“ keine neue Gesellschaftsform ist und auch keine Entartung / Fehlentwicklung der Marktwirtschaft, sondern – in Reaktion auf die Verwertungsprobleme seit den späten 1970er Jahren – eine neue Phase der spätkapitalistischen Entwicklung, dann ist der „Anti-Neoliberalismus“ gelinde gesagt keine große Hilfe bei der Herausbildung / Stärkung antikapitalistischer Perspektiven.

2. Ähnlich verhält es sich mit der „Anti-Globalisierungsbewegung“:

„Dabei wollen und dürfen wir allerdings nicht verkennen, daß die globalisierungskritische Bewegung als solche keinen revolutionären Charakter hat. Im Gegenteil: Gerade ihr am besten organisierter und öffentlich wahrnehmbarster Teil (attac, NGO's, einige Gewerkschaften) wird nicht zu Unrecht als internationale außerparlamentarische Sozialdemokratie bezeichnet.“ (AVANTI, S. 53)

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

3. Das Ende des „fossilen Kapitalismus“ ist/wäre keineswegs zwangsläufig das Ende des Kapitalismus. Auch ein grüner Kapitalismus wird keine Antworten finden auf die sozialen und ökologischen Überlebensfragen der Menschheit.

4. Wir sind bekennende Anhänger der Aktionseinheit von Reformisten und Revolutionären und plädieren durchaus auch für eine über solche Aktionseinheiten hinausgehende Bündnispolitik. Aber instrumentalisieren / verscheißern sollten wir uns nicht lassen. Wenn das Konzept der „Mosaik-Linken“ so aussieht, daß die einen in der Regierung „Sachzwänge“ exekutieren und die anderen auf der Strasse dagegen protestieren und hinterher setzen wir uns zusammen und reden mal drüber – dann sollten wir uns von derartigen Veranstaltungen lieber fernhalten.

² Das haben wir uns (leider) nicht ausgedacht. Auf einer MV der LINKEN Berlin-Neukölln wurde das ernsthaft als ein Erfolg der bezirklichen Zählgemeinschaft (so was ähnliches wie eine Bezirksregierung) von SPD, GRÜNEN und LINKEN gepriesen.

5. Unseren entschlossenen Widerstand verdienen und verlangen schließlich die neuen „bewegungsphilosophischen“ Versuche, „die Krise zu denken“. Der Postmodernismus läuft im Kern darauf hinaus, daß sich innerhalb der LINKEN postmoderne Phrase und reformistischer Apparat verbünden, und gesamtgesellschaftlich wird hier eine pseudo-dissidente Legitimationsfolie für rot / rot / grüne Machtoptionen gebastelt. Ellen Meiksins Woods hat das kürzlich in einem Interview mit dem kanadischen „New Socialist“ sehr gut auf den Punkt gebracht:

„Wenn Postmodernisten auf Fragmentierung und „Differenz“ beharren, meinen sie, neben anderem, auch, daß es so etwas wie ein „totalisierendes“ System des Kapitalismus nicht gibt, ein System, das seine eigene, vereinheitlichende Logik, seine eigenen Bewegungsgesetze der Gesamtheit der Gesellschaft aufzwingt. Was sind also die Implikationen einer solchen Sichtweise ? Meines Erachtens, daß es kein übergreifendes Herrschaftssystem wie das der Macht des Kapitals oder das der Systemzwänge des kapitalistischen Marktes gibt, und daß es nur eine Menge unterschiedlicher und unverbundener Machtbeziehungen gibt.“ (.....)
„Die Menschen mögen heute über Identitäten reden anstatt von Interessengruppen, doch der postmoderne Pluralismus verschleiert ebenso wie seine alten Spielarten die Realitäten der Macht in kapitalistischen Gesellschaften. Er entwaffnet und zersetzt auch den Widerstand gegen den Kapitalismus.“³

6. Wir rufen die AntikapitalistInnen dazu auf, sich endlich mal mit dieser neuen „Denke“ zu beschäftigen, denn neu ist sie in einer Hinsicht tatsächlich: Auch wenn Eduard Bernstein und Nachfahren den Klassenkampf zunehmend auf einen „Kampf mit dem Stimmzettel“ reduzierten – die „Klasse“ war immerhin noch eine analytische und politische Kategorie. Für Postmodernisten (wie für Teile der „Wertkritik“) gibt’s keine Klassen mehr und wenn doch, dann ohne jede gesellschaftsverändernde Bedeutung. Womit wir gleich beim nächsten Punkt wären.

Klasse, Prekariat, soziale Bewegung

„War die revolutionäre Linke zunächst ein untrennbarer Teil der ArbeiterInnenbewegung, so traten – insbesondere seit den späten 1960er Jahren – mit den sozialen Bewegungen neue politische Strukturen in den Vordergrund, die für einen beträchtlichen Teil der RevolutionärInnen zu einem wichtigen, wenn nicht gar zum hauptsächlichen oder einzigen Betätigungsfeld wurden. (...)denn eine wirksame gesellschaftliche Gegenmacht kann heute – nach unserer Überzeugung – nicht mehr allein in der ArbeiterInnenbewegung aufgebaut werden. Dabei halten wir es allerdings für ebenso sicher, daß ohne oder sogar gegen die Mehrheit der Lohnabhängigen keine Gegenmacht entstehen kann, die eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft auf die Tagesordnung setzen könnte.“ (AVANTI, S.49)

Wir würden das anders formulieren: Für uns wäre es z.B. schon sehr wichtig, daß ein „neues kommunistisches Projekt“ sich als „untrennbarer Teil der ArbeiterInnenbewegung“ versteht. Aber auf dieser Grundlage können wir jedenfalls die Diskussion beginnen.

„Arbeiterklasse“ und „soziale Bewegungen“ als Interventionsfelder revolutionärer Politik stehen ja nicht gegeneinander. Es geht auch nicht darum, festzulegen, wer welchen prozentualen Anteil am Widerstandspotential hat. ArbeiterInnen sind nicht besser, schöner oder klüger als Feministinnen oder Anti-Atom-AktivistInnen, aber als Mehrwertproduzenten sind sie die einzigen, die die Herrschaft des Kapitals unmittelbar und direkt in Frage stellen (können). Klassenorientierung hat nichts (oder sollte nichts) zu tun haben mit „Proletkult“. Das neue Projekt sollte u. E. Kurs halten

³ zitiert nach JW vom 29./30.1.11.

zwischen „Workerismus“, also romantischer Verklärung des „Blaumanns“ und „Selbstreferenzialität“, also immer wieder nur sich selbst und das engere Umfeld mobilisieren, weil der Bezug auf eine vermeintlich „verbürgerlichte“ Arbeiterklasse zu mühselig / sinnlos erscheint.

Natürlich gibt es eine „traditionalistische“ reformistische Linke, die ihren Focus nach wie vor ausschließlich auf die „industriellen Kerne“ richtet (aktuelles Beispiel ist der skandalöse Umgang der IGM-Führung mit den Leiharbeitern). Und natürlich gibt es eine „traditionalistische“ revolutionäre Linke, die sich zu sehr oder ausschließlich auf diese bezieht und deshalb dazu neigt, dieselben Fehler zu machen.

Deshalb stimmen wir hundertprozentig mit dem Ansatz überein, den Blick verstärkt auf die „marginalisierten Ränder“ zu richten (wobei schlaue Papiere nicht reichen, es müssen endlich mal Kämpfe auch in diesen Sektoren gewonnen werden, was durchaus neue Organisationsstrukturen und Aktionsformen wie „Organizing“ oder „Flashmob“ braucht).

Was wir in die reformistischen Großorganisationen tragen müssen, ist das Bewußtsein, daß es nicht nur um altruistische Solidarität mit den „überausgebeuteten“ Prekären geht, sondern auch um „egoistisches“ politisches Kalkül.

Denn Leiharbeiter z.B. führen den Stammebelegschaften tagtäglich ihre eigene Ersetzbarkeit vor Augen und die Armee von „Hartzern“ zeigt brutal deutlich, wie schnell jede(r) „ganz unten“ landen kann.

Eigentlich eine uralte Erfahrung / Erkenntnis der Arbeiterbewegung – je größer die industrielle Reservearmee desto erpressbarer auch die organisiertesten Teile der Klasse und damit die Klasse insgesamt.

Vier kurze Anmerkungen zum Klassenbegriff:

1. Die Zahl der abhängig Beschäftigten nimmt nicht ab, sondern zu.⁴
2. Dienstleistungs- und „Wissensarbeiter“ sind keine klassischen Produktionsarbeiter, aber eben Arbeiter.⁵
3. Bisweilen geht es nicht um „Ideologeme“, sondern um schlichte Definitionen und statistische Zuordnungen.⁶
4. Die „Neuzusammensetzungen“ der Arbeiterklasse führen nicht zu „nivellierten Mittelstandsgesellschaften“ – im Gegenteil.⁷

⁴ Werner Seppmann, Projekt Klassenanalyse@BRD, zitiert nach Prütz/Schilwa „Crossover-Welle in Postmodernien“, alle Belege dort.

⁵ „Entscheidend (jedenfalls für MarxistInnen) ist nicht, **was** die Produzenten herstellen / anbieten (Güter oder Dienstleistungen), sondern **wie**, d.h. unter welchen Bedingungen deren Produktion erfolgt. Relevant ist nicht die Benennung der Tätigkeit (Arbeiter, Angestellter, Wissensarbeiter), sondern die Frage, ob es sich um Lohnarbeit handelt oder nicht.“ a.a.O.

⁶ „Als >Dienstleistungen< werden gegenwärtig beispielsweise fast alle ausgelagerten Tätigkeiten klassifiziert, bei denen die gleiche (produktionsbezogene) Arbeit zu geringeren Löhnen(...) geleistet werden muss.“

„Unter Herausrechnung dieser Effekte kommt Seppmann zu dem Ergebnis, daß auch *in den entwickelten Industrieländern zwei Drittel aller Arbeitsplätze einen produktionsbezogenen Charakter besitzen!*“ a.a.O.

⁷ „Festzuhalten bleibt aber, daß alle mit diesen „Neuzusammensetzungen“ verbundenen (und von den Herrschenden transportierten!) Aufstiegshoffnungen von den profitgetriebenen Umgestaltungen der Lebens- und Arbeitswelten zerrieben wurden. Der Weg des „Blaumanns“ aus der Fabrik in die „Weiße-Kragen-Jobs“ der administrativen und kaufmännischen Bereiche führte eben nicht zum sozialen Aufstieg in eine „Angestelltenklasse“, sondern endete durch die nivellierende Wirkung der EDV- und Kommunikationstechnologien im „neue Büroproletariat.“ a.a.O.

Das Thema Klassenbegriff / Klassenorientierung ist für uns zentral. Wir sehen hier erste (nicht unüberwindbare) Differenzen mit unseren (post)autonomen GenossInnen. Der Theologe und IL-Aktivist Michael Ramminger formulierte kürzlich in der ‚Jungen Welt‘:

„Das eine revolutionäre Subjekt gibt es zur Zeit nicht, kann es auch nicht geben – der Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts ist postfordistisch geworden. Es sind ganz neue Formen von Arbeit entstanden, das Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsarbeit hat sich verändert, die gesellschaftlichen Widersprüche sind heterogener geworden.“

Was soll das heißen ? Waren die Widersprüche im Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts homogener ? Oder „übersichtlicher“ ? Oder hat die Kategorie „Klasse“ keine (potentiell) gesellschaftsverändernde Relevanz mehr ? Natürlich hat der „postfordistische“ Kapitalismus „ganz neue Formen von Arbeit“ geschaffen - eben hauptsächlich prekäre.

Egal - was Genosse Ramminger da sagt, stimmt und stimmt nicht.

Die „*Traditionalisten*“ müssen zunächst die schlichte Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß sich verändernde Verwertungsbedingungen natürlich auch die „Arbeitswelt“ und damit Konturen, Zusammensetzung und Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse verändern. Die Entwicklung von Klassenbewußtsein verläuft bei Leiharbeitern und Mini-Jobbern, „Freelancern“ und 2-Frau-„Belegschaften“ im Einzelhandel anders (schwieriger) als im Großbetrieb mit Tarifbindung. In vielen marginalisierten Sektoren geht’s nicht um das Bewußtsein der „Klasse für sich“, sondern zunächst um die elementare (Selbst)erkenntnis der „Klasse an sich“.

Die „*Bewegungslinken*“ hoffen wir davon überzeugen zu können, daß eine „Neuzusammensetzung der Klasse“ nicht gleichbedeutend ist mit dem „Ende der Klasse“ als „Negationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft“. Dem Genossen Ramminger würden wir ganz „restmarxistisch-altlinks“ entgegenhalten: Die LohnarbeiterInnenklasse ist nach wie vor das „eine“ revolutionäre Subjekt auch wenn sich ihr „Gesicht“ seit 1970 und erst recht seit 1917 dramatisch verändert hat.

Denn „obwohl die politische Programmatik vieler „neuer sozialer Bewegungen“ auf den ersten Blick vielleicht umfassender wirkt (globale Gerechtigkeit, Friedfertigkeit, ökologische Überlebensperspektiven, Solidarität) besitzen sie dennoch keinen solch zentralen Bezugspunkt der Auseinandersetzung, durch den die Hegemonialansprüche des Kapitals automatisch in Frage gestellt würden.“⁸

Und deshalb bleibt für uns: „Der Betrieb (...) der zentrale Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: In seiner Struktur materialisiert sich die gesellschaftliche Macht des Kapitals.“⁹

Um das zu verstehen, muss Mensch nicht studiert haben: Streiks in der Automobil- oder Maschinenbauindustrie haben eine andere Wirkung als ein Flashmob bei ‚Schlecker‘.

Wir ergänzen allerdings: Auch nicht direkt mehrwertproduzierenden Sektoren (in denen es gleichwohl zur Aneignung von Teilen der gesellschaftlich erzeugten Mehrwertmasse kommt) sind durchaus, teilweise sogar in höchstem Maß aktions-, konflikt- und durchsetzungsfähig: Das Krankenhaus, das Büro, die Müllabfuhr, das Kaufhaus

⁸ Seppmann, a.a.O.

⁹ Seppmann, a.a.O.

Wir versuchen unsere Position noch einmal etwas flapsig zusammenzufassen: Die ArbeiterInnenklasse ist nach wie vor der „Totengräber“ des Kapitalismus – aber wir sollten gemeinsam diskutieren, ob wir nicht andere, neue „Schaufeln“ brauchen als 1917.

Exkurs 1: Triple Oppression oder Hauptwiderspruch ?

Gleich vorneweg: Natürlich gibt es im Kapitalismus „Triple Oppression“. Frauenunterdrückung und Rassismus sind sehr viel älter als der Kapitalismus und werden auch nach seinem hoffentlich baldigen Ende nicht automatisch verschwinden. Eine schwarze Arbeiterin ist ohne Zweifel „dreifach unterdrückt“ – als Arbeiterin, als Frau und als Schwarze.

Einen „traditionalistischen“ Einwand gegen diese Theorie halten wir für scholastisch: Es gäbe ja (außer den drei genannten) auch noch andere Formen der Unterdrückung und Diskriminierung im Kapitalismus (Homosexuelle, Behinderte, Alte etc.pp.). Dieser Ansatz lenke nur ab vom „Hauptwiderspruch“ Lohnarbeit – Kapital. Diesen Argumentationspfad kann Mensch natürlich immer weiter und weiter gehen, um den Triple Oppression-Ansatz ad absurdum zu führen.

Und natürlich – auch Menschen mit Segelohren werden diskriminiert. Nur kommt trotzdem niemand auf die Idee, eine „Anti-Segelohren-Diskriminierungsbewegung“ in's Leben zu rufen. Der Grund liegt auf der Hand: Es kann ja vernünftigerweise nur um Unterdrückung gehen, die erstens die gesamte Gesellschaft durchzieht und die zweitens mehr oder weniger konstitutiv ist für die Herrschaft des Kapitals. Das ist bei der Kategorie „Klasse“ der Fall, bei den Kategorien „Geschlecht“ und „Rasse“ mit Einschränkungen, bei „Segelohren“ und (u. E.) auch bei z.B. „abweichenden“ sexuellen Orientierungen nicht.

Nun sollten sich RevolutionärInnen aber nicht mit einer Zustandsbeschreibung der gesellschaftlichen Realität zufrieden geben. Alle, denen der „Elfenbeinturm“ zu klein ist, müssen derartige Kategorien auf ihre potentiell „systemsprengende“ Wirkung prüfen.

Der Kapitalismus hat sich im Verlauf seiner Geschichte als außerordentlich anpassungsfähig erwiesen. Wenns ums Eingemachte geht, mutiert er auch schon mal zum „rheinischen“ Kapitalismus, demnächst wird er vielleicht „grün“, auch auf Sexismus und Rassismus kann er zur Not verzichten. Das Einzige, worauf er nicht verzichten kann, ist die Mehrwertproduktion.

Wir räumen ein, daß es einen Punkt gibt, der es lohnt, genauer diskutiert zu werden, nämlich die Frage, ob die (überwiegend) weibliche Reproduktionsarbeit / „Herstellung“ der Ware Arbeitskraft für den Kapitalismus überlebensnotwendig ist (dann wären wir sozusagen bei „Dual Oppression“) oder nicht. Wir kommen im „Exkurs 2“ noch drauf zu sprechen.

Die AVANTIS machen es sich bei dieser Frage für unseren Geschmack etwas zu einfach:

„Unter dem patriarchalischen Prinzip verstehen wir z.B. die höhere Bewertung von Konkurrenz gegenüber Solidarität, von Rationalität gegenüber Emotionalität, von Produktions- gegenüber Reproduktionsarbeit.“ (S. 34)

„Konkurrenz statt Solidarität“ – könnte das vielleicht doch auch was mit dem „Hauptwiderspruch“ zu tun haben ? Wer alle Übel des Kapitalismus dem „patriarchalischen Prinzip“ zuordnet, gelangt natürlich zu entsprechenden Schlüssen.

Wenn wir sagen, auch eine noch so erfolgreiche Bearbeitung der Kategorien „Geschlecht“ und „Rasse“ führt alleine nicht zum Sturz des Kapitalismus, dann heißt das *nicht*, den Kampf gegen Sexismus, Rassismus, Frauenunterdrückung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag („nach der Revolution“) zu verschieben. Und das gilt nicht nur für Aktionen und Kampagnen, also die „Außenaktivitäten“, sondern auch und gerade für das „Innenleben“ eines „Neuen kommunistischen Projekts“ (s. a. Kapitel „Kartoffelsalat“).

Auch wenn dieses Papier ausschließlich von Männern verfasst wurde, sind wir durchaus dafür, auch „anti-patriarchalisch“ Gas zu geben (ohne uns bei den Feministinnen anbietern zu wollen) – ganz im Sinne des legendären „Schwanz-Flugblattes“ des Frankfurter Weiberrates, das auf der Delegiertenkonferenz des SDS 1968 in Hannover (zum Entsetzen der Genossen) verteilt wurde:

„Darin wandten sich die Frankfurter SDS-Frauen gegen sexuelle Unterdrückung durch „revolutionäres Gefummel, sozialistischen Bumszwang“, gegen Bevormundung durch „sozialistische Lebenshilfen“ und „väterliche Betulichkeit“, gegen geschlechtsspezifische Arbeitsverteilungen, die den Frauen nicht nur die Hausarbeit und die Kindererziehung, sondern auch in der politischen Arbeit das Malen von Wandzeitungen und das Tippen und Verteilen von Flugblättern überließ. Der Flugblatttext endete mit dem Satz: „Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen !“¹⁰

Exkurs 2: Die Hausarbeitsdebatte – Lohn oder Vergesellschaftung ?

„Durch die Trennung von Reproduktions- und Produktionsarbeit wird unsichtbar gemacht, wie diese in Wirklichkeit zusammenhängen: Mit der Reproduktionsarbeit wird die „Ware Arbeitskraft“ (die der Lohnarbeiter verkauft) erst hergestellt. Daher befindet sie sich eigentlich auch im Kreislauf der Mehrwertproduktion. Doch diese Form der Arbeit ist gesellschaftlich „unsichtbar“ (manchmal auch für marxistische Theoretiker), sie erscheint lediglich als „Liebesdienst“ in Form von Fürsorge, Zuwendung, Mutterschaft und Ehe.“ (S. 32 / 33)

Das klingt schlüssig u.v.a. ziemlich marxistisch, denn auch für die Ware Arbeitskraft müssen natürlich dieselben Maßstäbe / Kategorien gelten wie für alle anderen Waren.

Die AVANTIS neigen ganz offensichtlich zur Position von Maria Rosa dalla Costa, deren Aufsatz „Die Frau und der gesellschaftliche Umsturz“ 1972 den Beginn der so genannten „Hausarbeitsdebatte“ markierte.

Darauf abzielend, die Frauenunterdrückung nicht moralisch, sondern materialistisch zu erklären, setzte sie bei der Marx’schen Wertlehre an: Der Wert einer Ware bemisst sich nicht an ihrem Preis, sondern an der darin vergegenständlichten Arbeit (genauer: der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit). Die (Re)produktion der Ware Arbeitskraft ist produktiv, weil sie – wenn auch „hinter dem Rücken der industriellen Produktion“ – Mehrwert schafft und also dem Wertgesetz unterliegt.

Als wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise und aufgrund ihrer abhängigen Beziehung zum kapitalistischen System muss sie auch entlohnt werden.

Das kann Mensch – aus einem ebenfalls marxistisch-feministischen Blickwinkel (die Differenz geht nicht darum, daß unser Kampf antikapitalistisch *und* anti-patriarchalisch

¹⁰ zitiert nach Gisela Notz, „Wohin flogen die Tomaten ? – Entstehungsgeschichte(n), Risiken und Nebenwirkungen der Neuen Frauenbewegung“, in: Sozialistische Hefte 16, in: SoZ „Um 1968 herum“

geführt werden muss) – aber auch anders sehen ¹¹:

Die Argumentationskette „Hausfrauen sind Produzenten (der Ware Arbeitskraft) und also Teil der Lohnabhängigenklasse“ greift zu kurz. Der Marx'sche Begriff des Lohnarbeiters ist ein anderer (was für sich genommen natürlich gar nichts heißt, vielleicht hat sich der alte Schürzenjäger einfach geirrt): Nicht die Herstellung eines Produkts ist das entscheidende Kriterium (sonst wäre auch der Bauer Proletarier), sondern die Stellung im Produktionsprozess, also der *gesellschaftlichen* Produktion.

Hausarbeit findet aber statt im privaten Rahmen, getrennt von der Sphäre der gesellschaftlichen Produktion (das Kapital kann gerade wegen seiner Abwesenheit im Haus schlecht bekämpft werden). Es existiert auch kein indirektes Lohnarbeitsverhältnis der Hausfrau: Hausarbeit „erscheint“ nicht als private Dienstleistung, sie *ist* es ! Hausarbeit ist als Gebrauchswertproduktion nicht über den Markt vermittelt: Der Arbeiter kauft nicht die Arbeitskraft der Hausfrau, er *verfügt* über sie qua Ehevertrag.

Des weiteren sitzt dalla Costa dem „Geldfetisch“ auf: Ihr zufolge fehlt es den Hausfrauen nicht deshalb an gesellschaftlicher Macht, weil sie auf Gebrauchswertproduktion beschränkt sind, sondern weil sie nicht bezahlt werden. Geld ist im Kapitalismus aber nicht „an sich“ Macht, sondern erst durch seine Verwandlung in Kapital. Das Proletariat ist nicht deshalb (potentiell) mächtig, weil seine Arbeitskraft bezahlt wird, sondern weil es als „Schöpfer aller Werte“ die zentrale Stellung im Produktionsprozess innehat.

Es gibt zur Hausarbeitsfrage aber noch weitere marxistisch-feministische oder feministisch-marxistische Positionen, etwa Christine Delphy „Der Hauptfeind“ (1970). Ihr zufolge ist Hausarbeit zwar unproduktiv, stellt aber eine eigene, vom kapitalistischen System unabhängige Produktionsweise dar:

„Die Tatsache, daß Hausfrauen keinen Mehrwert produzieren, bedeutet nicht, daß sie von der Ökonomie im Ganzen ausgeschlossen sind. Sie besagt nur, daß sie ihre Arbeitskraft nicht ohne Umstände auf den Arbeitsmarkt bringen und verkaufen können. Insofern sind sie nicht frei im Sinne des Lohnarbeitsverhältnisses, da sie ja nicht einmal ihre eigene Arbeitskraft besitzen. Die Familie als Ort patriarchalischer Ausbeutung ist unabhängig vom kapitalistischen System; sie ist eine eigene Produktionsweise, die lediglich Beziehungen zum Kapital unterhält. Schlussfolgerung: Alle Frauen (als eine Art eigene Klasse) sind gegen alle Männer zu mobilisieren.“ ¹²

Oder Wally Seccombe, für den die Ware Arbeitskraft nicht als Ware produziert, sondern als Ware verkauft wird:

„Der Doppelcharakter der Arbeitskraft bewirkt, daß sie eine vermittelnde Rolle zwischen der Hausfrau und dem Kapital spielen kann. In ihrer relativen Wertform ist sie gekoppelt an die Hausarbeit und in ihrer Äquivalentform an das Kapital.“ ¹³

Wir brechen hier mal ab, bevor wir – schon mitten drin in der Wertformdebatte – zu „seminaristisch“ werden. Die Auseinandersetzung ist aber keineswegs so akademisch wie sie scheint.

„Feministinnen betrachten die Debatte um die Care-Ökonomie als Kernstück jeglicher Kapitalismuskritik.“ ¹⁴

Nicht nur linke Feministinnen, auch Teile der „Neuen Linken“ nach 1968 und auch die Autonomen kritisieren, daß Marx und die Marxisten die Kleinfamilie als bloßes

¹¹ Etwa Konrad Eckhoff, „Feminismus und Marxismus“, in: Die Internationale Nr. 8, 1975

¹² zitiert nach „Sozialismus und marxistischer Feminismus“, in: AGM 2005

¹³ Wally Seccombe, „Hausfrau und Hausarbeit im Kapitalismus“, in: Die Internationale Nr. 7, 1975

¹⁴ Sabine Scherbaum, „Lohngleichheit ? Geht gar nicht.“, Beilage FEMINISMUS JW vom 8.3.11

„Überbauphänomen“ behandeln, indem sie die Ausbeutung der Frau im Haus nicht annähernd so klar erfasst haben wie die Ausbeutung von Mann und Frau in der Produktion. Dies gilt vielen als Beleg für die Erstarrung der marxistischen Theorie bzw. ihrer männlichen Geprägtheit / Borniertheit. Muss also diese „Leerstelle“ gefüllt werden, brauchen wir eine „Kritik der politischen Ökonomie“ der Hausarbeit ?

Die Debatte um die so genannte „Care-Ökonomie“ macht dreierlei deutlich: Erstens handelt es sich angesichts von geschätzt 2,4 Millionen (unter)bezahlten / überausgebeuteten „Hausarbeiterinnen“ allein in Westdeutschland (viele von ihnen Migrantinnen) eher nicht um ein Problem aus den 1970er Jahren.

Zweitens wird die Frage uns in Zukunft noch verstärkt beschäftigen, denn das Versorgungsdefizit (etwa in der Pflege) oder neudeutsch die „Care-Krise“ wird sich in einer profitgesteuerten Gesellschaft dramatisch verschärfen:

„Aufgrund des Produktivitätsfortschritts sind viele Dinge unseres Alltags heute sehr viel billiger als noch vor 40 Jahren. Ein Auto lässt sich in immer kürzerer Zeit bauen. Doch die Erziehung eines Kindes oder die Pflege eines kranken Menschen dauert heute noch genauso lange wie früher (...) Care-Arbeit wird somit im Vergleich zur Produktion von Industriegütern arbeitsaufwendiger und teurer.“¹⁵

Und drittens zeigt sich hier deutlich, daß „Frauenförderung“ unter kapitalistischen Vorzeichen bzw. ein Mainstream gewordener klassenunspezifischer Feminismus nur neue, größere soziale Ungleichheiten / Diskriminierungen hervorruft. Denn das Verhältnis der erfolgreichen, gutverdienenden „feministischen“ Frau zu Hausarbeiterinnen ist wohl eher das von „Herrin und Magd“ als das von „Geschlechtsgenossinnen“.

„Ohne Theorie keine Revolution“ – einverstanden. Aber was bedeutet das für die revolutionäre Praxis ? Die „Neue Frauenbewegung“ hat wichtige Anstöße für einen umfassenderen und radikaleren Anti-Kapitalismus gegeben. Wir (Frauen und Männer) dürfen nicht erst auf den Sozialismus warten, um patriarchalische Institutionen und Normen anzugreifen.

Die aktuellen Erscheinungsformen des Feminismus scheinen uns allerdings für eine Befreiungsperspektive nicht nur vom Kapital, sondern auch vom Patriarchat eher hinderlich als förderlich.

Einerseits ein klassenunspezifischer Ultra-Feminismus (Frauen und Männer als „Klassen“, zurückgehend auf Shulamith Firestones „Dialectics of Sex“ 1975).

Andererseits ein angepasster „Staatsfeminismus“ der Gender- / Gleichstellungspolitik.

Wobei wir keineswegs abstreiten, daß es auch heute noch ernsthafte Versuche gibt, Feminismus antikapitalistisch und Antikapitalismus feministisch zu definieren (exemplarisch nennen wir mal Gisela Notz).

Die Parole „Lohn für Hausarbeit – Auch Berufstätigkeit macht nicht frei“ schließlich trägt schon gar nicht dazu bei, „die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“. Übrigens auch dann nicht, wenn sie noch so linksradikal-operaiistisch aufgeladen wird („Die Sklaverei der Fabrik befreit nicht von der Sklaverei des Spülbeckens“). Sie hat vielmehr eine ungute Nähe zu „Herdprämien“ unterschiedlichster Provenienz, etwa Christa Müllers familienpolitischen Vorschlägen.

¹⁵ Scherbaum, a.a.O.

Die „Proletarische Frauenbewegung“ hingegen – durchaus nicht so „piefig“ wie bisweilen unterstellt und schon gar nicht verantwortlich für jeden „linken Pascha“ – hat in dieser Frage größeres subversives Potential.

Von August Bebel 1879 („Die Frau und der Sozialismus“) über Lenin und Alexandra Kollontai (in der frühen SU immerhin der erste Versuch der Menschheitsgeschichte, die Theorie in die Praxis umzusetzen) bis zu Angela Davis („Woman, Race, Class, 1975) lautete ihre Losung: Hausarbeit gehört abgeschafft und vergesellschaftet, sprich ausgelagert und professionalisiert.

Das wird *im* Kapitalismus nicht funktionieren, weshalb es für uns dabei bleibt: Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau, ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus.

Die Volksfront ist seit Stalin schon...

...Hemmschuh jeder Revolution. Wir setzten dagegen: Die Einheitsfront(methode). Klingt furchtbar altbacken nach 1920er Jahren und Ernst Thälmann (obwohl gerade der in dieser Frage...lassen wir das). Wie wir das Ding nennen, ist uns egal. Aber der Inhalt / die Methode ist eines unserer wichtigsten Essentials.

Zunächst etwas Begriffsklärung, denn unter „Einheitsfront“ versteht ja jeder was anderes. Für uns ist das mehr als antifaschistische Einheitsfront, mehr als Aktionseinheit und auch etwas anderes als das, was Gramsci darunter verstand, der sie im Sinne seines „Stellungskrieges“ in den westlichen Demokratien (im Gegensatz zum „Bewegungskrieg“ der Oktoberrevolution) interpretierte und sozusagen „überdehnte“ (Einheitsfront als Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft). Nach unserem Verständnis geht es um eine generelle *Herangehensweise* von RevolutionärInnen an Gewerkschaften und reformistische Massenorganisationen.

Als „Linie“ beschlossen auf dem IV. Weltkongress der III. Kommunistischen Internationale (KI) Ende 1922, wurden die Grundlagen der Einheitsfront-Orientierung bereits auf dem III. Weltkongress im Sommer 1921 gelegt.

Das Abebben der revolutionären Welle von 1917 - 20 (Niederlage der bayrischen und ungarischen Räterepublik, desaströse „Märzaktion“ der KPD) korrespondierte mit einer gewissen Erholung des Kapitalismus in Europa, was eine Revidierung der Bucharinschen „Offensivtheorie“ unumgänglich machte.

Lenin, Trotzki und Radek waren anfangs in der Minderheit, konnten sich aber schließlich gegen die von Sinowjew unterstützten Ultralinken aus Deutschland (Ruth Fischer, Urbahns, Maslow), Holland (Pannekoek, Gorter) und Italien (Bordiga) durchsetzen (Lenin sprach später davon, auf diesem Kongress „auf dem äußersten rechten Flügel“ gestanden zu haben)

Im Rückblick betrachtet, war die Einheitsfront-Linie sozusagen das korrekte „Mittelding“ zwischen den dann folgenden Extremen der „Sozialfaschismus-Politik“ (ab 1928) und der Volksfront-Orientierung (ab 1935).

Aber was bringen uns heute solche Betrachtungen über „anno Tobak“ ? Die Debatte zwischen „Sinowjewisten“ und „Leninisten“ drehte sich vor allem um die Frage „Einheitsfront von unten“ oder „Einheitsfront von oben“. Denn nicht nur die Hoffnungen auf einen baldigen Sieg der Revolution in Deutschland und Mitteleuropa mussten spätestens 1923 (Niederlage des „deutschen Oktober“) vorläufig begraben werden, auch die „mehrheits-sozialdemokratischen“

und „zentristischen“ Parteien (in Deutschland SPD und USPD) waren keinesfalls erledigt oder verschwunden, sondern weiterhin *Massenparteien*, was die Frage auf die Tagesordnung setzte, welche Taktik ihnen gegenüber einzuschlagen sei.

„Einheitsfront von unten“ ist bis heute das Credo aller Ultralinken.¹⁶

Motto: Einheit mit sozialdemokratischen Arbeiter oder Basisgliederungen ? Bitte gerne, aber niemals mit ihren verräterischen Führungen ! Das ist genau das, was Einheitsfront-Politik *nicht* ist. Es setzt nämlich voraus, was fehlt: Den klaren Bruch der Basis reformistischer Organisationen mit ihrer Führung.

Natürlich gab und gibt es jede Menge korrupter Arbeiterführer, die offenen „Klassenverrat“ begehen. Denken wir z.B. an Norbert Hansen, den Ex-Transnet-Chef und heutigen DB-Vorstand, stellt sich auch bei uns umgehend Brechreiz ein. Selbstverständlich hat Ebert die deutsche Novemberrevolution und Brandt die portugiesische Nelken-Revolution verraten. Aber eine solche „personalisierte“ Sichtweise vernebelt das Wesen des Reformismus anstatt es zu erhellen. Die LINKE z.B. ist nicht deshalb reformistisch, weil ihr Chef ein porsche-fahrender Verräter ist – vielmehr entspricht die Politik von Klaus Ernst dem aktuellen Bewußtsein der Mehrheit der Mitglieder und Wähler der Partei. Auf der LL-Demo 2011 skandierten die GenossInnen von RIO den (aktuell ergänzten) Klassiker:

„Wer hat uns verraten ? Sozialdemokraten ! Wer war mit dabei ? Die Linkspartei !“

Klingt hübsch, ist aber total dämlich. Denn dadurch werden die (ja durchaus vorhandenen) Risse zwischen Führung und Basis zugeschüttet statt geweitet.

Damit aus „Rissen“ „Gräben“ werden, braucht es die „Einheitsfront von oben“, soll heißen: Angebote zur Einheit müssen sich immer an die *gesamte* Organisation incl. Ihrer Führung richten. Lehnt die Führung ab, muss sie das den eigenen Leuten erklären – nimmt sie an, läuft sie immer Gefahr, daß in der gemeinsamen Aktion eine Dynamik entsteht, die sich nicht mehr oder schwer kontrollieren lässt.

Kluge Einheitsfront-Politik grenzt sich aber nicht nur ab nach links (außen), sondern auch nach rechts. Das Volksfront-Konzept taugt weder in revolutionären noch in nicht-revolutionären Zeiten.

Der Kapitalismus wird nicht mit noch so raffinierter Regierungspolitik gestürzt (die Besitzenden und Mächtigen lassen sich ihren Besitz und ihre Macht nicht einfach „wegtransformieren“). RevolutionärInnen sollten sich deshalb nur an solchen Regierungen beteiligen, die den tatsächlichen Bruch angehen wollen und *können*, sich also auf revolutionäre Mobilisierungen, Massenstreiks etc. und nicht auf Parlamentsmehrheiten stützen.

Volksfrontregierungen, also Regierungen von linken / Arbeiterparteien mit bürgerlichen Parteien – das zeigen die klassischen Beispiele Frankreich 1934 - 38, Spanien 1936 und Chile 1973 – sorgen in Zeiten des Umbruchs vor allem für eins: Desorientierung und Demobilisierung. Sie schüren nämlich fast zwangsläufig Illusionen in die Institutionen des bürgerlichen Staates: Armee und Polizei, Parlamente und Gerichte. Sich auf die zu verlassen

¹⁶ Daß mit Sinowjew ausgerechnet der Chef der KI eine ihrer „Ahnherren“ ist, dürfte den meisten jungen Militanten von heute nicht bekannt, und wenn doch, ziemlich peinlich seien, worüber wir ein gewisses Amüsement nicht verhehlen können.

ist – wie das tragische Beispiel Allende zeigt – nicht nur politisch tödlich.

In ruhigen Zeiten bedeuten Volksfronten oder „anti-monopolistische“ Bündnisse nichts anders als Eintritt von Linken in bürgerliche Regierungen. Selten als Senior-, meist als Juniorpartner. Das Ergebnis ist immer daſelbe: Mitverwaltung der kapitalistischen Krise, Legitimierung von Spar- und Privatisierungspolitik, sie machen die „Drecksarbeit“.

Versteht sich eigentlich von selbst, aber bevor es Missverständnisse gibt, noch mal *expressis verbis*: Auf wen bezieht sich die oben dargelegte Orientierung ? Natürlich auf die LINKE und den DGB, aber natürlich *nicht* auf SPD und GRÜNE, die spätestens seit ihrer „Agenda-Politik“ (wir brauchen das nicht auszuführen) gewöhnliche bürgerliche Parteien geworden sind.

Konstituierendes, unverzichtbares Element der Einheitsfrontorientierung ist das Prinzip der *Klassenunabhängigkeit* – „Einheitsfront“ mit bürgerlichen, kapitalistischen Parteien ist „Volksfront“. Das heißt allerdings *nicht*, SPD und GRÜNE aus *Aktionseinheiten* auszugrenzen (genauso wie keiner was dagegen hat, wenn kritische CDU'ler bei den Protesten gegen ‚Stuttgart 21‘ mitmachen).

Zur „Gewerkschaftsfrage“ erübrigen sich historische Analogien – niemand schlägt heute so was vor wie „RGO-Politik“. ¹⁷

Wir sind bekennende Anhänger der Einheitsgewerkschaft. Erstens sind große und starke Gewerkschaften schlagkräftiger als kleine und schwache.

Zweitens hat die Einheitsgewerkschaft im „kollektiven Gedächtnis“ der ArbeiterInnenklasse in Deutschland im Gegensatz zu Italien oder Frankreich einen besonderen Stellenwert, was mit der traumatischen Erfahrung des Hitler-Faschismus zu tun hat (genauer mit der ihn erst ermöglichenden Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten).

Aber: Keine Regel ohne Ausnahme. Noch so große (Einheits-)Gewerkschaften sind kein Selbstzweck. Wenn es in bestimmtem Sektoren kleine, aber kämpferische Alternativen zu Standortlogik, Co-Management und Verzichtspolitik gibt, müssen wir diese unterstützen. Allerdings nicht ohne genau zu prüfen, ob das (klassen)kämpferische oder eher klientelistische oder gar „gelbe“ Spartengewerkschaften sind – die GdL ist was anderes als Cockpit oder Marburger Bund.

Noch mal kurz zurück nach „linksaußen“. Einer unserer Lieblingsautonomen war der kürzlich (viel zu früh) gestorbene Peter Paul Zahl. Nach einem Schusswechsel mit der Polizei wurde er Anfang der 1970er Jahre verhaftet, zunächst zu vier Jahren und dann vom BGH in einem skandalösen Schauprozess zu 15 Jahren verknackt. In seiner berühmten Verteidigungsrede „Massenfront und Guerilla einen“ ließ er es richtig krachen:

„Die Grenzen der Möglichkeiten der Massenfront werden von den staatlichen Machtorganisationen gezogen, von Werkschutz und Gerichtsvollzieher, von Bullen, Grenzschutz und Polizei und gelben Gewerkschaften.“ ¹⁸

Wir hätten Lust mit Euch zusammen „PPZ“ post mortem zu beweisen, daß er „die Möglichkeiten der Massenfront“ schwer unterschätzt hat.

¹⁷ Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) gegen den ADGB war im Gewerkschaftsbereich die Entsprechung der „Sozialfaschismus“-Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie – mit entsprechend desaströsen Folgen.

¹⁸ zitiert nach Christof Meuler, Nachruf auf „PPZ“ in der JW

Für sozialistischen Anti-Stalinismus

Wir sind ja nicht gerade als „Philo-Stalinsten“ bekannt, aber Distanzierungsorgien wie anlässlich der Löttsch'schen „Kommunismus“-Debatte halten wir für unnötig und schädlich. Von keinem Christen, der sich zum Christentum äußern will, wird verlangt, zunächst selbst anklagend über alle Verbrechen der Kirchengeschichte zu referieren. Diesbezüglichen Attacken von rechts sollten wir mit Max Horkheimers populärem Postulat begegnen: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.

Sehr schön (weil konkret) umgesetzt hat das die LINKE-Fraktion im NRW-Landtag, die detailliert nachwies, wie stark CDU- und FDP-Fraktionen nach 1945 von Alt-Nazis durchgesetzt waren.

„Delegitimierung“ der DDR, um von den kapitalistischen Zumutungen im vereinten Deutschland abzulenken? Das unterschreiben wir, fügen aber hinzu: Auch wir sind für die „Delegitimierung“ der DDR – allerdings aus einer eindeutig marxistisch-sozialistischen Perspektive! Denn die DDR war eben objektiv kein „gescheiterter Sozialismus-Versuch“, sondern von Anfang an ein „Pufferstaat“ im außenpolitischen Interesse der SU. Die „Stalin-Note“ von 1952 zeigt, daß der ökonomische und gesellschaftliche Charakter der neuen „Volksdemokratien“ den stalinistischen Bürokraten herzlich egal war, solange sie nur diese Funktion erfüllten (damit bestreiten wir keinesfalls etwa den zehntausenden Aktivisten der ‚ANTIFA-Komitees‘ nach 1945 ihren ehrlichen Willen, den Sozialismus aufbauen zu wollen).

Das sieht nicht nur die linke, sondern auch die „rechte“ kommunistische Opposition so:

„Die S.U. ist in den Satellitenländern nicht, um dort den Sozialismus einzuführen, sondern um das eroberte Gebiet nicht den Westmächten zufallen zu lassen. Die so genannten sozialistischen Errungenschaften sind solange nichts anderes als Angliederung an die politische und wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion, als die Massen dieser Gebiete nicht ihrer bemächtigen.“ (Heinrich Brandler an Isaak Deutscher am 3.3.1958).¹⁹

Hier zeigt sich, daß Stalinismus mehr ist als Terror und Gulag, sein konzeptioneller Kern (neben der Volksfront-Strategie) lautet „Sozialismus in einem Land“ und erklärt z.B. überhaupt erst die Stalinisierung der KI. Deren organisatorische Liquidierung 1943 (politisch war sie seit spätestens seit 1928 tot) war nur konsequenter Schlusspunkt der Linie „Diplomatie statt Klassenkampf“, die im Hitler-Stalin-Pakt ihren tragischen und verabscheuungswürdigen Höhepunkt fand.

„Die Haltung zur Sowjetunion ist der Prüfstein für jeden Kommunisten“ – diese, übrigens verkürzte Thälmann-These von 1926 wurde von Generationen von Trotzisten auf ihre eigene (teilweise tragikomische) Weise ernst genommen. An dieser Frage kam es zu Dutzenden Spaltungen, Fusionen und erneuten Spaltungen, die jungen Militanten von heute unmöglich zu erklären sind.

Wir können uns daher durchaus vorstellen, mit GenossInnen in einer Organisation zusammen zu arbeiten, für die die untergegangene SU „staatskapitalistisch“ oder wie auch immer „bürokratisch“ war (die AVANTIS sprechen z.B. von „bürokratischen Staatswirtschaften“), obwohl wir diese Kategorien analytisch und politisch nach wie vor für falsch bzw. ungenau halten.²⁰

¹⁹ zitiert nach Jens Becker, „Heinrich Brandler – Eine politische Biographie“

²⁰ Die These vom Staatskapitalismus wurde zuerst von Karl Korsch in seiner Zeitschrift „Kommunistische Politik“ vertreten, fand ihre bizarre Wiederauferstehung im maoistischen (Zerr)bild vom sowjetischen „Sozialimperialismus“ und wird bis heute vertreten etwa von Tony Cliffs IST (deutscher Ableger: ‚Marx21‘).

Auch wenn dies momentan völlig unrealistisch ist, muss darüber hinaus eine Zusammenarbeit auch möglich sein mit „Traditionskommunisten“, die – ohne gleich zu Troztkisten oder Anarchisten zu mutieren – (ernsthaft) „poststalinistische“ Positionen beziehen (Wir nennen mal exemplarisch den Genossen Steigerwald).

Schluss (nicht mit der Bereitschaft zu Diskussion und Aktionseinheit, aber mit der Bereitschaft zur Bildung einer gemeinsamen Organisation) ist für uns da, wo 70 Jahre Stalinismus abgesehen von einigen „Exzessen“ („Wo gehobelt wird, da fallen Späne“) gerechtfertigt oder sogar verklärt werden und der Zusammenbruch von 1989 auf den Verrat von Chruschtschow und / oder Gorbatschow zusammenschnürt (ebenfalls nur exemplarisch: Kurt Gossweiler, Hans Heinz Holz).

Daß neue Projekt wird vielleicht alles mögliche, aber sicher nicht „troztkistisch“.

Vom nicht-sektiererischen anti-stalinistischen Erbe des Troztkismus zu lernen, kann ja trotzdem weiterhelfen.

Egal ob wir sie „degenerierte Arbeiterstaaten“ oder „bürokratische Staatswirtschaften“ nennen, zuallererst gescheitert sind diese nicht-kapitalistischen und nicht-sozialistischen Gebilde nicht an äußerer imperialistischer Aggression (obwohl es die natürlich von Anfang an – Bürgerkrieg, „weißer Terror“ in der jungen SU – bis heute – Kuba – gab und gibt), sondern an innerer Erstarrung und „Verkrustung“, die übrigens nicht erst sozusagen schlagartig mit Lenins Tod einsetzte (das „Fraktionsverbot“ in der RKP datiert von Anfang 1921).

Eine Lehre aus diesen Fehlentwicklungen betrifft für uns die (Neu-)Justierung des Verhältnisses von Sozialismus und Demokratie. Sozialistische Demokratie wird im Gegensatz zur kapitalistischen „Demokratie“ die bürgerlichen Freiheiten mit sozialem Inhalt füllen. Trotzdem oder gerade deswegen wird es in einer nach-kapitalistischen Gesellschaft nicht weniger, sondern mehr auch „formale“ Rechte wie Organisations-, Presse-, Versammlungs-, Religionsfreiheit geben (müssen).

Ein Arbeiterstaat ist noch kein Sozialismus und schon gar kein Kommunismus, sondern (wie jeder Staat) eine Form der Klassenherrschaft (nur diesmal der Mehrheit über die Minderheit statt wie bis dato umgekehrt) und kann und darf also kein „Nachtwächterstaat“ sein. Er wird mit konterrevolutionären Bombenlegern keine „Runden Tische“ veranstalten, sondern sie in den Knast stecken.

Aber in diesem Arbeiterstaat darf jede(r) völlig ungehindert die Meinung vertreten und verbreiten (!), daß der neue Staat Scheiße ist und wieder abgeschafft werden muss – also auch Friede Springer und Hubertus Burda (die dabei allerdings ohne ihre selbstredend

Daß eine Gesellschaft mit verstaatlichten Produktionsmitteln, Planwirtschaft (wie bürokratisch auch immer), Außenhandelsmonopol „(staats)kapitalistisch“ gewesen sein soll, ist natürlich Humbug. Daß diese Theorie nach 1968 besonders populär wurde, deutet auf ihre psychologisch-politische „Entlastungsfunktion“ im Kalten Krieg hin – wenn diese merkwürdigen Dinger zwischen Kapitalismus und Sozialismus „staatskapitalistisch“ waren, hatte die Linke das Problem vom Hals und brauchte sich nicht länger sagen lassen „Geh’ doch in’ Osten“. Die These vom bürokratischen Kollektivismus wurde 1939 von Bruno Rizzi in seinem Buch „La Bureaucratization du Monde“ entwickelt, in dem er gleich eine ganze historische Epoche zwischen Kapitalismus und Sozialismus heraufziehen sah. Stalin-Russland, Hitler-Deutschland und das New-Deal-Amerika Roosevelts seien die die Pioniere der neuen Gesellschaftsordnung. Später kamen etwa Burnham („Revolution der Manager“) und Djilas („Die neue Klasse“) zu ähnlichen Schlüssen. Daß die stalinistischen Staaten „bürokratisch“ waren, kann wohl kaum bestritten werden, aber der ADAC oder die BfA sind auch bürokratisch – den „bürokratischen Staatswirtschaften“ der AVANTIS fehlt es offenkundig an analytischer Präzision.

sozialisierten Druckmaschinen werden auskommen müssen).

Wir stimmen hier mit den AVANTIS vollkommen überein:

„AVANTI bekennt sich daher zum politischen Pluralismus und zum Recht auf eine legale Opposition auch in der sozialistischen Gesellschaft. Das schließt die Möglichkeit ein, daß eines Tages die Mehrheit der Bevölkerung beschließen könnte, den Sozialismus wieder abzuschaffen. Gegen den möglichen konterevolutionären Versuch, die neue sozialistische Ordnung gewaltsam zu stürzen, sind repressive Maßnahmen unumgänglich, ihre Anwendung muss sich aber auf genau diesen Fall beschränken.“
(S. 62)

Der Kabarettist Werner Finck hat das mal etwas klassenunspezifisch, aber schön auf den Punkt gebracht: „Ich stehe hinter jeder Regierung, unter der ich nicht sitzen muss, wenn ich nicht hinter ihr stehe.“

Noch eine kurze Schlussbemerkung zum Schreckgespenst „Diktatur des Proletariats“:

„Theoretisch und praktisch unbrauchbar geworden ist nach unserer Auffassung die Formel von der „Diktatur des Proletariats“. (S. 63)

Praktisch ja, theoretisch nein. Denn jeder Staat ist eine Form der Klassenherrschaft (s. o.), aber natürlich ist der Begriff missverständlich und weckt unschöne Assoziationen. Da wir mit dem Begriff „Rätedemokratie“ eine wunderbare Alternative haben, sollten wir die „Diktatur des Proletariats“ aus unserer täglichen Agitation und Propaganda streichen, aber trotzdem genug Arsch in der Hose und theoretische Kenntnisse haben, um sie gegen Attacken von rechts inhaltlich zu verteidigen.

Deines Feindes Feind ist (nur manchmal) dein Freund

Früher war ja bekanntlich alles schöner und vor allem übersichtlicher. Im Trikont kämpften Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus – Punkt. Heute muss Mensch sich mit dem „molekularen Bürgerkrieg“ (H.M. Enzensberger) rumschlagen, also mit durchgeknallten Warlords und talibanösen Irren.

Der unübersichtlichen internationalen Lage entspricht daheim eine nachgerade babylonische Begriffsverwirrung beim Thema „(Anti-)Imperialismus“. Das Thema „Krieg und Frieden“ wird eines der entscheidenden in der aktuellen Programmdebatte der LINKEN, denn ihre „Regierungsfähigkeit“ entscheidet sich nicht daran, ob sie für 8 oder 10 € Mindestlohn eintritt, sondern an der Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der bundesdeutschen NATO-Staatsraison.

Erste ideologische Vorarbeiten zur Entsorgung der größten Hindernisse für eine Regierungsbeteiligung leistete bereits Gregor Gysi, indem er nicht nur einen bedingungslosen Pro-Zionismus in der LINKEN einforderte, sondern auch gleich jeglichen Anti-Imperialismus für „von gestern“ erklärte.

Wir sollten uns angewöhnen, auch in dieser Frage auf das Kleingedruckte zu achten. Sehr aufschlussreich sind die durch wikileaks bekannt gewordenen vertrauensbildenden Gespräche Gysis mit dem US-Botschafter in Deutschland (das sind so die Momente, in denen

wir kurz, wirklich nur ganz kurz doch lieber „Einheitsfront von unten“ machen würden).²¹

Derartiger „Revisionismus“ setzt natürlich an am bellizistischen „Nie wieder Auschwitz“-Gerede der Fischers und Biermanns zur Legitimierung des Jugoslawienkrieges oder den Thesen Erhard Eppers, die „zynische Nicht-Intervention“ werde alsbald rechts zu Hause sein („Sollen sich die Neger doch gegenseitig umbringen“). Wir dürfen die Wirkung solcher Thesen nicht unterschätzen – bei einem 500.000-Mann-Gemetzel wie in Ruanda geraten auch Linke ins Grübeln / Schwanken.

Dagegen setzen sollte die Linke allerdings nicht die teilweise bizarren Positionen der so genannten „Anti-Imperialisten“:

„Genauso kritikwürdig ist es aber, wenn linke Gruppen sich – ganz nach der Logik, daß der Feind meines Feindes mein Freund sein muss – mit den jeweiligen Gegnern der imperialistischen Staaten solidarisch erklären, unabhängig davon, was deren politische Ansichten und Praktiken sind.

Dies gilt für die Solidarisierung mit dem jugoslawischen Regime unter Milosevic 1999 genauso wie für die mit dem Widerstand im Irak 2004, der jedenfalls hauptsächlich von Gruppen getragen wird, die keinerlei Bezug zu emanzipatorischen Ideen aufweisen.“ (S.52 / 53)

Genauso isses. Dem ganz breiten „anti-imperialistischen“ Bündnis von Kim über Ahmadinedschad und Lukaschenko bis Scheich Nasrallah sollte unser „Projekt“ keinesfalls beitreten. Wir sollten uns klar gegen diese außenpolitische Linie der ‚Jungen Welt‘ und die Argumentation der „Anti-Imps“ stellen, denn für uns hören die Klassengegensätze nicht an den Grenzen des Trikont auf zu existieren (konsequenterweise hat sich der Vordenker der österreichischen ‚Anti-Imperialistischen Koordination‘ AIK, Willi Langthaler, kürzlich von Marxismus und Klassenorientierung „losgesagt“).

Diese klare Frontstellung muss sich allerdings ihrerseits scharf distanzieren vom militanten „Anti-Anti-Imperialismus“ der so genannten „Anti-Deutschen“, die eben keine „linken Anti-Deutschen“, sondern „(verdammte) deutsche Anti-Linke“ sind. In ihren schärfsten Ausformungen handelt es sich um offenen Pro-Imperialismus.

Von Kopftüchern und Ehrenmorden

Die „Sarrazin-Debatte“ ist Ausdruck des wachsenden anti-muslimischen Rassismus in Deutschland. Bezeichnenderweise ist / wird dieser verbunden mit einem neuen „Sozial-Rassismus“ oder „Klassenrassismus“ (Pierre Bourdieu) von oben. Darüber hinaus scheinen Teile der herrschenden Klasse auf der Suche nach autoritären Alternativen zur parlamentarisch-demokratischen Form der Machtausübung zu sein (Spekulationen über eine mögliche „Sarrazin-Partei“). Versteht sich von selbst, daß unser neues Projekt den Anti-Rassismus ganz oben auf die Agenda setzt. Wobei wir auch unser eigenes Denken und Sprechen ständig auf anti-muslimische „Einfallstore“ prüfen sollten: Tötet ein Deutscher seine Frau oder Tochter, ist das ein „Familiendrama“. Tut ein Türke oder Araber dasselbe, ist

²¹ Genosse Gysi glaubte den amerikanischen Botschafter bezüglich des „Anti-Imperialismus“ der LINKEN beruhigen zu müssen. Die Forderung nach *Auflösung der NATO* habe man (da sowieso unrealistisch) in den Programmentwurf geschrieben, um die konkretere (und gefährlichere) Forderung nach dem *Austritts Deutschlands aus der NATO* nicht zum Zuge kommen zu lassen. Es ist bezeichnend für die Stimmungslage und das Kräfteverhältnis in der LINKEN, daß Gysi sich nicht mal zu einer Stellungnahme zu diesem unglaublichen Vorgang genötigt sah.

es ein „Ehrenmord“ ?

Andererseits verstecken sich für unseren Geschmack immer noch zu viele Linke hinter linksliberal-grünem PC-Schönsprech, um bei der Beschreibung der teilweise tristen „multikulturellen“ Realität nicht Beifall von der falschen Seite zu bekommen. Wir formulieren bewusst provokativ: Die Beförderung des „Mohrenkopfes“ zum „afroamerikanischen Schaumtörtchen“ (Herbert Knebel) hat noch keinen Schwarzen davor bewahrt, in der S-Bahn in Henningsdorf oder Mahlow angegriffen zu werden. Es geht nicht um Ursachen und Funktion von Rassismus (da werden wir uns schnell einig), sondern zunächst um eine halbwegs realistische Beschreibung der gesellschaftlichen Realität. Linke dürfen ethnische Konflikte und Probleme nicht ausblenden, weil sie ihrem Ideal des „brotherhood of men“ zu widersprechen scheinen, sondern müssen erklären, daß es kein Türken- oder Araber-„Gen“ gibt. Unsere Botschaft lautet: Hier geht's um Klassen-, nicht um Rassenfragen ! Die Botschaft ist aber nur glaubwürdig, wenn die (migrantischen *und* deutschen Adressaten das Gefühl haben, daß die Absender wenigstens einen blassen Schimmer von ihrer Lage haben.

Das Thema Schulpflicht für muslimische Mädchen sollte die Linke nicht den Rechten überlassen. Das Mädchen aus „religiösen“ Gründen nicht zum Sportunterricht oder auf Klassenfahrten dürfen, ist in Berlin leider ein Massenphänomen, daß sie vom Biologieunterricht abgemeldet werden – noch – die Ausnahme. Selbstverständlich verteidigen wir das Recht auf Moschee-Bau und das Recht öffentlich Kopftücher zu tragen. Gleichzeitig muss aber sehr deutlich werden, daß wir Kopftücher für sexistischen Mist halten. Es gibt keine „Kopftuchpflicht“ im Koran, insofern hat das nichts mit religiöser Selbstbestimmung zu tun (auch wenn das viele Muslima natürlich subjektiv anders sehen), sondern v. a. mit religiös verbrämter patriarchalischer Unterdrückung der muslimischen Frauen.

Dieses Thema ist schon in unserer kleinen Gruppe nicht unumstritten, die GenossInnen der französischen NPA haben an dieser Frage 800 Leute verloren !

Avantgarde, Kaderpartei, Demokratischer Zentralismus ?

Liebe autonome Freunde, folgt uns furchtlos in die dunkelsten Ecken der leninistischen Folterkammer ! Spaß beiseite und zu einer ersten prinzipiellen Vorbemerkung. Der Versuch, die leninistische Organisationstheorie durch Verweis auf die stalinistisch-bürokratischen Praktiken nach Lenin zu kritisieren /widerlegen, erscheint uns methodisch fragwürdig:

„Es ist keine wissenschaftliche Verfahrensweise, ein Chirgielehrbuch zu verurteilen, wenn ein Chirurg, der seine Studien auf Grund dieses Lehrbuchs gemacht hat, eine Operation verfehlt“
(Ernest Mandel „Zur Aktualität der leninistischen Organisationstheorie“)

Andererseits müssen wir natürlich alle Formeln und Losungen aus dem Arsenal des Marxismus auf ihre heutige Praktikabilität und „Anschlussfähigkeit“ prüfen (so sind wir ja auch schon mit der „Diktatur des Proletariats“ verfahren).

Das Gerede von der Avantgarde können wir gleich sein lassen, es führt zu gar nichts. Die zentrale Aussage des Gründungsdokuments der IV. Internationale ist aktueller denn je: „Die Krise der Menschheit ist die Krise der proletarischen Führung.“
Aber sicher nicht im Sinne einer „Selbstproklamation“ irgendwelcher Kleingruppen zur

„Avantgarde“, sondern durchaus im Sinne der Avantis:

„ Unsere Überzeugung war und ist, daß die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und daß die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“ (S. 7)

Wenn Ihr euch jetzt noch traut, „Beteiligung“ durch „Führung“ zu ergänzen (nicht zu ersetzen !) sind wir uns schon einig. Im übrigen kennen wir auch keine einzige Gruppe oder Strömung mit revolutionärem Anspruch, die heute noch behauptet „Avantgarde“ zu *sein* (na gut, vielleicht mit Ausnahme der ‚Spartacist Arbeiterpartei‘) – alle (oder viele) wollen es *werden*. Bitte sehr, nehmen wirs doch einfach sportlich – wer die beste Politik macht, hat den größten Einfluss in der revolutionären Bewegung.

Soll das neue Projekt eine Kaderorganisation werden ?

Kommt drauf an, was Mensch darunter versteht. An den bizarren Ritualen der französischen Organisation ‚Lutte Ouvriere‘ sollten wir uns jedenfalls nicht orientieren. Bei denen darf vom Sympathisanten zum Mitglied aufsteigen, wer 100 (festgelegte) Bücher gelesen und sich drei bis fünf Jahre „bewährt“ hat – aber nur wenn er drei „Bürgen“ mitbringen kann. Ebenfalls nicht empfehlenswert: Das Modell ‚KB (Nord)‘ aus den 1970 /80er Jahren – unseres Wissens nach die einzige revolutionäre Organisation, deren Führung nicht nur nicht gewählt, sondern nicht einmal bekannt war.

Wichtig sind uns nur zwei Dinge: Das neue Projekt sollte keine Mitgliederpartei, kein Verein von „Karteileichen“ sein, sondern eine Organisation von Aktivisten. Zweitens ist es u. E. nicht zielführend jeden sofort aufzunehmen, der den Kapitalismus irgendwie doof findet oder was gegen Sparpolitik hat. Eine gewisse theoretische Basis (deshalb wichtig: nicht nur „Kampagnenreiterei“, sondern auch Selbst-Qualifikation), aber auch so was wie eine „corporate identity“ sollten wir schon verlangen, soll heißen: Wer bei dem Projekt mitmacht, sollten wissen warum hier und nicht bei der LINKEN oder Attac, bei RIO oder ‚Revolution‘.

Eine Lanze brechen möchten wir für den Demokratischen Zentralismus („erfunden“ übrigens nicht von den Bolschewiki, sondern von der deutschen Sozialdemokratie). Ehrlich gesagt, wissen wir gar nicht, wie eine revolutionäre Organisation anders als „demokratisch-zentralistisch“ funktionieren soll, obwohl wir natürlich wissen, daß das bei vielen (auch solchen, die sehr wohl für „Verbindlichkeit“ eintreten) negative Assoziationen weckt. Wir können die „überörtliche Leitung“ gerne auch „Strategiekomitee“ nennen, wichtig sind uns Verbindlichkeit, Transparenz und umfassende demokratische Kontrolle.

Niemand soll das „Parteiprogramm“ auswendig lernen, aber einmal gefasste Beschlüsse nach breiter, intensiver und demokratischer interner Diskussion sollten schon für alle (einigermaßen) verbindlich sein – alles andere macht weder Spaß noch Sinn. Ein gewisser Grad an Autonomie für lokale / regionale Strukturen widerspricht dem keineswegs, denn die Bedingungen revolutionärer Politik sind in Berlin andere als in Lübeck oder Passau. Aber zentrale programmatische und strategische Aussagen müssen schon für die ganze Organisation gelten, was nicht heißt, daß eine Differenz nicht auch mal öffentlich ausgetragen werden kann.

Wir sind für gewählte (und jederzeit abwählbare !) Leitungsstrukturen auf allen Ebenen der Organisation. Das ist das demokratischste, weil transparenteste Verfahren.

„Bewegungsstrukturen“ sind nach unserer Erfahrung oft nur scheinbar (basis)-demokratischer. Die häufige Intransparenz führt dazu, daß „informelle“ Strukturen leichteres Spiel haben.

Auch beim Thema „DemoZent“ sollten wir von schon gemachten Erfahrungen lernen. „Demokratie ohne Zentralismus“ führt zum Modell II. Internationale (oder zu so was wie der IL), „Zentralismus ohne Demokratie“ führt zum Modell III. Internationale nach 1924. Das eine geht nicht ohne das andere. Mehrheitlich gefasste Beschlüsse werden nur dann wirklich von allen umgesetzt, wenn es vorher eine freie und faire Diskussion gab und wenn die Minderheit nicht nur das statuarische, sondern auch tatsächliche Recht hat, darum zu kämpfen, demnächst Mehrheit zu werden. Deshalb muss es u. E. in einer revolutionären Organisation das Recht auf die Bildung von Tendenzen / Plattformen geben, ohne daß das dazu führt, sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen.

Ohne vernünftigen Kartoffelsalat kein richtiger Arbeiterstaat

Kein Mensch (auch kein linker Mensch) macht Politik ausschließlich aus altruistischen Gründen. Wir wollen uns selbst erfinden und verwirklichen, wir suchen alle soziale Bestätigung etc. pp. Wer die gefühlt 231. Parteigründung avisiert, muss sich und anderen Rechenschaft ablegen über die (nicht nur politischen) Defizite revolutionärer Organisationen. Sexistisches, karrieristisches oder sonst wie asoziales Verhalten gibt es auch innerhalb solcher Organisationen.

Aus unserer Sicht ein noch nicht gelöstes Problem: Gerade kleine Gruppen mit hohem Aktivitätsgrad funktionieren nur zu oft als „Durchlauferhitzer“. (s. a. AVANTI, S. 9) Junge AntikapitalistInnen gehen mit Feuereifer ans Werk, sind nach ein paar Monaten, spätestens Jahren ausgebrannt und fortan für die politische Arbeit verloren. Dann kommt die nächste Generation – und wird wieder „verheizt“ (natürlich gibt es erfahrungsgemäß auch andere Gründe wie Berufseinstieg, Familiengründung u. a.).

Wie also kriegen wir es hin, daß Mensch, auch ohne „unbezahlter Berufsrevolutionär“ zu sein, also mit sagen wir 2 – 3 Terminen pro Woche am Organisationsleben nicht nur teilnehmen, sondern es auch *tatsächlich* mitbestimmen kann ?

Bei der Beantwortung dieser und anderer Fragen zum „Innenleben“ revolutionärer Organisationen sollten wir manchmal arroganten Großstädter unseren Blick vielleicht mal auf kleinere oder mittlere Orte schweifen lassen.

Wir hatten vor kurzem Gelegenheit, in Nürnberg Einblick in die Arbeit der dortigen radikalen Linken zu nehmen. Wir müssen sagen, wir waren beeindruckt. Die Gruppe ‚Organisierte Autonomie‘ (OA), die seit ca. 30 Jahren existiert, zeichnet sich durch eine kontinuierliche politische Arbeit, die Ausrichtung auf soziale Fragen, sowie die Verbindung von jungen und alten GenossInnen aus. Verbindlichkeit und Orientierung haben dazu geführt, daß die OA ein breites soziales Milieu um sich gruppieren kann und in der Stadt sowohl von der Presse als auch von den etablierten Parteien als politischer Faktor wahrgenommen wird. Auch solche lokalen / regionalen Erfahrungen sollten in unseren Diskussions- und Organisationsprozess einfließen.

Wie weiter ? Mit unseren „8 Geboten“ !

1. Keine Angst vor der eigenen Courage

Eigentlich muss mensch nur zwei Sachen wissen, um loszulegen: „Eure Ordnung ist auf Sand gebaut“ und „Etwas Besseres als den Tod finden wir überall“.

2. Offene Baustellen

Stimmt natürlich nur halb. Ohne theoretische Reflexion und Weiterentwicklung geht's nicht. Apropos theoretische Weiterentwicklung: Das Papier ist eh schon viel zu lang und trotzdem gibt's noch jede Menge Diskussionsbedarf:

- Steine sind (keine) Argumente ?
- Die „Gewaltfrage“; Bedingungsloses Grundeinkommen ?
- International organisieren, aber wie und wo ?
- Antritt bei Wahlen ? – Kleine Differenz mit AVANTI S. 41 ?
- Kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz ?
- Israel / Palästina / Existenzrecht Israels ? Volle Übereinstimmung mit AVANTI S. 39
- Permanente Revolution oder Etappenmodell ?

3. Vorsicht vor Kommunismus-Befürwortern

Jedenfalls dann, wenn das „K-Wort“ nur in Sonntagsreden auftaucht. Ein Paradebeispiel sind die Genossen von ‚Marx21‘. Über die Pariser Kommune, die Oktober- oder Novemberrevolution könnten wir uns sofort einigen – aber wehe es geht um Kritik am Berliner Senat !

4. Die Magie der großen Zahl

Vom Klassenfeind lernen heißt siegen lernen, sprich: Wir brauchen einen „Benchmark“. Ein „revolutionärer Attraktionspol“ muss eben nicht nur „revolutionär“, sondern auch „attraktiv“ sein – „Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“. Die NPA organisiert momentan ca. 6000 Leute, es gibt keinen vernünftigen, objektiven Grund, warum wir das mittelfristig nicht auch schaffen können. Diejenigen Organisationen der radikalen Linken in Deutschland, die mit dem eigenen Aufbau am weitesten sind (z.B. SAV und Avanti) organisieren z. Zt. einige hundert Leute (die MLPD mit ihren ca. 2000 Leuten ist ein finanzieller und „kultureller“ Sonderfall).

D.h. ein Start mit z.B. 600 Leuten wäre kein wirklicher Schritt vorwärts im Vergleich zum Bestehenden, denn es gibt so was wie die „Magie der (großen) Zahlen“. 1000 ernsthaft Interessierte / Beteiligte bis Mitte / Ende diesen Jahres sind ein anspruchsvolles, aber realistisches Ziel.

5. Seriosität vor Tempo

Das ist sicher Konsens, trotzdem sollten bis zum Sommer schriftliche Stellungnahmen, Vorschläge, Diskussionsbeiträge vorliegen. Nach dem Sommer sollte eine Art Fahrplan für den weiteren Prozess beschlossen werden. Vorbereitend sollten wir öffentliche Diskussionen ins Auge fassen.

6. Mut zur Abgrenzung

Natürlich müssen wir den Prozess mit größtmöglicher Offenheit allen ernsthaft Interessierten gegenüber gestalten. Eine produktive Diskussion wird aber nur möglich sein, wenn in grundsätzlichen Fragen Einigkeit besteht, sonst bringt das für alle Beteiligten nichts.

Endlose Debatten beispielsweise mit militanten „Anti-Deutschen“ führen nur zu Lähmung und Frustration.

Soll unser Diskussionsprozess nicht ein folgenloser Schlagabtausch werden, müssen wir den Mut zur Ab- und zur Not auch Ausgrenzung aufbringen. Und zwar nicht nur bezüglich der Inhalte, sondern auch was den Diskussionsstil angeht. Worauf wir definitiv keine Böcke haben, sind Debatten z.B. über die Frage: Was ist ein „Ereignis“? (Wir haben auch noch andere Hobbys).

7. Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen

...meinte jedenfalls Helmut Schmidt. Im Trikont hungern täglich eine Milliarde Menschen – nicht weil es zu wenig Nahrung gibt, sondern weil es zu wenig bezahlbare Nahrung gibt. In den USA wird Obdachlosigkeit zum Massenphänomen – nicht weil es zu wenig, sondern weil es zu viele Wohnungen / Häuser gibt. Wir finden: Wer heutzutage kein Interesse an Visionen hat, soll da bleiben oder hingehen, wo Schmidt schon lange ist: Zur Sozialdemokratie.

8. Schluss mit dem Dornröschenschlaf

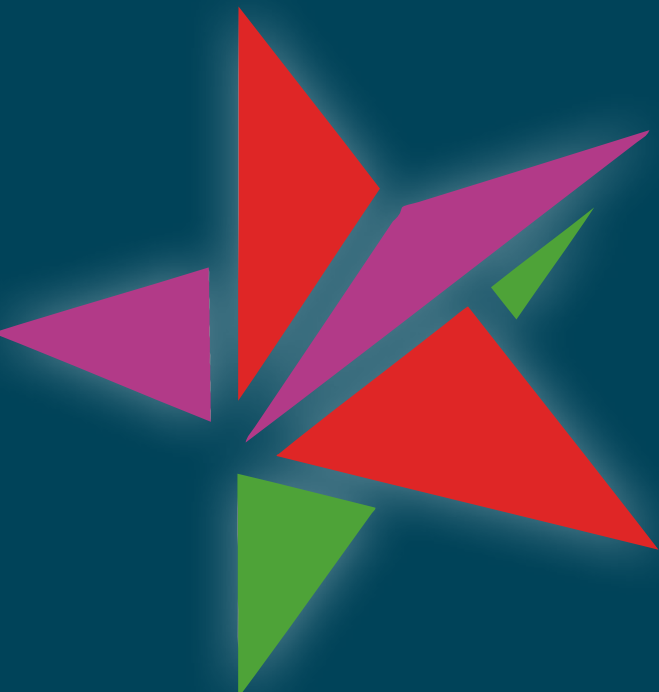
Am Anfang sprachen wir vom „Akzent der III. Internationale“ und dem „sozialpartnerschaftlichen Dornröschenschlaf“ in Deutschland. Damit ist jetzt Schluss – wir erinnern uns: Die Konferenzsprache der III. Internationale war lange Zeit Deutsch !

Sozialistische Initiative Berlin-Schöneberg, Jan. – März 2011

Kontakt: Michael-Pruetz@gmx.de

Neue antikapitalistische Organisation

Muss das wirklich sein?!



Die post-1989er Linke ist ein postmoderner Sisyphus: Die Linke macht zwar eifrig Kampagnen-Begleitmusik zur Politik der Herrschenden – aber die politische Agenda bestimmen die Letzteren. So bleibt die Linke in der Haltung des kritischen Protestes (des Sagens, „das und das passt mir nicht“, um die klassischen Worte Ulrike Meinhofs zu verwenden) stecken. Allein schon die Frage, was wir denn tun müssten, um dafür zu sorgen, dass das, was uns nicht passt, „nicht länger geschieht“, lässt die meisten Linken erschrecken. – Im März des vergangenen Jahres wurde als Alternative zu strategieloser Kampagnen-Rödelei von der Sozialistischen Kooperation (SoKo) mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen der Aufbau eines „gesellschaftlich wahrnehmbaren antikapitalistischen Pols“ und von der Sozialistischen Initiativen Berlin (SIB) die Prüfung der Gründung einer neuen antikapitalistischen Organisation vorgeschlagen – das Wort „Partei“ wurde bewusst vermieden. Denn Wahlkampagnen statt Bewegungskampagnen wären der Weg vom Regen in die Jauche.

Seitdem ist ein Jahr vergangen: Welche Begründung steht hinter den Vorschlägen? Wie verhalten sie sich zu den – in den letzten Jahren entstandenen, von autonomen Position beeinflusst – bundesweiten Bündnissen (Interventionistische Linke, Ums Ganze- und 3A-Bündnis)? Was ist nach einem Jahr Debatte aus den Vorschlägen geworden? Und: „Antikapitalismus“ – ist das nicht ein bisschen wenig?!

Geschichte taugt letztlich nicht zur politischen Identitätsstiftung

Es gab gute historische Gründe für die Ausdifferenzierung der GegnerInnen von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus in Autonome, Gleichheitsfeministinnen, Antiimps, Dekonstruktivist_innen, TrotzistInnen, ▶

Differenzfeministinnen, MaoistInnen, LinkssozialistInnen, ParteikommunistInnen und AnarchistInnen – sowie deren jeweiligen Unterfraktionen.

Und es gibt gute aktuelle Gründe, historische Differenzen nicht zum Kriterium für heutige Gemeinsamkeiten zu machen. Es gibt heute – wie es die GenossInnen der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) ausdrücken – ein ausdifferenziertes Spektrum subjektiver RevolutionärInnen, die alle nach bestem Wissen und Gewissen den Umsturz der herrschenden Verhältnisse anstreben und auch wissen, dass dies nicht im Wege gradueller Veränderungen geht, sondern einen revolutionären Bruch erfordert – und dabei doch kaum vorankommen, sondern in den letzten zwei Jahrzehnten massive Rückschläge erlitten haben. ▶

UNSER VORSCHLAG

Wir denken, dass es an der Zeit ist, nach zwei Jahrzehnten linker und feministischer Bescheidenheit wieder die Systemfrage zu stellen. Und wir sind überzeugt, dass es ohne revolutionäre Organisation nicht möglich ist, sie in wirksamer Weise zu beantworten. Die radikale Linke in ihrer jetzigen Form ist nicht in der Lage, gesellschaftlich Einfluss zu gewinnen; sie schwankt zwischen Kampagnen-Rödelei und Resignation hin und her.

Wir sind daher überzeugt, dass es einer linken Struktur bedarf, die programmatisch links von der Linkspartei und auch links der Interventionistischen Linken (IL) steht. Einer Struktur, die verbindlicher organisiert ist als die autonome Szene und die IL, aber im Gegensatz zu klandestin organisierten RevolutionärInnen in Demonstrationen, Veranstaltungen und Bündnissen auch persönlich (in Form von für sie einstehenden Mitgliedern) sicht- und ansprechbar ist.

Einfach Schwamm drüber? Oder: Streitbare Suche nach zeitgemäßer politischer Praxis und Organisation?

Unser Vorschlag, gemeinsam die Gründung einer neuen – mindestens antikapitalistischen, klassenkämpferischen – Organisation der subjektiven RevolutionärInnen zu prüfen, bedeutet nicht, die Geschichte einfach Geschichte sein zu lassen – aber wir gehen davon aus, dass keine der historischen Traditionslinien der Linken vorab die richtige Antwort auf die Schwierigkeiten, vor denen revolutionäre Politik heute steht, hat.

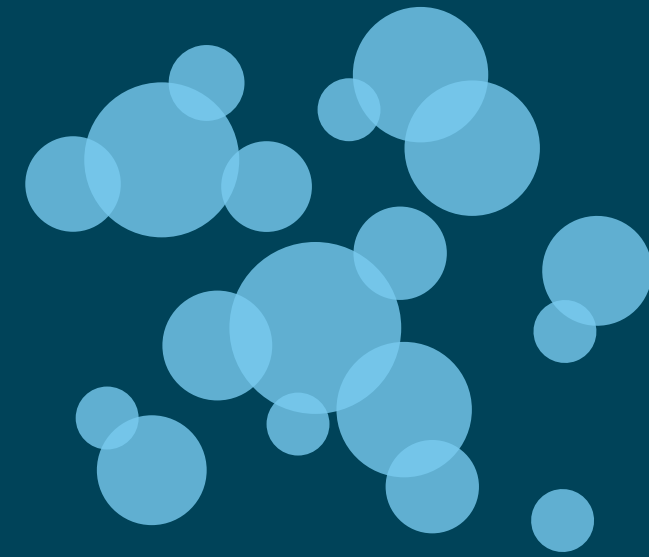
Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass alle Traditionslinien Wichtiges und Sinnvolles zur Suche nach einer solchen Antwort beizutragen haben.

Wir wollen nicht einfach die vorhandenen Gruppen und Kleinorganisationen unter einem neuen Namen vereinigen. Wir schlagen vielmehr vor, in einem – gleichermaßen streitbaren wie solidarischen – Diskussionsprozess die notwendigen theoretischen Voraussetzungen für eine Organisationsgründung zu erarbeiten und parallel die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in der politischen Praxis zu erproben.

Wir, wir, ... – Wer wir sind.

Wir, das sind zunächst einmal die unterzeichnenden vier Zusammenhänge: die schon genannten: SIB und SoKo sowie der überregional existierende Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und die Berliner Gruppe Internationale KommunistInnen (InterKomms). Der RSB und die InterKomms sind die beiden Gruppen, die sich am frühesten im Grundsatz zustimmend zu den SIB- und SoKo-Vorschlägen geäußert haben, und so fanden bisher drei bundesweite Treffen mit VertreterInnen dieser Gruppen statt.

Mittlerweile gibt es Stellungnahmen von weiteren Gruppen (isl, RPB, GAM und RIO) sowie einzelnen GenossInnen, sodass wir hoffen, dass die nächsten ▶



Treffen und ein gemeinsames workshop-Wochenende („NAO-Sommer-Debatte“) in einem größeren Kreis stattfinden werden; und für den kommenden Oktober ist eine öffentliche Arbeitskonferenz geplant – für den Fall, dass wir mit unseren Debatten und der Erweiterung der an ihnen beteiligten Spektren so schnell vorankommen wie wir hoffen.

Bisher drehten sich unsere Debatten vor allem um zwei Fragen: 1. das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat bzw. Marxismus und Feminismus sowie 2. um fünf sogenannte „Essentials“, die die Sozialistische Initiative Berlin (SIB) als politischen Minimalkonsens vorgeschlagen hat. Die Diskussion über eine revolutionäre Programmatik hat erst begonnen.

Fünf Eckpunkte

In ihrem „Na endlich“-Papier vom März 2011 schrieb die SIB: „damit die Mahlzeit trotz ‚Nahrungsvielfalt‘ nicht ungenießbar wird, müssen alle Beteiligten auch ihre ‚Schmerzgrenzen‘ definieren und artikulieren. Für uns gibt es nur 5 unverhandelbare Punkte: ▼

1. Konzept des **revolutionären Bruchs**,
2. **Keine Mitverwaltung** der kapitalistischen Krise,
3. **Klassenorientierung**,
4. **Einheitsfront**-Methode,
5. (Eine gewisse) organisatorische **Verbindlichkeit**.

So in Stein gemeißelt waren die fünf „unverhandelbaren Punkte“ dann doch nicht. . .

Auch die SIB beansprucht nicht, ein „Konzept“ des revolutionären Bruchs in der Tasche zu haben, das nur noch seiner Umsetzung harren würde. Wir sprechen daher inzwischen gemeinsam von der „Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs“.

Auch über die genaue Formulierung der anderen vier Punkte wird noch zu sprechen sein. . .

Außerdem ist klar, dass allein diese fünf Punkte eine Organisationsgründung nicht tragen würden. Aber sie sind unseres Erachtens eine geeignete Grundlage, um die Debatte strukturierter als bisher fortzusetzen und ihre Trägfähigkeit in ersten Schritten gemeinsamer politischer Praxis zu erproben.

Nebenwidersprüche – war da etwa was...?

Das „Na endlich“-Papier der SIB bemühte sich zwar, sich von der traditionell-marxistischen Klassifizierung des Geschlechterverhältnisses als „Nebenwiderspruch“ abzusetzen und sich ernsthaft mit – zumindest älteren – feministischen Positionen auseinanderzusetzen. Doch schimmerte an verschiedenen Stellen des Textes weiterhin die Auffassung durch, dass der Kapitalismus doch irgendwie das Grundlegendere oder Wichtigere sei – was kontroverse Diskussionen auslöste, ohne bisher zu einer von allen Beteiligten geteilten Formulierung geführt zu haben.

In einer Stellungnahme des RSB zu diesem Punkt heißt es: „Dem Eintreten gegen männliche Unterdrückung, Sexismus und Homophobie sowohl auf politischer ▶

als auch auf privater Ebene als auch im Rahmen linker Organisationen und Politik messen wir eine zentrale Bedeutung bei.“

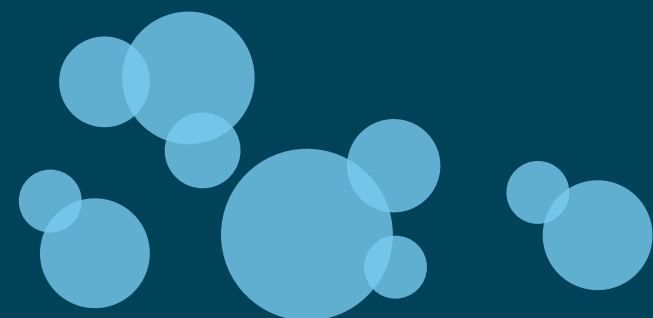
In Antwort auf diesen und andere Texte präzierte die SIB ihre Position zum Geschlechterverhältnis im sog. „Quietcheentchen“-Papier.

Warum Organisation – wenn es doch Bündnisse gibt?

Nichts gegen Bündnisse. Wir arbeiten selbst alle in verschiedenen Bündnissen mit und auch die Organisation, über deren eventuelle Gründung wir diskutieren, sollte das unseres Erachtens tun.

Aber zum einen sind Bündnisse unter Einschluss von reformistischen Organisationen und Gruppen – auch das halten wir für richtig – von vornherein etwas anderes als revolutionäre Organisierung.

Aber auch revolutionäre Bündnisse und Teilbereichsorganisationen reichen unserer Überzeugung nach nicht aus. Wir sehen das ziemlich ähnlich wie die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB): „Um intervenieren zu können, müssen wir in einer Position der Stärke sein, über Organisationen verfügen, die im umfassenden Sinne handlungsfähig sind: Auf dem Feld der Theorie ebenso wie auf dem der Praxis. Teilbereichsorganisationen und bewegungsorientierte Eventgruppen – so wichtige Arbeit diese zum Teil verrichten – reichen nicht aus.“ ▶



Wir wollen verbindliche Strukturen, wo Vertrauen und Kontrolle sich die Waage halten. Wo gefasste Beschlüsse respektiert werden, aber kein Dogma sind. Wo Leitungsstrukturen transparent gewählt werden und (fast noch wichtiger) wieder abgewählt werden können. –

Bündnisse sind die geeignete Struktur für die Vorbereitung von Aktionen. Aber, wenn es allein dabei bleibt, ist die Gefahr des Absturzes in Kampagnen-Rödelei stets groß.

Zu sehen ist dies insbesondere an der Interventionistischen Linken (IL), dem größten bundesweiten Bündnis der post-autonomen Szene. Die größte dortige Mitgliedsgruppe, fast schon eine kleine Organisation für den norddeutschen Raum, ist Avanti – Projekt undogmatische Linke, die ein rund 100-seitiges Programm hat, das jedenfalls einige von uns ziemlich gut finden. Allerdings wirkt sich dieses Programm kaum auf die Praxis der IL aus.

Zum Beispiel ist die Initiierung von Antikrisenaktionen in einer Zeit, in der es kaum Mobilisierungen gibt, zwar ein Verdienst der IL. Dies gilt auch für das Verbreiten neuer Aktionsformen, mit denen möglichst viele Menschen zum Erleben ihrer eigenen Handlungsfähigkeit und zur Überwindung des Gefühls von Ohnmacht gegenüber den Herrschenden ermutigt werden sollen.

Im Zweifelsfall läßt sich die IL jedoch auf einen Minimalkonsens, der für sozialdemokratische und linksliberale BündnispartnerInnen noch tragbar ist, ein. Und vor allem setzt die IL darauf, mit Aktionen – statt mit Argumenten – zu überzeugen.

Da haben wir doch ein deutlich anderes Politikverständnis, und wir legen mehr Wert darauf, auch im Rahmen von Bündnissen auch unsere eigenen Inhalte auszusprechen – ein Recht, das wir genauso auch unsere BündnispartnerInnen zubilligen (anstatt alles auf eine fade Minimalkonsens-Soße zu reduzieren).

Die beiden anderen post-autonomen Bündnisse, das 3A-Bündnis und das Ums Ganze (UG)-Bündnis, sind zwar dezidierter in ihren Positionen und auch ▶

theorieorientierter als die IL. Aber auch sie weisen nur einen geringen Grad an überregionaler programmatischer Vereinheitlichung und daher nur eine begrenzte gemeinsame Handlungsfähigkeit auf. Zu wenig entwickelt ist unseres Erachtens auch die Fähigkeit oder Bereitschaft, bei Aufrechterhaltung und Vertretung der eigenen Position dennoch ein Bündnis mit anderen – auch reformistischen – Kräften einzugehen.

Schließlich decken das 3A- und das UG-Bündnis jeweils nur einen Teil des Spektrums der entschiedenen AntikapitalistInnen ab, während die IL sowohl Gruppen umfasst, die einen revolutionären Anspruch vertreten, als auch solche, die dies nicht tun.

Und dann sind da noch die AntikapitalistInnen in eher traditionellen Gruppen. Einige Hundert Aktive in und bei der DKP kämpfen in ihren Strukturen um eine neue kommunistische Identität. Ebenfalls ein paar Hundert klassenkämpferische AntikapitalistInnen in der Partei *Die Linke*.

Hinzu kommen viele weitere Hundert individualisierte Antikapitalistinnen – als Gewerkschaftslinker aktiv, als Anti-AKW-AktivistInnen oder in anderen Bewegungen –, für die derzeit kein attraktives Angebot antikapitalistischer Organisierung besteht.

Nun wissen auch wir, dass sich eine gemeinsame Organisation der subjektiven RevolutionärInnen nicht aus dem Boden stampfen lässt. Aber wir möchten allen GenossInnen, die sich in unterschiedlichen Spektren mit der Organisationsfrage befassen, bitten, die Debatte auf dieses Ziel hin zu führen. Inwieweit wir dieses Ziel mittelfristig erreichen können, können wir alle noch nicht wissen – aber anstreben sollten wir es – und gemeinsam Strukturen schaffen, in denen die Debatte fortgesetzt und eine themenübergreifende Zusammenarbeit erprobt werden kann. ■



www.nao-prozess.de

WEITERE INFORMATIONEN

Über den Diskussionsprozess über eine neue antikapitalistische Organisation kannst du auf dem Laufenden bleiben unter www.nao-prozess.de

Am NaO-Prozess sind bisher beteiligt (Stand Mai 2012):

- SIB – Sozialistische Initiative Berlin
- SoKo – Sozialistische Kooperation
- RSB – Revoltionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale
- InterKomm – Internationale KommunistInnen
- sowie bisher 6 weitere Organisationen, die vorläufig nur beobachtend teilnehmen

Die Sozialistische Initiative Berlin (SIB) hatte im März 2011 „fünf unverhandelbare Punkte“ benannt, die ihres Erachtens eine neue antikapitalistische Organisation, deren eventuelle Gründung sie zur Debatte stellte, auszeichnen sollten.

Der daraufhin einsetzende Diskussionsprozess – kurz NaO-Prozess genannt – hatte zum Ziel, innerhalb des Spektrums der „subjektiven Revolutionäre“, die Gemeinsamkeiten herauszufiltern, die zur (eventuellen) Gründung einer revolutionär-antikapitalistischen Organisation unbedingt erforderlich sind. Alle Fragen, die historische und/oder identitäre Unterscheide betreffen, sollten dann innerhalb einer ‚pluralen‘ revolutionären Organisation mit Plattform-, Tendenz- und Fraktionsrecht gut miteinander (oder nebeneinander) leben können, ohne dass die Existenzberechtigung eines solchen Projekts gleich wieder in Frage gestellt wird.

A. Der Zweck unserer Organisierung

Der Zweck unserer Organisierung ist die Überwindung jeglicher Herrschaft und Ausbeutung. Einige von uns nennen eine Gesellschaft, wo dieses Ziel realisiert ist, Kommunismus; einige Anarchie; einige Sozialismus und einige ziehen es vor, die Bezeichnung einer solchen Gesellschaft nicht begrifflich zu fixieren.

B. Wogegen wir uns wenden

Wir sind uns einig, dass die Erreichung dieses Ziel auch in heutigen Gesellschaften nicht nur die Überwindung von Klassenherrschaft und -ausbeutung, sondern auch die von Rassismus und männlicher Dominanz sowie aller weiteren bestehenden oder neu entstehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse erfordert.

a) Wir sind uns einig, dass die Überwindung von Herrschaft nicht (nur) eine Demokratisierung, sondern ein Absterben des Staates, und dass eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur eine Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern auch der Lohnarbeit (d.h.: der Warenförmigkeit der Arbeitskraft) und der Warenförmigkeit der erzeugten Produkte und der geförderten Rohstoffe, der Konkurrenz zwischen den Betrieben und Individuen, eine Überwindung der Trennung von leitenden und ausführenden Tätigkeiten sowie ein Überflüssigwerden und die Abschaffung des Geldes erfordert.

b) Es besteht noch Untersuchungs- und Diskussionsbedarf über das genaue Verhältnis von Kapitalismus, Patriarchat/Sexismus und Rassismus.

c) Wir sind uns aber jedenfalls schon insoweit einig, dass wir *weder* der Ansicht sind, dass männliche Dominanz und Rassismus mit Überwindung des Kapitalismus automatisch verschwinden würden, *noch* dass der Kampf gegen Rassismus und männliche Dominanz in kapitalistischen Gesellschaften fehl am Platze oder sinnlos sei.

Vielmehr beteiligen wir uns – genauso wie in Bezug auf die Klassenverhältnisse – auch in Bezug auf Rassismus und Geschlechterverhältnisse mit revolutionärer Perspektive an Tageskämpfen.

d) Dies schließt auch die eigene Organisationspraxis ein. Quotierung von Gremien und Redelisten werden in der Organisation, die wir evtl. gründen werden, Anwendung finden, und FrauenLesben sowie MigrantInnen und Flüchtlinge das Recht auf Bildung autonomer Strukturen innerhalb und außerhalb der Organisation haben.

e) Wir sind davon überzeugt, dass für eine Erneuerung einer revolutionären Bewegung (in Deutschland) das sinnlose Zirkel- und „Sektenwesen“ überwunden werden, und es zu einer Zusammenlegung der Ressourcen der revolutionären Linken kommen muss.

Ein solcher Annäherungs- und Vereinigungsprozess sollte aber, wenn er langfristig erfolgreich sein soll, nicht wahllos geschehen. Vielmehr benötigt er als theoretisch-strategische Grundlage einige revolutionäre Mindeststandards, über die in einer eventuellen künftigen, gemeinsamen Organisation ein Konsens existieren muss, wenn gemeinsame politische Handlungsfähigkeit erlangt werden soll.

C. Unsere strategisch-methodischen Grundüberzeugungen

Diese Mindeststandards sind für uns:

1. Zustimmung zur Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs
2. Keine Mitverwaltung von Herrschaft und Ausbeutung – weder als Regierungspartei, noch als sozial-bewegte Politikberatung
3. Bündnispolitik statt Sektiererei
4. Parteilichkeit / antagonistische Orientierung
5. Vom Netzwerk zum revolutionären Bündnis zur revolutionären Organisation.

Erläuterungen:

zu 1.: Zustimmung zur Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs

a) Beim revolutionären Bruch handelt es sich in Bezug auf die existierenden Klassenverhältnisse um den Bruch der Macht des Kapitals und die Zerschlagung^[1] seines wichtigsten Gewaltapparates – des bürgerlichen Staates – und deren Ersetzung durch Organe der Selbstverwaltung von unten (Räte).

b) Wir halten einen solchen revolutionären Bruch für notwendig, da herrschende Klassen in aller Regel nicht freiwillig auf die Vorteile, die sie aus der Ausübung ihrer Herrschaft ziehen, verzichten.

Einige von uns sind überzeugt, dass im Falle der herrschenden rassifizierten Gruppe („Rasse“) – der Weißen – und der herrschenden sexuierten Gruppe („Geschlecht“) – der Männer – kaum mehr Anlaß zu Optimismus hinsichtlich freiwilligen Machtverzichts angeraten ist, sodass nach Auffassung dieser GensossInnen auch insofern revolutionäre Brüche zur Überwindung von Herrschaft und Ausbeutung notwendig sind.

c) Revolutionen sind nach unserer Auffassung keine einmaligen Akte, die sich auf den Moment des revolutionären Bruchs *reduzieren* würden. Sie erfordern aber – als Element eines längeren und komplexeren revolutionären Prozesses – einen Moment höchster gesellschaftlicher Zuspitzung, die einen Wechsel in den Machtverhältnissen bewirkt. Dies kann aber nur gelingen, wenn es auch schon *vor* dem Bruchpunkt elementare Machtpositionen der Beherrschten und Ausgebeuteten gibt, die sich dann allerdings von einer „Doppelmacht“ auf betrieblicher oder lokaler Ebene gesamt-gesellschaftlich verallgemeinern und revolutionär vereindeutigen müssen.

d) Allerdings wird auch danach die Gefahr einer Konterrevolution fortbestehen. Einige von uns sind der Ansicht, daß es nach einem revolutionären Bruch sogleich möglich ist, zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Staat, Geld und Warenförmigkeit der Produkte und Arbeitskraft überzugehen und die Ergebnisse der Revolution zu verteidigen und auszubauen. Andere von uns sind der Ansicht, daß es dafür vielmehr eines – an seinem

eigenen Absterben arbeitenden – Übergangstaates (Räterepublik) bedarf sowie Geld und Warenwirtschaft nicht auf einen Schlag abschaffbar sind.

e) Alle gemeinsam sind wir aber überzeugt, dass allein über Reformen oder die sukzessive Ausweitung von Szene-Freiräumen oder betrieblicher „ArbeiterInnenkontrolle“ es keine „Transformation“ geben wird – wobei wir den Kampf für (wirkliche) Reformen weder ablehnen noch gering achten; wir sagen nur, dass Reformen und Freiräume den revolutionären Bruch *nicht ersetzen* können.

f) Ein schrittweiser und friedlicher (meist parlamentarischer) Weg zum Sozialismus hat sich bisher immer als Desaster herausgestellt. Eine Revolution wird umso unblutiger verlaufen, je besser die revolutionären Kräfte und alle Beherrschten und Ausgebeuteten auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den Repressionsinstrumenten der Herrschenden und Ausbeutenden vorbereitet sind.

zu 2.: Keine Mitverwaltung von Herrschaft und Ausbeutung – weder als Regierungspartei, noch als sozial-bewegte Politikberatung

Die Organisation, die wir eventuell einmal gründen werden, wird sich auf absehbare Zeit nicht an Parlamentswahlen (egal auf welcher Ebene) beteiligen. 0-Komma- oder 1-Komma-Kandidaturen halten wir alle für kontraproduktiv und etwaige Kandidaturen mit Aussicht auf Parlamentsbeteiligung wollen – angesichts der Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung und den Grünen – wohlwogen sein.

Keinesfalls werden wir uns an gemeinsamen Regierungen bürgerlicher Staaten mit reformistischen (oder gar konservativen oder reaktionären) Partei beteiligen, wir würden aber Angriffen von rechts auf eine solche („Links’)-Regierung entgegentreten. Unsere Alternative zu ‚real’politischem Opportunismus und fundamentalistischer Ignoranz ggü. dem kleineren Übel ist die Taktik der bedingungslosen oder distanzierten Tolerierung („An uns wird eine Abwahl von z.B. Merkel nicht scheitern’, aber *keine* Aushandlung von Koalitions- oder Tolerierungspakten, die uns in die Politik von SPD, Grünen und/oder Linkspartei einbinden würde). Denn das Schnüren solcher Pakete impliziert immer Gesamt-Verantwortung für diese Pakete übernehmen zu müssen – also das Unzureichende und häufig auch das Falsche (die in solchen Paketen enthaltenen ‚Kröten’) als das Richtige legitimieren und damit die eigenen Ziele de-thematisieren zu müssen.

Dieses De-Thematisieren findet freilich nicht erst bei Regierungsbeteiligten statt; vielmehr ist es gängige Praxis, wenn sich RevolutionärInnen in (außerparlamentarischen) Bündnissen Minimalkonsense mit ReformistInnen *zu eigen* machen und auf die Wahrung und Wahrnehmung der Freiheit, für die eigenen weitergehenden Ziele und entschlosseneren Kampfmethoden auch im Rahmen von Aktionseinheiten einzutreten, verzichten. Nur allzu häufig bemäntelt lautstark vorgetragene Kritik an Parlamentsparteien nur den eigenen Bewegungsreformismus.

Wir sind daher der Überzeugung, daß eine revolutionäre Umwälzung der heutigen Gesellschaft nicht allein durch spontane Bewegungen bewirkt werden kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht. Deren Aufgabe ist es, in sozialen Bewegungen als weitertreibende Kraft zu wirken, indem sie für eine Orientierung des Kampfes auf den Bruch mit dem „gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System“ (Lenin) argumentieren.

Dies heißt freilich *nicht*, die Haltung, ‚Wir haben keine Forderungen und sind einfach da’, einzunehmen; und es heißt auch nicht, sich ausschließlich auf eine theoretische Praxis der reinen Kritik zu *beschränken*. Vielmehr werden wir unsere Kritik ‚an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen’ (Lenin) zum Gegenstand von politischer Praxis auf der Straße, in den Betrieben, in den Stadtteilen, im kulturellen und sog. ‚privaten’ Bereich machen und dabei auf spontane Kämpfe Bezug nehmen und an die in

diesen artikulierten Forderungen anknüpfen und versuchen, diese in revolutionärer Richtung zu radikalisieren.

zu 3.: Bündnispolitik statt Sektiererei

a) In dieser Perspektive beteiligen wir uns auch an Bündnissen mit anderen revolutionären sowie mit reformistischen und gradualistischen Kräften, was sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen umfaßt. Viele von uns nennen derartige breite Bündnisse „Aktionseinheiten“. Je nach Einigung im Einzelfall („Für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie!“, „Kein Bau von Stuttgart 21!“, „Für das Recht auf Lostrennung der Bevölkerung Euskadis vom spanischen Staat!“) ist im Rahmen von Aktionseinheiten eine Zusammenarbeit z.B. auch mit Konservativen möglich.

Wir werden aber weder gegenüber Konservativen noch gegenüber ReformistInnen und GradualistInnen auf das Aussprechen unserer eigenen Überzeugungen verzichten, nur damit Bündnisse zustande kommen. Bündnisse schließen allseitige Freiheit der Kritik ein. Eine Politik der Aktionseinheit schließt auch nicht aus, für inhaltliche Positionen und Aktionen, für die keine BündnispartnerInnen zu finden sind, ggf. eigenständig zu argumentieren und zu mobilisieren.

„Politik der Aktionseinheit“ heißt für uns *ausschließlich*: Auf Bündnisse, die zu bestimmten konkreten Fragen möglich sind, nicht allein *deshalb* zu verzichten, weil zu anderen Fragen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

b) Einige von uns sprechen bzgl. der Herangehensweise an reformistische / gradualistische Organisationen und Gewerkschaften von „Einheitsfront“ (EF).

Die EF dient zwei miteinander eng verbundenen Zwecken: Sie soll eine möglichst breite Kampffront von linken politischen Organisationen und Klassen-Organisationen der Lohnabhängigen schaffen, um bestimmte konkrete und begrenzte Ziele gegen Staat und Kapital durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen keine Einschränkungen erfolgen (etwa: EF nur mit RevolutionärInnen / EF „von unten“). Die EF dient aber auch dem politischen Kampf um die Basis reformistischer / gradualistischer Organisationen und Gewerkschaften.

In der gemeinsamen Aktion versuchen wir zu überzeugen, dass revolutionäre Politik auch für den Sieg in einem begrenzten Kampf besser ist als reformistische.

Darüber hinaus ist die EF ein System von Taktiken. Sie verfehlt ihre Wirkung, wenn sie isoliert / selektiv praktiziert wird, etwa: Bei Antifa-Mobilisierungen machen wir EF, bei der Taktik der kritischen Wahlunterstützung lehnen wir sie aber grundsätzlich ab.

Aber auch von den VerfechterInnen des Begriffs-Einheitsfront ist jedoch *nicht* gemeint, daß sich RevolutionärInnen inhaltlich oder strategisch von LinksreformistInnen und/oder GradualistInnen abhängig machen sollten.

Andere von uns sehen keinen relevanten Unterschied zwischen vorstehender Beschreibung und dem, was auch für Aktionseinheiten gilt. Sie verzichten daher auf eine begriffliche Differenzierung von Aktionseinheiten und Einheitsfronten und sprechen generell von Bündnispolitik.

c) **Gemeinsam halten für es für wichtig, daß zumindest die Mitglieder einer künftigen NaO, die einen Job haben, aktiv in einer Gewerkschaft mitarbeiten. Soweit Gewerkschaften über Erwerbslosen-Strukturen verfügen, sollten dies auch GenossInnen ohne Job tun. Viele von uns halten die Mitarbeit in der jeweils zuständigen DGB-Einzelgewerkschaft für am sinnvollsten. Sie sprechen in Bezug auf die DGB-Gewerkschaften von „elementaren Einheitsfront-Organen“. Einige von uns sind dagegen der Überzeugung, daß es auch – je nach betrieblichen Bedingungen – sinnvoller sein kann, in in der FAU oder einer kämpferischen Spartengewerkschaft wie der GdL mitzuarbeiten.**

d) An Volksfronten, d.h.: über anlaßbezogene Aktionseinheiten hinausgehende Bündnisse mit Konservativen und anderen bürgerlichen Kräften werden wir uns nicht gemeinsam beteiligen. Viele von uns halten solche Volksfronten auch im Kampf gegen Imperialismus und Neo-Kolonialismus für falsch; einige von uns halten sie in diesem speziellen Kontext allerdings für vertretbar.

e) Das taktische Ziel unserer Bündnispolitik wird immer ein doppeltes sein:

aa) Mobilisierungs- und nach Möglichkeit auch Durchsetzungserfolge für Anliegen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Ausgebeuteten und Beherrschten hier und heute verbessern, zu erringen.

bb) Bei gemeinsamen Mobilisierungen mit anderen Linken über unsere Inhalte, Strategie und Taktiken ins Gespräch zu kommen und für sie zu argumentieren **und die anderen von unseren Positionen zu überzeugen** – was freilich immer auf Gegenseitigkeit beruht.

f) Eine sog. Aktionseinheits- oder Einheitsfront-Politik „von unten“, die sich nur an *Mitglieder* von reformistischen Organisationen, aber nicht auch an diese Organisationen als Ganzes richtet, halten wir für sektiererisch und aussichtslos, da sie die Organisationsentscheidung der Mitglieder, die für Bündnisse gewonnen werden soll, politisch nicht ernstnimmt.

zu 4.: Parteilichkeit / antagonistische Orientierung

a) Wir sind gemeinsam davon überzeugt, daß die Lohnabhängigen die Klasse sind, die – aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe und ihrer Stellung im modernen Produktionsprozeß – die kapitalistische Produktionsweise überwinden kann (diese Überzeugung nennen wir „Klassenorientierung“). Jene Möglichkeit wird dann zur Wirklichkeit, wenn eine solche Überwindung von der Mehrheit der Lohnabhängigen gewollt und zumindest von großen Teilen von ihnen aktiv vollzogen wird und sie eine solche Stärke haben, die ihnen erlaubt, sich gegen das Beharrungsinteresse der Bourgeoisie durchzusetzen. Analog geht ein Teil von uns davon aus, daß auch die Überwindung von männlicher Dominanz bzw. Rassismus nur möglich sein wird, wenn sie von der Mehrheit der FrauenLesben bzw. Schwarzen gewollt und zumindest von großen Teilen von ihnen aktiv vollzogen wird. Diese Einsicht/en schließt/en jeden Versuch aus, revolutionäre Prozesse in erster Linie gestützt auf eine selbstbezügliche sub-kulturelle Szene oder eine von den ausgebeuteten und beherrschten Massen losgelöste Möchte-gern-Avantgarde, aber auch gestützt auf einen schon immer fragwürdigen Proletkult/Ouvrierismus voranzutreiben.

b) Indem wir von Lohnabhängigen sprechen, soll deutlich werden, daß wir, wenn wir von Klassenkampf und Klassenorientierung reden, uns nicht exklusiv oder vorrangig auf die (handarbeitende) IndustriearbeiterInnenschaft beziehen. Vielmehr beziehen **sich die allermeisten von uns** mit dem Begriff „Lohnabhängig“ auf alle, deren Lebensunterhalt – da sie keine (relevanten Mengen an) Produktionsmitteln besitzen – direkt oder indirekt davon abhängt, daß sie oder Angehörige von ihnen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen. Dies schließt auch diejenigen ein, die sich in Vorbereitung auf eine spätere lohnabhängige Tätigkeit noch in Ausbildung befinden oder deren Renteneinnahmen oder Arbeitslosengeld von früherer Lohnarbeit und/oder ihrer Bereitschaft, ihre Arbeitskraft dem kapitalistischen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, abhängen. Es schließt schließlich auch diejenigen ein, die als Hausfrauen bzw. Kinder nicht nur direkt von den Unterhaltszahlungen ihrer Ehemänner, sondern vermittelt über diese auch von deren Lohnarbeit abhängig sind. All diese Interessen müssen berücksichtigt werden, wenn versucht wird, die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Sektoren der Lohnabhängigen und so ihre Kampfkraft zu stärken.

Einige von uns sind aber auch der Ansicht, daß die Verwendung eines weiten Begriffs

von Lohnabhängigen, unter Einschluß der indirekt Lohnabhängigen, eine bloß rhetorische Modernisierung darstellt, unter der eine Fokussierung auf Erwerbstätige mit [unbefristeten Voll-]Arbeitsverträgen (Stammebelegschaften + etwas drumherum) leicht vorleben kann. Eine solche Fokussierung sei heutzutage aber analytisch und strategisch nicht mehr angemessen ist. Abhängige von zivilrechtlichen Unterhaltszahlungen und staatlichen Transferleistungen sollten durch Benennung als Nicht-Lohnabhängige sichtbar gemacht und strategisch ernstgenommen werden.

c) Einige von uns ziehen allerdings die klassische marxistische Begrifflichkeit von „Arbeiterklasse“ und „Proletariat“ vor – sei es, daß sie diese enger definieren; sei es, daß sie diese Begriffe genauso verstehen, wie vorstehend der Begriff der Lohnabhängigen definiert ist. Diese GenossInnen finden es darüber hinaus unzureichend, zu sagen, „Wir sind gemeinsam davon überzeugt, daß die Lohnabhängigen die Klasse sind, die – aufgrund ihrer zahlmäßigen Größe und ihrer Stellung im modernen Produktionsprozeß – die kapitalistische Produktionsweise überwinden kann.“ Sie halten es darüber hinaus – sehr wohl wissend, daß die große Mehrheit auch der Arbeiterklasse heute *kein* revolutionäres Bewußtsein hat – für richtig, zu sagen: „Die Arbeiterklasse *ist* das revolutionäre Subjekt.“ Andere von uns bezweifeln dagegen, (1.) den analytischen und politischen Sinn, in dieser Weise eine (politische) *Hoffnung* in Form einer (scheinbar faktischen) *Behauptung* auszudrücken und sind (2.) auch nicht damit einverstanden, die Lohnabhängigen – Männer gleichermaßen wie Frauen, Weiße gleichermaßen wie Schwarze – nicht nur zum (potentiellen) Subjekt der Überwindung des Kapitalismus, sondern auch von Patriarchat/Sexismus und Rassismus zu erklären.

zu 5.: Vom Netzwerk zum revolutionären Bündnis zur revolutionären Organisation

a) Die unterzeichnenden Gruppen und Klein-Organisationen bilden im Moment noch nicht mehr als ein loses Netzwerk. D.h.: Die meisten Entscheidungen treffen die beteiligten Gruppen noch für sich und nur zu ausgewählten Fragen führen wir gemeinsame Diskussionen und kommen ggf. auch zu einem gemeinsamen Handeln.

b) Dies soll anders werden. Mit Fortschreiten der inhaltlichen und strategischen Klärung wollen wir uns zu einem engeren revolutionären Bündnis (von einigen auch: „Front“, „Block“ oder „Pol“ genannt) zusammenschließen. Dabei werden wir dann versuchen, mehr Fragen gemeinsam zu diskutieren und verstärkt gemeinsam aufzutreten. Dies heißt dann für die beteiligten Gruppen einen größeren (als bisher) Teil ihrer Zeit- und sonstigen Ressourcen in den gemeinsamen Prozeß einzubringen.

[Anmerkung: Ich wäre mit beiden Änderungsvorschlägen einverstanden.]

Bei einem ausreichenden Grad an inhaltlichen und strategischen Gemeinsamkeiten sind wir gerne bereit, uns mit anderen revolutionären Organisationsansätzen, beispielsweise dem Ums Ganze-Bündnis, zusammenzuschließen oder uns solchen Bündnissen unsererseits anzuschließen.

Mit diesem Schritt wollen wir nicht in Konkurrenz zu anderen existierenden revolutionären Bündnissen, wie dem 3A-Bündnis und dem Ums Ganze-Bündnis treten, sondern unseren spezifischen Beitrag für die Einheit der RevolutionärInnen leisten. Bei einem ausreichenden Grad an inhaltlichen und strategischen Gemeinsamkeiten bleiben wir jederzeit zu einer möglichst verbindlichen Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Kräften – z.B. auch denen innerhalb der Interventionistischen Linken (IL), der DKP und kleineren Gruppen sowie den wenigen

RevolutionärInnen innerhalb der Linkspartei – und zur Schaffung gemeinsamer Strukturen bereit.
--

c) Sollte es schließlich zur Gründung einer neuen Organisation von subjektiven RevolutionärInnen kommen, so wollen wir verbindliche Strukturen, wo Vertrauen und Kontrolle sich die Waage halten. Wo gefaßte Beschlüsse respektiert werden, aber kein Dogma sind. Wo Leitungsstrukturen transparent gewählt werden und (fast noch wichtiger) wieder abgewählt werden können.

Beschlüssen können freilich immer nur diejenigen binden, die sie fassen. Von Mitgliedern, die nachträglich ihre Auffassung ändern, erwarten wir, daß sie zunächst ihre Auffassungsänderung kommunizieren und erst danach ggf. weitergehende Handlungs- oder Nicht-Handlungskonsequenzen ziehen. Wir erwarten von allen Mitgliedern, daß sie sich kontinuierlich an den Treffen, an der Theorie-, an der Bündnis- und der Öffentlichkeitsarbeit der Organisation beteiligen. Die Organisation, die wir anstreben, soll eine AktivistInnen- und keine Mitgliederorganisation sein.

Es ist Sache überstimmter Minderheiten zu entscheiden, ob sie sich an der Umsetzung von – von ihnen zunächst abgelehnter – Beschlüsse beteiligen oder nicht. Es ist die Sache von etwaigen Mehrheiten zu entscheiden, ob sie sich mit etwaigen dissentierenden Minderheiten weiterhin gemeinsam organisieren wollen oder nicht.

Das Prinzip, daß etwaige Kritik an der Mehrheitslinie der Organisation nur nach innen, aber nicht nach außen kommuniziert werden soll, *lehnen wir ab*. Die Attraktivität und Überzeugungskraft einer Organisation hängt auch davon ab, daß sie ihre Diskussions- und Entscheidungsprozesse transparent macht und nicht als monolithischer Block erscheint.

Wir erwarten dabei, daß jede Kritik der gemeinsamen revolutionären Sache untergeordnet bleibt. Wir wissen aber auch, daß letztlich jedeR Genosse/in nur aufgrund eigenen Denkens entscheiden kann, was er/sie als für die revolutionäre Sache nützlich erachtet.

Arbeitsstand von Fr., d. 11.01.2013, korrigierte Version	Konsolidierungsvorschlag von Georg, Tobi und Georgia
In dem vorliegenden Papier sind die Konsense der Essentialsdiskussion zusammen gefasst.	
Auf Grundlage der vereinbarten Essentials können sich Gruppen und Individuen für oder gegen eine Mitarbeit im NAO-Prozess entscheiden.	
1. Der Zweck einer NaO	
Der Zweck unserer Organisation ist die Überwindung jeglicher Ausbeutung und Herrschaft. Wir sind uns einig, dass die Erreichung dieses Ziels auch in heutigen Gesellschaften nicht nur die Überwindung von Klassenherrschaft und Ausbeutung, sondern auch die von Rassismus und Sexismus sowie aller weiteren bestehenden oder neu entstehenden Ausbeutungs- oder Herrschaftsverhältnisse erfordert. Wir sind uns einig, dass die Überwindung von Herrschaft nicht (nur) eine Demokratisierung, sondern ein Absterben des Staates erfordert.	Wir sind uns einig, dass die Überwindung von Herrschaft eine Ersetzung des bürgerlichen Staates durch eine Räte-demokratie und das schließliche Absterben jeden Staates erfordert.
Wir sind uns außerdem einig, dass die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Durchsetzung gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktion beginnen muss. Des weiteren muss die Lohnarbeit, d. h. die Warenförmigkeit der Arbeitskraft und die Warenförmigkeit der erzeugten Produkte und geförderten Rohstoffe überwunden werden. Außerdem muss die Konkurrenz zwischen Betrieben und Individuen, die Trennung von leitenden und ausführenden Tätigkeiten überwunden werden, sowie das Geld überflüssig und schließlich abgeschafft werden.	
Anstelle der kapitalistischen Produktionsweise wollen wir eine Wirtschaft, die nach gesellschaftlichen Bedürfnissen global, auf verschiedenen Ebenen geplant ist. Unsere erste Aufgabe, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Formulierung einer fundierten Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Dazu muss der Zusammenhang z.B. zwischen sozialen Ver-	Dazu muss der Zusammenhang z.B. zwischen sozialen

<p>schlechterungen oder Wirtschaftskrisen, geschlechtlicher oder rassistischer Diskriminierung und der kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschaftsweise <u>sowie die Grenzen von gesellschaftlichen Kämpfen</u> aufgezeigt werden.</p>	<p>Verschlechterungen oder Wirtschaftskrisen, geschlechtlicher oder rassistischer Diskriminierung und der kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschaftsweise aufgezeigt werden. Als revolutionäre Organisation werden wir uns an gesellschaftlichen Kämpfen gegen Sexismus und Rassismus sowie für soziale Forderungen und konkrete demokratische Rechte beteiligen und versuchen, dort eine weitertreibende Rolle zu spielen. Denn wir sind uns im Klaren darüber, daß spontane Protestbewegungen aus sich heraus kein revolutionäres Bewußtsein entwickeln. Dafür bedarf es vielmehr einer kollektiven, organisierten theoretischen und politischen Praxis, die Gesellschaftsanalyse und die Auswertung und gesellschaftliche Verallgemeinerung von Kämpfen verbindet.</p>
<p>Für die überschaubare Zukunft kommt es uns für den NAO-Prozess darauf an, sicherzustellen, dass in der BRD eine wahrnehmbare Kraft entsteht, die konsistent für die oben umrissene strategische Orientierung eintritt – also die Herausbildung einer Kraft, die in der Klasse der indirekt und direkt Lohnabhängigen und in den gesellschaftlichen Kämpfen verankert ist. Sie soll sich gegen die Verrechtlichung gewerkschaftlicher und betrieblicher Auseinandersetzung wenden und auf die eigenständige Organisierung der RevolutionärInnen setzen.</p>	<p>Sie soll sich gegen die Beschränkung gewerkschaftlicher und betrieblicher Auseinandersetzung auf die von Gesetzgeber und Gerichte zugelassenen Formen wenden und auf die eigenständige Organisierung der RevolutionärInnen setzen.</p>
<p>In diesem Sinne wollen wir eine revolutionär-antikapitalistische Organisation aufbauen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.</p>	
<p>2. Revolutionärer Bruch</p>	
<p>Um unsere Ziele zu erreichen ist ein revolutionärer Bruch mit dem bürgerlichen Staat und der Macht des Kapitals notwendig. Wir halten einen revolutionären Bruch für deshalb notwendig, weil die herrschende Klasse nicht freiwillig auf die vielfältigen Vorteile verzichtet, die sie aus der Ausübung ihrer Herrschaft zieht. Der bürgerliche Staat ist eine politische Form kapitalistischer Klassenherrschaft.</p>	
<p>Jeglicher Versuch eines schrittweisen und friedliche, meist parlamentarischen Weges zur Überwindung des Kapitalismus hat sich bisher als Desaster herausgestellt. Deshalb</p>	

<p>halten wir eine politische und soziale Revolution für erforderlich. Die bürgerlichen Gewaltapparate sollen insgesamt mit den dafür notwendigen Mitteln abgeschafft und durch Machtorgane von unten, wie wir sie als historisch als Räte kennen, ersetzt werden.</p>	
<p>Über bloße Reformen oder sukzessive Ausweitung von Szenefreiräumen, betrieblicher ArbeiterInnenkontrolle oder Wirtschaftsdemokratie wird es keine Transformation geben.</p>	
<p>Den Kampf für wirkliche Reformen lehnen wir nicht ab oder achten ihn etwa gering. Wir sagen nur, dass Reformen und Freiräume den revolutionären Bruch nicht ersetzen können.</p>	
<p>3. Keine Mitverwaltung</p>	
<p>Wir lehnen die Mitverwaltung der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Produktions- und Verkehrsformen, d. h. von Herrschaft und Ausbeutung ab. Dies gilt sowohl für Regierungsbeteiligungen als auch für sozialbewegte Politikberatung.</p> <p style="text-align: right;">Wir <u>würden uns</u></p> <p><u>nur</u> an solchen Regierungen <u>beteiligen</u>, die einen revolutionären Bruch einleiten.</p>	<p>Es gilt auch sowohl für „BürgerInnen“-Haushalte auf kommunaler Ebene als auch für den Eintritt in bürgerliche Regierungen. Wir halten ausschließlich die Beteiligung an solchen Regierungen für richtig, die einen revolutionären Bruch einleiten.</p>
	<p>Darüber hinaus halten wir unter gewissen Umständen die Stützung von Linksregierungen für richtig: Sollte beispielsweise mit Syriza in Griechenland eine Partei links der Sozialdemokratie regieren können, so wäre es verantwortungslos und sektiererisch, sie nicht ‚gegen rechts‘ zu stützen oder gar deren ‚Sturz‘ zu fordern – allerdings ohne in einer bestenfalls (links)reformistischen Regierung selbst mit MinisterInnen Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf alle Fälle ist an Selbstorganisation, Massenmobilisierung und einem revolutionären Bruch mit dem System zu arbeiten.</p>

4. Verschränkung der verschiedenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse	4. Verschränkung der verschiedenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse
<p>Wir sehen in der Klasse der Lohnabhängigen (Entgeltabhängigen) wegen ihrer Größe und ihrer Stellung im Produktionsprozess <u>den</u> (isl: entscheidenden; Georg und Georgia: potenziellen) Träger gesellschaftlicher Umwälzung.</p> <p>Die Umwälzung wird (Georg und Georgia: wenn sie erfolgreich sein soll) von denjenigen getragen werden (G/G: müssen), die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können.</p> <p>Weltweit ist die ArbeiterInnenklasse so groß wie nie zuvor. Aus diesen Gründen treten wir für eine klassenorientierte Politik ein und stehen in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung.</p>	<p>Wir sehen in der Klasse der direkt und indirekt Lohnabhängigen wegen ihrer Größe und ihrer Stellung im in einander verwobenen Prozess von Produktion und Reproduktion den entscheidenden oder potenziellen Träger antikapitalistischer Umwälzung.</p> <p>Diese Umwälzung wird von denjenigen getragen werden müssen, die ihre Arbeitskraft verkaufen bzw. ihre Existenz mit Hilfe von Transferzahlungen – zum Teil auf niedrigstem Niveau – sichern müssen.</p> <p>Weltweit ist die ArbeiterInnenklasse, verstanden als die Klasse der direkt und indirekt Lohnabhängigen, so groß wie nie zuvor. Aus diesen Gründen treten wir für eine klassenorientierte Politik ein und stehen in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung.</p>
<p>Unser Verständnis von ArbeiterInnenklasse umfasst nicht nur das klassische Industrieproletariat, sondern auch Angestellte, LeiharbeiterInnen, RentnerInnen, Auszubildende <u>und deren Angehörige</u>.</p> <p>Die ArbeiterInnenklasse ist nicht homogen, sondern von vielfältigen Spaltungslinien durchzogen: Spaltung von Männer und Frauen, Jungen und Alten, MigrantInnen und Einheimischen, prekär Beschäftigten und solchen mit unbefristetem und relativ gut bezahlten Arbeitsvertrag, Erwerbslosen und Erwerbstätigen <u>usw.</u></p> <p>Der Kapitalismus lebt von diesen Spaltungen und verschiedenen Formen von Herrschaft und Ausbeutung, auch wenn er sie historisch nicht selbst hervor gebracht hat.</p> <p>Für ein erfolgreiches Projekt der Überwindung des Kapitalismus ist es daher erforderlich, diesen Spaltungslinien entgegenzuwirken und sie möglichst aufzuheben.</p>	<p>Unser Verständnis von ArbeiterInnenklasse umfasst nicht nur das klassische Industrieproletariat, sondern auch Angestellte, LeiharbeiterInnen, RentnerInnen, Auszubildende, Erwerbslose sowie Hausfrauen/Hausmänner bzw. nicht-entlohnte Reproduktionsarbeitende.</p> <p>Die ArbeiterInnenklasse ist nicht homogen, sondern von vielfältigen Spaltungslinien durchzogen: Spaltung von Männer und Frauen, Jungen und Alten, MigrantInnen und Einheimischen, prekär Beschäftigten und solchen mit unbefristetem und relativ gut bezahlten Arbeitsvertrag, Erwerbslosen und Erwerbstätigen, Menschen mit hohen Sorgeverpflichtungen für Andere und Menschen, die versorgt werden.</p> <p>Der Kapitalismus lebt von diesen Spaltungen und verschiedenen Formen von Herrschaft und Ausbeutung, auch wenn er sie historisch nicht immer selbst hervorgebracht hat.</p> <p>Für ein erfolgreiches Projekt der Überwindung des Kapitalismus ist es daher erforderlich, diesen Spaltungslinien entgegenzuwirken und sie möglichst aufzuheben.</p>
<p>Nicht nur die Klassen-, sondern auch das sexistische Geschlechterverhältnis und der Rassismus bestimmen die gesellschaftliche Struktur. Deshalb müssen Antisexismus und Antirassismus für eine revolutionäre Organisation nach innen und außen Thema sein. Niemand soll wegen geschlechtlicher Identität</p>	<p>Nicht nur die Klassen-, sondern auch das sexistische Geschlechterverhältnis und der Rassismus bestimmen die gesellschaftliche Struktur. Deshalb müssen Antisexismus und Antirassismus für eine revolutionäre Organisation nach innen und nach außen schon heute Thema sein. Niemand soll wegen geschlechtlicher</p>

<p>oder sexuelle Orientierung benachteiligt werden. Die konsequente Auseinandersetzung mit Geschlechterstereotypen ist ein wichtiger Teil heutiger Politik.</p> <p>Die Betonung der Verschränkung (oder Intersektionalität) der verschiedenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse bedeutet keinen Verzicht auf Klassenkampf. Unser Antikapitalismus ist antisexistisch und unser Antisexismus ist antikapitalistisch; die AntisexistInnen innerhalb des NAO-Prozesses sehen sich auch als Teil des Klassenkampfes.</p> <p>Entsprechend ist Antisexismus keine alleinige „Frauenfrage“, sondern Anliegen des Gesamtprozesses.</p>	<p>Identität oder sexueller Orientierung sowie Ethnie oder Nationalität benachteiligt werden. Die konsequente Auseinandersetzung mit Geschlechterstereotypen, Heterosexismus und rassistischen Stereotypen sind ein wichtiger Teil heutiger Politik; dies schließt den Kampf für die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung sowohl im Bereich der Lohn- als auch der Reproduktionsarbeit ein. Das setzt voraus, für eine gesellschaftliche Aufwertung der bisher überwiegend von Frauen ausgeübten Arbeiten zu streiten.</p> <p>Die Betonung der Verschränkung (oder Intersektionalität) der verschiedenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse bedeutet keinen Verzicht auf Klassenkampf. Unser Antikapitalismus ist antisexistisch und antirassistisch, und unser Antisexismus und unser Antirassismus sind antikapitalistisch; die AntisexistInnen und AntirassistInnen innerhalb des NAO-Prozesses sehen sich auch als Teil des Klassenkampfes. Genauso sehen sich diejenigen, die sich als Teil der ArbeiterInnenbewegung begreifen, als Teil antisexistischer und antirassistischer Kämpfe verstehen.</p> <p>Entsprechend ist also weder Antisexismus eine alleinige „Frauenfrage“ noch Antirassismus eine alleinige ‚MigrantInnenfrage‘, sondern Anliegen des Gesamtprozesses.</p>
<p>5. Bündnispolitik</p>	
<p>Wir streben möglichst breite Aktionseinheiten bei Angriffen der Herrschenden und für die Durchsetzung unserer Interessen an, dazu laden wir alle Organisationen der beherrschten und ausgebeuteten Gruppen ein.</p> <p>Ziel ist die Entfaltung eines möglichst breiten Widerstandes und die Selbsttätigkeit der Massen. Dabei lehnen wir eine Beschränkung unserer Bündnispolitik auf sogenannte „Einheitsfront von unten“-Bündnisse ab. Vielmehr richten wir uns mit unserer Bündnispolitik z.B. an reformistischen Organisationen als Ganze. In diesen Bündnissen wahren wir unsere politische Unabhängigkeit und nehmen die Frei-</p>	<p style="text-align: right;">Das heißt, unsere BündnispartnerInnen müssen sich nicht als RevolutionärInnen verstehen, damit wir bereit sind, mit ihnen zusammenzuarbeiten.</p> <p>In diesen Bündnissen wahren wir unsere politische Unabhängigkeit und nehmen die Freiheit</p>

<p>heit, unsere revolutionären politischen Vorstellungen zu vertreten (Freiheit der Agitation und Propaganda), wahr und sehen darin ein Prinzip, das für alle anderen BündnispartnerInnen gleichermaßen gilt. In unserer Bündnispolitik sind wir bestrebt, verschiedene Kämpfe bewusst miteinander zu verbinden. Wir bringen klassenkämpferische, antirassistische und antisexistische Perspektiven in die Bündnisarbeit ein.</p> <p>Ein wichtiges Organ der strömungsübergreifenden Zusammenarbeit von Lohnabhängigen sind die Gewerkschaften. Die Beteiligten am NAO-Prozess arbeiten in ihnen mit und treten dort für die Herausbildung klassenkämpferischer Strömungen ein. Deswegen arbeiten NAO-Gruppen innerhalb der Gewerkschaftslinken mit. Wir unterstützen daher alle klassenkämpferischen Aktionen und Streiks, unabhängig davon, ob sie von DGB- oder Spartengewerkschaften oder der FAU organisiert werden. Wir lehnen Beschränkungen der Gewerkschafts- und Streikfreiheit, wie sie beispielsweise unter dem Namen Tarifeinheit versucht wurden, strikt ab.</p>	<p>wahr, unsere revolutionären politischen Vorstellungen zu vertreten (Freiheit der Agitation und Propaganda). Wir sehen darin ein Prinzip, das für alle anderen Bündnispartner_innen gleichermaßen gilt.</p>
<p>6. Ökologie</p>	
<p>Arbeit und Natur sind die einzigen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums. Das Kapital muss jederzeit versuchen, die Produktionskosten gering zu halten. Deshalb kann es systematisch nicht an teurerer ressourcenschonender Technologie als Produktionsmittel interessiert sein. Selbst wenn die Führungsriege eines Unternehmens gerne ressourcenschonend produzieren möchte, ist sie doch über kurz oder lang durch die Konkurrenz gezwungen, preiswertere, im Regelfall nicht-ressourcenschonende Technologie anzuwenden.</p>	
<p>Staatliche Verbote, <u>genauso wie Bio-Siegel</u> haben nur begrenzte Wirkung:</p>	<p>Staatliche Verbote und andere Regulierungen haben nur begrenzte Wirkung:</p>
<p>Dies gilt für das staatliche Verbot von bestimmten (ressourcenerstörenden) Technologien oder die Subventionierung ressourcenschonender Technologien, denn die Nutzung solcher Technologien geht immer nur genau so weit, wie der Wortlaut des Verbotes oder die Subventionsbestimmung. Gleichzeitig bleibt das Kapital aber erfinderisch und muss überall, wo der Wortlaut es nicht verbietet,</p>	

<p>weiterhin Kosten optimieren. Genauso ist es mit Bio-Siegeln, die es erlauben, Produkte teurer zu verkaufen, die zu ihrer Herstellung bestimmte Produktionsbedingungen erfüllen. Auch hier bleibt das Kapital erfinderisch und versucht überall dort weiterhin Kosten zu optimieren, wo die Bio-Definitionen nicht greifen.</p>	
<p>Insgesamt ist also mit Kapital und Staat (d.h.: unter Kapitalverwertungsbedingungen) keine gesamtgesellschaftliche, ressourcenschonende Produktion zu erreichen, weil der Zweck des Kapitals, die Akkumulation desselben, prinzipiell im Widerspruch zu aller ressourcenschonender Produktion steht, die teurer ist als vergleichbare zerstörerische Technologien.</p>	
<p>Soll der Zweck einer ressourcenschonenden Wirtschaft also konsequent verwirklicht werden, so bedarf es des revolutionären Bruchs und der Abschaffung des Kapitalzwecks. Dieser Bruch kann nicht nur in einem Land stattfinden, sondern muss global sein. Die Lösung ist nicht in der Konsumtion zu suchen, sondern in der Produktion.</p>	
<p>7. Internationalismus</p>	
<p>Das Kapital ist international, es agiert ausbeutend und herrschend im globalen Maßstab, deswegen muss auch unsere Gegenwehr einen internationalistischen Charakter haben. Internationalismus ist für uns keine moralische Frage, sondern ergibt sich schon daraus, dass der Kapitalismus selbst ein globales System ist, in dem die Produktivkräfte auf weltweite Produktion und weltweiten Verkehr ausgerichtet sind.</p>	
<p>Eine vollständige Überwindung des Kapitalismus kann daher letztlich nur im Weltmaßstab erfolgreich sein – nie auch nur auf bloß nationaler Ebene.</p>	
<p>Internationalismus schließt die Ablehnung des imperialistischen EU-Projektes und die Ablehnung von Nationalismus und Rassismus sowie den aktiven Kampf gegen nationale Spaltungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen ein. Aktuelle Herausforderungen antirassistischer Politik sind <i>sowohl</i> die v.a. in Europa aufkommenden Bestrebungen, von Geert Wilders bis Anders Brevik antimuslimischen Rassismus zu verstärken, <i>als auch</i></p>	

antisemitische Bestrebungen. Wir beziehen uns im globalen Maßstab auf proletarische Klassen- und andere emanzipatorische Kämpfe.	
Wir wenden uns gegen imperialistische Kriegsführung und sprechen uns zugleich für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft in den bedrohten Ländern aus. RevolutionärInnen müssten am Beispiel des Irans gegen jede militärische Aktion z.B. der Nato und für den Sturz der Mullah-Herrschaft agieren.	müßten zum Beispiel in der Frage des Irans gegen
Demzufolge schließt unser Internationalismusbegriff alle antirassistischen, antisexistischen und andere Befreiungskämpfe ein. Dazu gehört auch, dass wir in internationale Protestbewegungen wie Occupy mit unseren revolutionären Positionen intervenieren.	
Über das Intervenieren in soziale Bewegungen hinaus bedarf es auch einer internationalen verbindlichen Organisierung.	
Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir uns aktiv an Diskussionen und Initiativen zur Schaffung einer revolutionären Internationale mit demokratischen Organisationsstrukturen beteiligen, <u>die diesem Anspruch gerecht wird.</u>	Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir uns aktiv an Diskussionen und Initiativen zur Schaffung einer revolutionären Internationale mit demokratischen Organisationsstrukturen beteiligen.
8. Organisationscharakter	
Das Ziel des NAO-Prozesses ist die Herausbildung einer revolutionär-antikapitalistischen Organisation. Daher wünschen wir uns, dass zum NAO-Prozess noch möglichst viele weitere Gruppen und Einzelpersonen dazu kommen, die dieses Ziel und die hier formulierten Essentials teilen. Außer diese Verbreiterung ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit durch weitere programmatische und theoretische Annäherung und Einigung, sowie die Entfaltung gemeinsamer politischer Praxis anzustreben.	
Als nächste Schritte streben wir eine Weiterentwicklung dieser Essentials und die Verabschiedung eines programmatischen Manifestes an, um auf der Grundlage dieser programmatischen Annäherung ein verbindliches und stabiles Bündnis revolutionärer Organisationen zu bilden. In einer weiteren Phase könnte eine gemeinsame Organisation mit der Möglichkeit individueller Mitgliedschaften entstehen.	

NaO-Prozeß geht künftig getrennte Wege

Erklärung zum 9. und abschließenden bundesweiten Treffen von VertreterInnen von am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen am 28. Sept. 2013

Teils seit 2 ½ Jahren diskutieren wir – zehn antikapitalistische Gruppen mit revolutionärem Anspruch (GAM, IBT, isl, InterKomm, [paeris], Revolution, RIR, RSB, SIB und SoKo) – über die Schaffung einer neuen anti-kapitalistischen Organisation.

- Vier Gruppen (SIB, GAM und die Jugendorganisation Revolution sowie die isl) haben sich nun auf ein Programmatisches Manifest geeignet [recte: geeinigt] und beabsichtigen auf dieser Grundlage Ende November eine Berliner NaO zu gründen. Sie hoffen, daß diese Gründung den Anstoß für einen bundesweiten NaO-Gründungsprozeß gibt.
- Ebenfalls vier Gruppen (IBT, InterKomm, [paeris] und RSB) haben – im unterschiedlichen Ausmaß – inhaltliche Einwände gegen den Text des Manifestes und halten zunächst eine Fortsetzung der programmatischen Diskussion für erforderlich. Sie halten eine (Berliner) NaO-Gründung für vorzeitig und wenig erfolgsträchtig; sie werden sich daher nicht daran beteiligen.
- Die RIR war an dem Treffen am 28. Sept. nicht beteiligt; die SOKO war anwesend und hat sich der Stimme enthalten.

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://nao-prozess.de/nao-prozess-geht-kuenftig-getrennte-wege/>. The page title is "Neue antikapitalistische Organisation? Na endlich!". Below the title is a navigation menu with items: Ortsgruppen, NaO-Prozeß vor Ort, Themen & Inhalte, Internationalismus, Materialien, Archiv, Links, and Te. The main content area features a sidebar on the left with links like "GRIECHENLAND-DOSSIER", "Welcher Weg aus der Falle heraus?", "Griechische Gefahren", "Syriza's moderates Programm zwischen den Hoffnungen der Massen und dem Druck des Kapitals", "Keine Regierung mit ANEL!", "Bescheiden sind wir geworden", "Trolka abgewählt - Solidarität mit der griechischen Bevölkerung!", "Kapitulation ohne Alternative?", and "Varoufakis Kapitulation". The main article is titled "NaO-Prozeß geht künftig getrennte Wege" and is dated "Sonntag, 20.10.2013" by "Von Redaktion". The article text begins with "Erklärung zum 9. und abschließenden bundesweiten Treffen von VertreterInnen von am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen am 28. Sept. 2013" and continues with the text from the left column of the document.

Für GAM, Revolution, SIB und isl geht es nunmehr um den NaO-Aufbau. – Zumindest IBT, InterKomm und [paeris] werden die Zusammenarbeit und Diskussion als Prozeß zur Gründung einer revolutionären Organisation unter neuem Namen fortsetzen. Beide Teile werden solidarischen Austausch und Zusammenarbeit fortsetzen. Die SoKo wird den NaO-Prozeß weiterhin als Beobachterin unterstützen.

Subscribe for the
INDUSTRIAL WORKER
Foremost Exposure of Bureaucracy
Industrial Unionism
Published in the English Language
One Dollar per Year
Three Months 25c
P. O. Box 2127 Spokane, Washington

CAPITALISM

WE BUILT YOU

WE FOOL YOU

WE SHOOT AT YOU

WE EAT FOR YOU

WE FEED

Manifest für eine **N**eu**e** **a**ntikapitalistische **O**rganisation

PYRAMID OF CAPITALIST SYSTEM

Inhalt

Vorwort	3
Die Krise heißt Kapitalismus	4
Klassengesellschaft Deutschland	6
Die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch..... die kapitalistische Marktlogik	8
So einfach und so schwer zu machen!	11
Welche Demokratie	13
Kampf gegen Frauenunterdrückung und Geschlechterverhältnisse (zwei Versionen)	
Kampf für Frauenbefreiung (Version GAM)	16
Geschlechterverhältnisse (Version SIB, RSB)	19
Jugendunterdrückung im Kapitalismus	22
Für eine Europa von unten –	
für einen neuen Internationalismus	23
Gemeinsam kämpfen	25
Warum und welche Organisation	26

Vorwort

20 Jahre nach dem vermeintlich endgültigen Sieg des „besten aller Gesellschaftssysteme“ sind die LobrednerInnen der Marktwirtschaft, der kapitalistischen Globalisierung und der bürgerlichen Demokratie leiser geworden. Ist ja auch kein einfacher Job – während eine kleine Minderheit obszönen Reichtum anhäuft, gilt Betteln, im Müll wühlen, Obdachlosen-Zeitungen verkaufen und Flaschen sammeln auch in deutschen Metropolen mittlerweile als „Beruf“.

Wer kann noch leugnen, dass national wie international die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Wer kann die zunehmende Perspektivlosigkeit der Jugend ignorieren, angesichts der ihnen aufgezwungenen prekären Lebensverhältnisse ohne festen Job, niedriger Löhne und massenhafter Jugendarbeitslosigkeit, die in Ländern Südeuropas rund die Hälfte aller Jugendlichen betrifft? Wer kann den immer noch stark in der Gesellschaft verwurzelten Sexismus unbeachtet lassen? Wer sieht nicht, dass die Vorurteile gegenüber ausländisch Aussehenden und die Gewalt gegen vermeintliche MigrantInnen steigen? Wer kann bestreiten, dass dieses System dabei ist, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen in rasendem Tempo zugrunde zu richten?

Jene, die das Sagen haben, die BesitzerInnen der großen Vermögen und Konzerne sowie ihre IdeologInnen in Parlamenten und Regierungen, Beraterkanzleien und Chefredaktionen können und wollen an diesen Zuständen nichts ändern, denn dazu braucht es ein grundlegend anderes System von Produktion und Verteilung, welches ihnen ihre Macht und ihren Reichtum entziehen würde.

Von allein wird sich deshalb gar nichts ändern. Immer mehr Menschen erkennen das: die Streikenden in Madrid und Lissabon, die Protestierenden in Athen und Rom und die Menschen, die im „Arabischen Frühling“ ihre Potentaten gestürzt haben. Aber die aktuelle Entwicklung zeigt auch, dass Proteste allein nicht reichen.

Ohne eine Vorstellung davon, wie die Lebensbedingungen abgesichert werden können, ohne eine glaubhafte gesellschaftliche Alternative und ohne organisierte Kraft, die den Widerstand bündeln kann, enden all diese Kämpfe in einer Sackgasse.

Dieses Manifest ist keine Gründungserklärung für eine bundesweite Neue Antikapitalistische Organisation (NAO), sondern ein erster Schritt zu einer späteren Organisation. Mit dem Prozess einer gemeinsamen praktischen Arbeit und theoretischen Diskussion wollen wir einen Beitrag leisten, die Zersplitterung der anti-kapitalistischen und revolutionären Kräfte in Deutschland zu überwinden.

Müssten wir unsere Intentionen in einen Satz packen, würden wir sagen: „Selbstbefreiung aller Unterdrückten in einer sozialistischen Perspektive, Neubestimmung dieser Perspektive durch die Verbindung von ökosozialistischen, antipatriarchalen, antirassistischen und internationalistischen Sichtweisen.“

Die bislang Beteiligten haben einen Prozess der gemeinsamen Aktion und Diskussion vereinbart mit dem Ziel, zu einem organisierten Zusammenhalt zu kommen – und der ist alles andere als „fertig“, weshalb alle, die die grundsätzliche Tendenz dieses Manifestes teilen, eingeladen sind, sich in diesen Prozess einzubringen.

Die Krise heißt Kapitalismus

Als 2007/8 die große Krise ausbrach, überraschte sie Ökonomen und „ExpertInnen“ des Neoliberalismus. Seitdem jagt eine „Krisenerklärung“ die nächste. Erst sollten es die Gier und Zügellosigkeit der SpekulantInnen gewesen sein, welche die „gesunde Realökonomie“ in den Abgrund reißen würden, dann war es „schlechtes politisches Management“ oder fehlende oder zu viel Regulierung der Finanzmärkte.

Unabhängig von diesen Verklärungen entschlossen sich alle kapitalistischen Staaten in der Stunde der Not, den „systemrelevanten“ Institutionen ihres Systems mit Billionen Euro beizuspringen, um einen Zusammenbruch des Welthandels und des Weltwährungssystems und die Vernichtung von Kapital zu verhindern.

Doch die „Rettungsschirme“ konnten die Ursachen der Krise nicht beseitigen, sie haben sie vielmehr noch verschärft, weil wir es nicht nur mit einer „normalen“ zyklischen Überproduktionskrise, sondern mit einer andauernden strukturellen Verwertungskrise des Kapitals zu tun haben. Die heutige „Schuldenkrise“ ist eine direkte Folge der Steuer senkung für die Reichen und der Bankenrettungen – einer „Finanzkrise“, die dadurch verursacht wurde, dass überschüssiges, anlagesuchendes Kapital in den Finanzsektor floss und die Spekulationsblasen nährte, die dann platzten.

Einerseits sind die mächtigen imperialistischen Staaten und Blöcke auf eine gewisse Kooperation angewiesen, um ihr System am Laufen zu halten; andererseits verschärfen sich die Widersprüche zwischen diesen Blöcken. Die jeweils eigene Nationalökonomie, die jeweils eigene Währung, der jeweils eigene ökonomische, politische und militärische Einfluss kann letztlich nur auf Kosten der Rivalen erweitert oder wenigstens behauptet



werden. Wir stehen am Beginn einer neuen Ära im Kampf um eine Neuaufteilung der Welt. Die USA wollen ihre globale Hegemonie gegen alte und neue Rivalen behaupten. Nicht zufällig steht Europa, steht die EU heute im Zentrum der Krise in den imperialistischen Staaten. Hier wird nicht nur ein unbarmherziger Krieg gegen die Armen und Lohnabhängigen ausgefochten. Zugleich will der deutsche Imperialismus Europa neu ordnen und die EU zu einem imperialen Block unter seiner Führung und der seiner engsten Verbündeten ausbauen.

Es wird immer schwieriger, all das zu „verkaufen“ – die Krise des Kapitalismus ist nicht nur eine Krise der gesamten globalen kapitalistischen Ordnung, sondern auch eine der Legitimation. Angesichts von „Technokratenregimes“ in Griechenland oder Italien verkommt die bürgerliche Demokratie mehr und mehr zu einer leeren Hülle. Ein paar Euro mehr Hartz-IV bedeuten den „finanziellen Untergang“ der BRD, aber über Nacht ein paar Milliarden für die Banken sind kein Problem – so was untergräbt auf Dauer auch die stabilste Massenloyalität.



Abdruck der Karikatur mit freundlicher Genehmigung von:
 Klaus Stüttmann, www.stuettmann-karikaturen.de

Klassengesellschaft Deutschland

Bislang gelingt es den Herrschenden, Unmut und Zorn durch vielfältige Spaltungen in Grenzen zu halten: Sie hetzen Vollbeschäftigte gegen Erwerbslose, Jung gegen Alt, Deutsche gegen MigrantInnen, Männer gegen Frauen, „Kernschichten“ relativ gesicherter ArbeiterInnen gegen LeiharbeiterInnen und prekär Beschäftigte, den „Standort Deutschland“ gegen die „faulen Griechen“ oder wahlweise die „raubkopierenden chinesischen Produktpiraten“. Das System braucht den Kampf aller gegen alle, es ist die alte Taktik „Teile und Herrsche“. Wohlstandschauvinismus und Ideologien von der angeblich natürlichen Ungleichheit der Menschen machen sich in der Mitte der Gesellschaft breit.

Und wo Massenmobilisierungen die Spaltungsstrategien unwirksam machen, wird mit der Abschaffung demokratischer Rechte gedroht.

Tarifverträge werden mit einem Federstrich abgeschafft, das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung wird massiv in Frage gestellt, soziale Rechte auf Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Einkommen abgeschafft. Führende EU-Vertreter wie Barroso und Juncker erklären öffentlich, dass die Staaten Südeuropas sich auf die Abschaffung der Demokratie einrichten müssen. Und die EU-Kommission hat schon eine Antwort parat: gemeinsame Aufstandsbekämpfung und wachsende Bereitschaft, Konflikte um die Kontrolle über

Rohstoffe, Ressourcen und strategische Regionen mit militärischen Mitteln auszutragen. In Deutschland wird eine gewisse gesellschaftliche Ruhe noch erkaufte durch die Einbindung der Gewerkschaften und von Teilen der ArbeiterInnenklasse. Doch es wird auf Dauer keine (relative) „Insel der Glückseligen“ bleiben können, sollen doch auch die deutschen Beschäftigten und Erwerbslosen immer unmittelbarer mit den Ärmsten der Armen in Europa und der Welt um die niedrigsten Löhne, schlechtesten Arbeitsbedingungen und schlechtesten sozialen Sicherungen konkurrieren.

Ohne Überwindung dieser Spaltungen wird der Kampf gegen die zunehmenden Angriffe auf Löhne, Sozialeleistungen, demokratische Rechte nicht erfolgreich sein können. Für eine antikapitalistische, revolutionäre Organisation ist der Bezug auf die lohnabhängige Bevölkerung und die politische Verankerung in ihr zentral. Die ArbeiterInnenbewegung befindet sich heute in einem großen Umbruch, der auch ihre bisherigen Formen der Massenorganisation in Frage stellt. Klassenbewusstsein ist vielfach der kurzfristigen Verfolgung partikularer Interessen gewichen bis hin zur Verteidigung des „eigenen“ Standorts. Nationalismus, Rassismus, Sexismus und politisches Desinteresse sind auch unter Teilen unserer Klasse verbreitet. Die organisierten und aktiven Teile der Klasse sind von reformistischen Vorstellungen geprägt. Wir sind uns daher bewusst, dass die Klasse der Lohnabhängigen mit ihrem heutigen Bewusstseinsstand noch weit davon entfernt ist, ihre eigenen Möglichkeiten zu erkennen.

So nötig eine umfassende politische und gesamtgesellschaftliche Antwort ist, so schwierig ist sie daher. Das bedeutet aber nicht, dass die ArbeiterInnenbewegung „verschwunden“ oder „tot“ wäre. Ohne ihre gesellschaftliche Kraft ist eine gesellschaftliche Umwälzung im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung nicht denkbar.

Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Menschen, die im Kapitalismus gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, auch diejenigen sind, die die potenzielle Macht haben, eine solche Umwälzung zustande zu bringen. Nur die Klasse der Lohnabhängigen hat aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess und ihrer Größe die Möglichkeit, dieses System lahm zu legen und damit eine revolutionäre Entwicklung einzuleiten. Dies trifft gleichermaßen sowohl auf (Büro-)Angestellte, Erwerbslose und Reinigungskräfte wie z.B. auf IngenieurInnen zu. Sie können durch ihren Kampf (Streiks, Generalstreiks, Aufstände, Revolution) genügend ökonomischen Druck aufbauen, um die Herrschenden in die Knie zu zwingen. Mit diesen Kämpfen wollen wir uns verbinden und sie radikalisisieren.



Bild: wikipedia.de, Wilson Dias/Agência Brasil

Die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Marktlogik

Heute ist wissenschaftlich gesichert: Wenn die globale Durchschnittstemperatur in diesem Jahrhundert um mehr als 2 Grad steigt, wird der Wandel des Weltklimas laut dem Forschungsbericht des UN-Weltklimarates (IPCC von 2009) nicht wieder änderbar, umfassend und verheerend sein. Das Zeitfenster für Aktionen, die daran noch etwas Grundlegendes zu ändern vermögen, wird schmaler!

Obwohl ein allgemeines Umdenken notwendige Voraussetzung zum Überleben auf diesem Planeten geworden ist, so kann allein individuelles Handeln die ökologische Krise nicht aufhalten. In einer Wirtschaft, die auf größtmögliche Steigerung des Profites ausgerichtet ist, liegt es nur nahe, dass die BesitzerInnen der Produktionsmittel die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen möglichst billig nutzen. Die Verschmutzung der Umwelt bedeutet vom ökonomischen Standpunkt einen Teil der Kosten der Produktion auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Eine Klimaerwärmung, die gerade in Richtung einer Klimakatastrophe führt, massive Bedrohung des Stickstoffkreislaufes, Abholzung des Regenwaldes, Artensterben, industrielle Massentierhaltung, atomare und chemische Verschmutzung, Überfischung der Meere: kurz, die Zerstörung der wichtigsten Ökosysteme der Erde – das ist der „ökologische Fußabdruck“ des Kapitalismus. So wie „Sozialpartnerschaft“ und „Standortsicherung“ keine Lösung, sondern Teil des Problems sind, so hilflos ist es, den drohenden ökologischen Kollaps ausgerechnet mit den Methoden verhindern zu wollen, die ihn hervorgerufen haben

Die Beispiele der Zunahme von Emissionen im Rahmen der Vergabe von Verschmutzungsrechten an Unternehmen und die Verknappung von Wasser infolge von Privatisierungen haben bewiesen, dass das Konzept, die natürlichen Ressourcen zu Waren zu machen, noch viel weniger geeignet ist, die Probleme einzudämmen. Der Kapitalismus ist unfähig, seine eigene Natur selbst zu überwinden. Diese besteht darin, die Produktion immer weiter auszuweiten und zu enthemmen, alle Sphären menschlicher und natürlicher Grundlagen werden in die Maschinerie der Verwertung geworfen. Selbst die technologische Lösung hat das Unheil nur vergrößert: die Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima, die Ölverpestung durch Exxon Valdez und Deepwater Horizon, der Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtsekiang, die Bedrohung des roten Thunfisches und Seehechtes durch immer größere Fangschiffe, die Verteuerung von Lebensmitteln durch „Biokraftstoff“, die nicht kalkulierbaren Risiken durch Genmanipulationen, usw.

Auch die endliche Menge fossiler Brennstoffe bringt das Kapital nicht zur Vernunft: Je tiefer das Objekt der Begierde im Boden sitzt, desto gefährlicher und giftiger die Technologien zu seiner Hebung. Chemikalien im Boden zur Schiefergasgewinnung (Fracking), Wasservergiftung durch Ölsandabbau, Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid unter der Erde (CCS-Technologie) ... Genauso illusionär ist die Zähmung des Kapitals durch Gesetze. Die „Ökosteuer“ verschont die stromintensive Großindustrie, das Erneuerbare Energien Gesetz wälzt die Kosten des Kapitals auf die arbeitende Bevölkerung ab und die Liberalisierung des Strommarktes sorgt nur für noch mehr Profite. Verordnungen legen Grenzwerte fest und die definierte Verschmutzung (Dioxin, Mineralöl, Schwermetalle, Feinstaub) unserer Lebensmittel und unserer Umwelt wird als „gesund“ angepriesen.

Selbst auf den Druck der VerbraucherInnen, die seit etlichen Jahren auf gentechnikfreie Nahrung und biologisch erzeugte Lebensmittel Wert legen, weiß das Kapital eine Antwort. Nichtssagende Selbstverpflichtungen, intransparente „Bio-Siegel“ und Greenwashing sichern Profit und den positiven Ruf der Marke. Bio-Äpfel werden um die halbe Erde geflogen, Aromastoffe in Bio-Getränken aus Papierabfällen gewonnen. Ganz zu schweigen von den Produktionsbedingungen. Kein Bio-Siegel spiegelt die Lohnhöhe der ErzeugerInnen, energieverschwendende Herstellungsverfahren und die ärztliche Versorgung kranker Tiere wider.

Biowelle, „saubere“ Energieerzeugung, staatliche Eingriffe, grüner Kapitalismus – all das nutzt das Kapital nur als neue Quelle des Profits. Es beweist dadurch: Der Kapitalismus untergräbt die natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft schlechthin.

Das Kapital wird niemals eine weltumspannende Strukturänderung in Gang setzen, die Schluss macht mit der Ausrichtung der Städte auf den motorisierten Individualverkehr, die Schluss macht mit der Verknappung von Lebenszeit durch Arbeitszeitverlängerung und -verdichtung, die uns zwingt, uns schneller und ressourcenverschwendender von A nach B zu bewegen, die Schluss macht, durch Zentralisierung der Produktion dafür zu sorgen, dass Städte ins Unendliche wuchern, die Schluss macht mit lebensfeindlichen Wirtschaftsbereichen wie einer monströsen Fleischindustrie, Kohleabbau, Atomindustrie etc. Die beiden letztgenannten Zweige bürden uns und unserer Ökosphäre Schäden auf, die für keine Generation des Menschen je wieder rückholbar sind.

Die ganze Struktur des Kapitalismus befindet sich im Widerspruch zu den Erfordernissen einer umwelt- und ressourcenschonenden Lebensweise: Die kapitalistische Produktionsweise verhindert eine sinnvolle Balance dezentraler Produktion (etwa bei der Energieerzeugung und dem Anbau von Grundnahrungsmitteln) und zentraler Produktion (wie Maschinen- und Anlagenbau, Verkehrstechnik). Das Privateigentum an Produktionsmitteln unterbindet gesellschaftliche Kontrolle über Produktionsbedingungen und Verteilung und fördert weiterhin die Verschwendung von Ressourcen. So werden z. B. Produkte auf Kurzlebigkeit hin gebaut (so genannte geplante Obsoleszenz), sind nicht mit anderen Produkten kompatibel, kaum reparabel usw. Geschäftsgeheimnisse und Patente hemmen freien Zugang zu Information und freie Forschung. Der entfesselte Kapitalismus erzeugt einen immer größeren und giftigeren Warenberg (mit großenteils unnützen Dingen).

Diese Entwicklung wird von der Debatte um Wachstum als alleiniges Ziel des Wirtschaftens (Produktivismus) reflektiert und die Forderung nach Rücknahme desselben (Décroissance). Für uns ist die entscheidende gesellschaftliche Frage jedoch: Was soll wachsen und was soll nicht wachsen?

Von der ökologische Krise, die zugleich auch eine Ernährungskrise ist, sind die Menschen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern in viel größerem Maße betroffen, am stärksten Frauen, alte Menschen und Kinder. Hervorgerufen wird sie durch die Erosion der Böden und extremer werdende Wetterbedingungen, die den Ackerbau schwieriger machen. Hinzu kommt die Verknappung von Lebensmitteln durch „Biosprit“ und Spekulation. 2010 waren 40 Millionen Menschen vornehmlich aus dem Süden auf der Flucht vor den Auswirkungen der globalen Umweltkatastrophe. Eine Milliarde Menschen hungert täglich – nicht weil es zu wenig Nahrungsmittel gibt, sondern weil es zu wenig bezahlbare Nahrungsmittel gibt. Der Kapitalismus erzeugt zwar immer neu Bedürfnisse, stellt aber nur die Befriedigung dessen sicher, was auch marktgängig ist.



Obwohl die ökologische Krise nur vollständig in einer sozialistischen Gesellschaft gelöst werden kann, sind bereits heute Kämpfe um sehr konkrete Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus notwendig, um zu versuchen, wenigste das Schlimmste zu verhindern. Die ökologische Krise – wird sie nicht gelöst – stellt letztlich auch das Überleben der Menschheit infrage. Es handelt sich für RevolutionärInnen und AntikapitalistInnen um eine Schlüsselfrage ihrer politischen Aktivität. Deshalb ist uns die Mitarbeit in und Unterstützung von Bewegungen, die sich eine gesunde Umwelt zum Ziel gesetzt haben und gegen die Auswirkungen dieser Krise eintreten, ein besonderes Anliegen.

In diesen Bewegungen kann unsere Perspektive aber nicht das Predigen von Konsumverzicht (obwohl auch hier ein Umdenken nötig ist), nicht die Rückkehr zu einer Subsistenzwirtschaft, auch nicht die generelle Ablehnung des Eingriffs des Menschen in die Natur sein. Wir werden für die Einsicht werben, dass es keine nachhaltige „Reparatur der Umwelt mit kapitalistischen Mitteln“ geben kann.

So einfach und so schwer zu machen!

Was wir brauchen, ist nicht ein „sozial“ oder „grün“ angestrichener Kapitalismus, sondern ein radikaler Wandel, eine Gesellschaft, die auf Solidarität statt Konkurrenz, auf Gebrauchswert- statt Warenproduktion, auf Egalität statt Patriarchat, auf Nachhaltigkeit statt blinden Konsumfetischismus gegründet ist.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als ein radikal anderes Gesellschaftssystem, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ebenso beendet wie die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, das allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Wohnort den gleichen Zugang zu den gesellschaftlichen Reichtümern gewährleistet. Wenn wir diese Welt nicht ihren ZerstörerInnen überlassen wollen, müssen die, die in dieser Welt die Arbeit tun, ohne die es keinen Reichtum gäbe, gemeinsam und demokratisch bestimmen, was auf welche Weise produziert und verteilt wird. Eine solche Welt ist objektiv längst möglich.

Frühere Menschheitskrisen waren Krisen des Mangels. Es erscheint so, als resultierten Krisen im Kapitalismus daraus, dass es zu viele ArbeiterInnen, eine zu große Bevölkerung gäbe, die produktiv eingesetzt werden könnte. Die Krisen haben jedoch ihre Ursache darin, dass mehr Kapital angehäuft wurde, als weiter produktiv verwertet werden könnte. Heute hat der Kapitalismus längst die Mittel hervorgebracht, um die Produktion im globalen Maßstab grundsätzlich anders zu organisieren.

Die heutige Krise des Kapitalismus ist eine Krise der planlosen, unsinnigen und schädlichen Überproduktion und Überakkumulation. Es gibt keinen objektiven Mangel. Die weltweite Produktion von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern reicht seit langem aus, jedem Menschen ein sicheres und würdiges Auskommen zu gewährleisten – und diese Güter könnten ohne den heute üblichen Arbeitsstress produziert werden. Eine Reduzierung der Arbeitszeit um mehr als die Hälfte wäre kein Problem, wenn überflüssige, aber für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse unverzichtbare Bereiche wie Gewaltapparat, Finanzbranche oder Werbewirtschaft ersatzlos gestrichen würden.

Dem Kapitalismus stellen wir positiv unsere Alternative einer demokratischen Planwirtschaft gegenüber. Ein solches System würde auf einer bewussten, selbstbestimmten Organisation der ProduzentInnen beruhen und lokale und regionale Flexibilität und Entscheidungsspielräume einschließen. Sie wäre also unvereinbar mit einer Kommandoplanung wie im Stalinismus, der diesen Prinzipien entgegensteht.

Es geht „um das Einfache, das so schwer zu machen ist“: einen radikalen Bruch mit dem kapitalistischen System auf Weltebene. Wie abrupt oder prozesshaft, wie gewaltsam oder friedlich ein solcher Bruch vonstattengehen wird, weiß kein Mensch (und natürlich auch wir nicht). Was wir allerdings genau wissen:

Auch in schwersten Krisen ist der Kapitalismus nicht „von alleine“ zusammengebrochen und wird uns diesen Gefallen auch in Zukunft nicht tun. Ohne „bewusste geschichtliche Tat“ keine nicht-kapitalistische Gesellschaft. Denn noch nie ist eine herrschende Klasse

freiwillig abgetreten – die Reichen und Mächtigen werden es weder „übersehen“ noch akzeptieren, dass ihnen ihre Eigentumsordnung (und ihr Staat) irgendwie „wegtransformiert“ wird, sondern sich mit allen, auch und gerade gewaltsamen Mitteln dagegen wehren.

In vielen Ländern erfordert schon die Abwehr von Angriffen auf Lebensstandard und demokratische Rechte oder der Kampf um Reformen Mittel wie Generalstreik oder Aufstand. So zeigt sich die dringliche Notwendigkeit eines auch militanten Selbstschutzes gerade in Griechenland, wo faschistische Organisationen wie die „Goldene Morgenröte“ Jagd auf MigrantInnen, Linke, GewerkschafterInnen machen oder die Polizei Streiks und Betriebsbesetzungen angreift.

Die bürgerliche Herrschaft wird nicht durch Parlamentsmehrheiten, sondern durch Massenmobilisierung und revolutionäre Umwälzung abgeschafft. Die Institutionen des bürgerlichen Staates lassen sich nicht einfach für sozialistische Zwecke übernehmen, sie müssen durch ein System der Rätedemokratie ersetzt werden. Die negativen Erfahrungen des Stalinismus zeigen: Sozialistische Demokratie braucht Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit, bedeutet direkte Demokratie, Rätedemokratie. Revolutionäre Umwälzung ist kein einmaliger Akt, sondern permanente Überwindung des ganzen alten Erbes der Klassengesellschaften: der Unterdrückung der Frauen, der sexuellen, nationalen und rassistischen Unterdrückung, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der nationalstaatlichen Aufteilung der Welt, der blinden Ausplünderung der Natur.

Welche Demokratie?

Die LobrednerInnen der kapitalistischen Marktwirtschaft werden bis heute nicht müde, Demokratie und Freiheit als große Vorzüge, ja als Charakteristiken ihrer Gesellschaftsordnung auszugeben. Dabei unterschlagen sie, dass nahezu alle demokratischen Rechte oft blutig und über Jahrzehnte erkämpft werden mussten, und zwar meistens gegen die Parteien und Verbände des Bürgertums. Das Wahlrecht für die besitzlose ArbeiterInnenschaft, das Wahlrecht für die Frauen, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation und das Demonstrations- und Streikrecht, sie alle wurden durch Massenbewegungen und in vielen Fällen unter dem Druck drohender Revolutionen dem Bürgertum abgerungen. Bis heute werden diese Rechte Millionen Menschen vorenthalten, vor allem MigrantInnen, Flüchtlingen, Jugendlichen und Frauen. Seit Jahren erleben wir zunehmend Angriffe auf elementare demokratische Rechte. Wenn heute in den sozialen

Bewegungen der Ruf nach „echter,“ „realer“ oder „authentischer“ Demokratie ertönt, so ist dies zuerst einmal positiv aufzunehmen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es „echte“ Demokratie im Kapitalismus nicht geben kann. Selbst das demokratischste bürgerliche Parlament ist nur eine mögliche Herrschaftsform des Bürgertums. Ihr Funktionieren basiert auf der Einbindung der Bevölkerung als passive WählerInnen, die zur Wahlurne gehen dürfen, ansonsten jedoch von jeder realen Entscheidungsgewalt ausgeschlossen sind. Hinzu kommt, dass das Zentrum der Macht im Staat keineswegs im Parlament liegt, sondern in den Institutionen der Wirtschaft, des hohen Beamtentums und im Sicherheitsapparat, die keinen Wahlprozessen unterworfen sind. Die Freiheit endet erst recht am Werkstor. Im Betrieb herrscht das oberste bürgerliche Recht, das des Privateigentums.



Die bürgerliche Gesellschaft lebt in ständiger Angst vor der destabilisierenden Wirkung von Bewegungen, die mehr demokratische Rechte einfordern. Denn in einer Gesellschaft, in der 1-5% der Menschen zwischen 40-60% des gesamten über Generationen geschaffenen Reichtums verfügen, stellen demokratische Rechte grundsätzlich eine potentielle Gefahr dar, was in der heutigen Krisenzeit wieder deutlicher zum Ausdruck kommt.

Die Demokratie, für die wir kämpfen, unterscheidet sich grundlegend von ihrer bürgerlichen Spielart. Während diese die Herrschaft einer kleinen Minderheit verhüllt, welche über den Reichtum der Gesellschaft, verfügt, kämpfen wir für ein System der Räte-demokratie, in dem die große Mehrheit der Gesellschaft, die Lohnabhängigen herrschen, ohne an die Fesseln des Privateigentums der Produktionsmittel gebunden zu sein. Eine solcherweise organisierte Gesellschaft muss mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen.

Die revolutionären Prozesse des 20. Jahrhunderts, die zur Ergreifung der Staatsmacht führten, degenerierten rasch und entwickelten sich leider zu autoritären, teilweise verbrecherischen Regimes. In besonderem Maße ist der Stalinismus dadurch gekennzeichnet, dass er die lebendige Demokratie der Sowjets als zentrale Errungenschaften der russischen Revolution von 1917 und die innerparteiliche Demokratie der Bolschewiki – nicht ohne Widerstand - eliminierte. Später hat er in allen Staaten und Bewegungen, die unter seiner Kontrolle standen, ein Rätssystem verhindert und bekämpft. Ein solches System kann kein Modell für SozialistInnen sein. Im sogenannten „real existierenden Sozialismus“ wurde die bürgerliche Demokratie nicht durch eine neue, höhere Form der Demokratie aufgehoben, sondern demokratische Rechte und Freiheiten beschnitten oder abgeschafft.

Rätedemokratische Strukturen können nur aus Klassenkämpfen erwachsen, nur in Phasen großer Aktivität der Unterdrückten und Ausgebeuteten entstehen. Sie verweisen auf eine andere Form der gesellschaftlichen Organisation, die mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der bürgerlichen Herrschaft unvereinbar ist.

Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft wird unvergleichlich demokratischer sein als die bestehende Gesellschaft, weil die Gesellschaftsmitglieder nicht nur aktiv als ProduzentInnen einbezogen werden, sondern vor allem auch über die Prioritäten und den Zweck der Produktion und aller gesellschaftlichen Prozesse bestimmen.

Auch innerhalb linker Strömungen wurden immer wieder Einwände gegen die Realisierbarkeit einer an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientierten Wirtschaft (Planwirtschaft) erhoben. Die moderne Wirtschaft wäre „zu komplex“, die Zahl der zu treffenden Entscheidungen sei einfach zu groß, als dass sie von irgendeinem rätedemokratischen System zu bewältigen sei.

Dieser Einwand übersieht erstens, dass auch im kapitalistischen Großbetrieb die Arbeit hunderttausender, über den gesamten Erdball verstreuter ArbeiterInnen geplant wird. Auch die bürokratischen Planwirtschaften und selbst der kapitalistische Staat organisieren bzw. organisieren jahrzehntelang „planmäßig“ die Tätigkeit von Millionen – wenn auch zu für die bornierten Zwecke einer herrschenden Klasse oder Kaste.

Er unterschlägt zweitens, dass sich die wichtigsten Bedürfnisse – und damit auch die zu erzeugenden Produkt - einer Gesellschaft keineswegs jedes Jahr grundlegend ändern. Ein großer Teil der produzierten Güter sind Vorprodukte und ändern sich nur über längere Zeiträume. Das wird natürlich auch in einer Planwirtschaft nicht anders sein. Nicht jedes

Detail wird von allen diskutiert werden müssen, sondern v.a. die wichtigsten Prioritäten müssen mehrheitlich beschlossen werden.

Schließlich wird gegen die Planwirtschaft eingewandt, dass die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gesellschaftsmitglieder miteinander kaum zu versöhnen seien, dass sie in ihrer Eigenschaft als ProduzentInnen und KonsumentInnen unterschiedliche Interessen verfolgen würden.

Auch das übersieht, dass schon im Kapitalismus Produktion und Konsumtion einander gegenüber stehen. „Gelöst“ wird dieser Gegensatz in der bestehenden Gesellschaftsordnung durch das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Konkurrenz und die Jagd nach Profit. Die einzige Demokratie, die hier vorkommt, ist die des Marktes.

Erst in einer demokratischen Planwirtschaft können die unterschiedlichen Vorstellungen aller Gesellschaftsmitglieder darüber, was, wie, für wen, für welchen Zweck produziert wird, als Gegenstand bewusster, rationaler Entscheidungen in den Blick geraten. Erst hier kann überhaupt die Frage bewusst verhandelt werden, ob und wie rasch die durchschnittliche Arbeitszeit reduziert werden soll, welche Produktlinien oder Technologien entwickelt werden sollen und welche nicht.

Natürlich wird es darüber Kontroversen, Konflikte geben – ansonsten bräuchte es ja auch keine öffentliche Diskussion und keine demokratischen Entscheidungen, die unterschiedliche Bedürfnisse und Prioritäten zueinander ins Verhältnis setzen. Was den VerteidigerInnen des Marktes als Mangel erscheint, ist in Wirklichkeit ein Vorzug der Planwirtschaft.

Kampf für Frauenbefreiung

(Zu diesem Abschnitt liegen zwei alternative Fassungen vor. Die folgende ist von der GAM, in Anschluss findet sich die Fassung von SIB und RSB.)

Der Kapitalismus ist immer schon untrennbar mit anderen Formen systematischer Unterdrückung verbunden. Der heutige bürgerliche Gesellschaft ist nicht nur von Klassenverhältnissen, sondern auch von anderen Formen der gesellschaftlichen Unterdrückung wie Rassismus, nationaler Unterdrückung, Jugendunterdrückung, insbesondere aber von einer systematischen Unterdrückung der Frauen und von patriarchalen Geschlechterverhältnissen geprägt.



Auch wenn der Kapitalismus historisch ältere Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse aufnimmt, so werden diese nicht einfach „eingefügt“ als ein weiteres, apartes Verhältnis neben der kapitalistischen Ausbeutung. Vielmehr erhalten sie – und so auch die Frauenunterdrückung – eine spezifische Form.

Auf den ersten Blick erscheint der Kapitalismus blind gegenüber dem Geschlecht. Eine Frau kann und wird genauso ausgebeutet wie ein Mann. Formalrechtlich gilt sie als gleich, wenigstens in den imperialistischen Kernländern – wenn auch erst nach jahrhundertlangem Kampf. Für Frauen in der „Dritten Welt“ ist selbst die bürgerliche Gleichheit noch ein hart zu erkämpfendes Ziel. Sie sind gezwungen, unter patriarchalen Verhältnissen zu leben, deren Form noch von vorbürgerlichen Gesellschaftsformationen geprägt ist, auch wenn sie in die globale kapitalistische Arbeitsteilung inkorporiert wurden.

Entscheidend ist jedoch, dass die Frauenunterdrückung im Kapitalismus untrennbar mit dem Lohnarbeitsverhältnis verbunden ist. Die Reproduktionsarbeit erscheint als Privatsache. Die von Frauen verrichtete Arbeit im Haushalt und selbst in sozialen Dienstleistungen erscheint nicht als „richtige“ Arbeit oder als wertlos, weil sie keinen Mehrwert für das Kapital schafft. Dabei verrichten Frauen den größeren Teil der Gesamtarbeit in der globalen Gesellschaft. In der Krise nimmt dieser Teil sogar zu, weil Lohnkürzungen, Privatisierung, Verteuerung oder Schließung von sozialen Diensten (Kitas, Schulen, Jugendzentren, Senioreneinrichtungen) usw. dazu führen, dass immer größere Teile dieser Aufgaben auf den privaten Haushalt oder auf Billigjobs, in die wiederum v.a. Frauen gezwungen werden, verlagert werden.

Arbeitslohn und Struktur der ArbeiterInnenklasse sind noch von dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung geprägt. Frauen werden in „Frauenberufe“ gedrängt, die ihren vorgeblich natürlichen Eigenschaften besonders entsprechen würden und – Welch Zufall! – schlechter entlohnt sind. Drängen Frauen in bestimmte Berufe, z.B. Lehrberufe, so sinkt dessen gesellschaftliches Prestige tendenziell und auch deren Einkommen.

Selbst bei gleicher Qualifikation verdienen Frauen deutlich weniger als Männer – in Deutschland rund 28 Prozent. Im Kapitalismus wird der Lohn als Familienlohn betrachtet wird, der Mann gilt implizit weiter als „Ernährer“ oder Hauptverdiener/Hauptberuflicher – und die Frau nur als „Zuverdienerin“. Dass dies längst nicht den faktischen Lebensverhältnissen entspricht, ficht Kapital und bürgerliche Politik nicht weiter an. Im besten Fall reagiert sie mit Gleichheitsforderungen und Regularien, die letztlich aber an der Oberfläche bleiben müssen, weil sie die eigentliche Wurzel der Frauenunterdrückung - die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und den Privatcharakter der Hausarbeit - nicht angreifen wollen und können. Nicht wollen, weil das Kapital gut, ja sehr gut damit und davon lebt, die private Reproduktionsarbeit einfach „vorzufinden“ und als naturgegeben zu behandeln. Nicht wollen, weil das Geschlechterverhältnis (wie alle anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, nicht zuletzt auch die Lohnarbeit selbst) als natürlich und als „Sachzwang“ und damit als unveränderbar erscheint.

Nicht können, weil damit auch das Lohnarbeitsverhältnis, also Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als Ware – und damit aber auch ein System verallgemeinerter Warenproduktion – in Frage gestellt werden müsste. Das kann selbstredend von einer herrschenden Klasse und deren politischem Führungspersonal ebenso wenig erwartet werden wie die freiwillige Abschaffung des Kapitalverhältnisses selbst.

Die Zählebigkeit dieses Verhältnisses wird durch machtvolle Stereotype der Unterdrückung und Unterordnung deutlich. Ob nun in der Bildung, im Beruf, in der Familie bis hin zu Kirchen usw. – überall wird die Arbeitsteilung reproduziert und ideologisch gerechtfertigt als scheinbar „natürliche Ordnung“. Auf ihr beruhen patriarchale und sexistische Ideologien.

Gewalt von Männern gegen Frauen, Transgender und Homosexuelle ist der brutalste Ausdruck dieser Unterdrückung. Sie geht – siehe das Verbot oder die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung – immer mit der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen über den eigenen Körper einher.

Wir sind uns bewusst, dass hinter der Zählebigkeit reaktionärer Ideologien und Vorurteile auch reale Privilegien von Männern – auch der proletarischen! – stehen. Der Ver-

weis darauf, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung letztlich den Befreiungsinteressen der gesamten Klasse entgegensteht – also auch jenen der Männer – reicht daher keineswegs aus, um diese Einsicht in den Hirnen und erst recht im Verhalten der Männer zu verankern.

AntikapitalistInnen, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen Frauenunterdrückung und Patriarchat, müssen diese Strukturen und Ideologien angreifen – und zwar heute, hier und jetzt, ebenso wie während revolutionärer Prozesse und auch in einer sozialistischen Gesellschaft, in der sich patriarchale Machtverhältnisse eben nicht „von allein“ auflösen.

Unser Kampf gegen Frauenunterdrückung geht dabei einher mit dem Kampf gegen die Unterdrückung von Schwulen, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuellen ein.

Die Aufhebung der gesellschaftsspezifischen Arbeitsteilung, darunter der privaten Hausarbeit, wird ein zäher und langwieriger Prozess sein – auch, weil er gegen Widerstände in der revolutionären Klasse selbst durchgesetzt werden muss und eng mit der bewussten Überwindung und Umgestaltung eines hierarchisch organisierten Produktions- und Reproduktionsprozesses verbunden ist, den die sozialistische Revolution vorfindet und nur allmählich überwinden kann. Es wird daher auch einen bewussten Kampf, ein bewusstes Ringen um eine solche Umgestaltung auch nach der Revolution geben - wie auch gegen die machtvollen Stereotype der Unter- und Überordnung.

Ohne Kampf gegen Frauenunterdrückung, Patriarchat und Sexismus kann es keine sozialistische Umwälzung im eigentlichen Sinn, keine Befreiung von allen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung geben. Aber auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ohne Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse keine Frauenbefreiung.

Geschlechterverhältnisse

*(Vorschlag von SIB und RSB.
Fassung der GAM siehe im Text oben.)*

Der heutige Kapitalismus ist nicht nur von Klassenverhältnissen, sondern auch von rassistischen Herrschaftsverhältnissen und von patriarchalen Geschlechterverhältnissen geprägt. Diese patriarchalen Herrschaftsverhältnisse sind u.a. bestimmt durch die Zweiteilung der Geschlechter und deren Organisation in einer Rangordnung, sie werden

durch geschlechterhierarchische Arbeitsteilung und vielfältige geschlechterstereotype Zuschreibungen immer wieder reproduziert.

Der Kapitalismus nutzt die geschichtlich deutlich älteren patriarchalen Strukturen zur eigenen Stabilisierung. AntikapitalistInnen, die es ernst meinen mit einer feministischen Orientierung, müssen diese Strukturen und Ideologien angreifen – und zwar heute, hier und jetzt ebenso wie während revolutionärer Prozesse und auch in einer sozialistischen Gesellschaft, in der sich patriarchale Machtverhältnisse eben nicht „von alleine“ auflösen.

Ungleicher Lohn und unbezahlte Hausarbeit lassen sich „schnell“ aufheben, die machtvollen Stereotype der Unter- und Überordnung erfordern auch in einer nachkapitalistischen Gesellschaft feministische Auseinandersetzung.

Antipatriarchale „Angriffsziele“ gibt es genug: Noch immer erledigen Frauen den größten Teil der familiären und zivilgesellschaftlichen Reproduktionsarbeit. Dies führt gerade in neoliberalen Zeiten, in denen jede erwachsene Person zum Verkauf ihrer Arbeitskraft aufgerufen und für die eigene Existenzsicherung zuständig ist, zu enormen Belastungen insbesondere bei Frauen mit Sorgeverpflichtungen für Kinder und / oder pflegebedürftige Erwachsene.

Linke Politik, die den Kampf um Reformen gering schätzt, ist nicht revolutionär, sondern großmülig – die Forderungen nach ausreichend vielen Kindertagesstätten mit hoher Qualität, nach höheren Löhnen, nach emanzipatorischer Bildung für alle, nach Schulen mit Ganztagsbetreuung, nach umfassender Versorgung im Krankheits- und Pflegefall, ebenso nach Aufbrechung der geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung in diesen Berufsfeldern sollten also antikapitalistische Selbstverständlichkeit sein.

Noch immer besitzen Männer den Löwenanteil des gesellschaftlichen Reichtums und verdienen im Durchschnitt bei vergleichbarer Qualifikation und gleicher Erwerbsarbeitszeit (im Jahre 2012) 28 % mehr als Frauen und arbeiten in weit geringerem Umfang im Niedriglohnbereich. Es sind vor allem die personennahen Dienstleistungen im Bereich der Erziehung, Pflege, Gesundheit und Hausarbeit, in denen die Arbeit von Frauen systematisch abgewertet wird, obwohl sie eine absolute Notwendigkeit für den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozess ist.

Männergewalt gegen Frauen, Transgender und Homosexuelle ist der offensichtlichste Ausdruck patriarchaler Herrschaft. Ebenso wie ein Verbot von Abtreibung, welches Frauen die Selbstbestimmung über ihren Körper entzieht.

Wir wollen einen feministischen Antikapitalismus und einen antikapitalistischen Feminismus, weshalb die Verschränkung kapitalistischer und patriarchaler Herrschaftsformen besondere Beachtung verdient – Prekarität und Altersarmut sind vor allem weiblich, es ist die Aufgabe von RevolutionärInnen, dies in sozialen Kämpfen permanent zu skandalisieren.

Dies bedeutet nun wiederum nicht, bei sozialstrukturellen „Angriffszielen“ stehen zu bleiben. Absicherung von Herrschaft bedarf auch vielfältiger ideologischer Rechtfertigungen. Die patriarchale Ideologie beruht auf Zuschreibungen von Eigenschaften an bestimmte Personengruppen. Diese stereotypen Zuschreibungen sind besonders stabil, wenn sie mit hierarchisierenden und naturalisierenden Bewertungen einhergehen. Dafür eignen sich biologistische Geschlechterstereotype ganz besonders, da die Natürlichkeit von Geschlecht, genauer die Zweigeschlechtlichkeit kaum hinterfragbar erscheint.

Es handelt sich hierbei vermutlich um den härtesten Stabilitätskern des Alltagswissens. Wir sehen jeden Tag, wie über Erziehung, Familie, Politik, Medien, Werbung, Schulbücher, Spielzeug etc. Individuen zu Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern gemacht werden. Mit dem angeblich natürlichen Unterschied werden in der Folge patriarchale Arbeitsteilungen kulturell begründet und materiell in der Produktions- und Reproduktionssphäre stabilisiert.

Aufgabe revolutionärer Politik ist es, diese bipolaren und stereotypen Zuschreibungen anzugreifen, da sie Unterdrückung und Diskriminierung stützen und Solidarität verhindern. Was wäre schließlich dagegen einzuwenden, einfach mal ein Eichhörnchen zu sein? Das Eichhörnchen – egal ob Männchen oder Weibchen – benutzt seinen imposanten Schwanz immerhin nur als schmückendes Ausgleichsorgan, um in allen Lebenslagen das Gleichgewicht zu halten. Machtansprüche gegenüber anderen leitet es aus der Existenz dieses Organs nicht ab.

Die Vision der Befreiung des Menschen von kapitalistischen Zwängen ist nur dann glaubwürdig, wenn sie einhergeht mit einem Kampf gegen alle „althergebrachten“ und also auch patriarchalen Unterdrückungen und Privilegien.

Das schließt auch den Kampf gegen die Unterdrückung von Schwulen, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuellen ein. Eine NAO wird sich an ihrem Kampf beteiligen und für eine anti-kapitalistische Perspektive eintreten.

Jugendunterdrückung im Kapitalismus

Überall auf der Welt kämpfen Jugendliche in der ersten Reihe des Widerstandes: In Europa ist die Jugend der dynamischste Teil im Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau. Bei Demos und Blockaden gegen Repression und Krieg steht sie an vorderster Front. In den arabischen und nordafrikanischen Ländern war es die Jugend, die den Protest gegen staatliche Willkür und Despoten in Aufstände und Revolutionen verwandelte.



Bild: flickr.com, Fer N@ndo

Schon früh werden Jugendliche systematisch unterdrückt. Bereits in der Familie werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene an die Klassenherrschaft gewöhnt. Meist wird ihnen jede Mitbestimmung bei Familienangelegenheiten und Selbstbestimmung im eigenen Privatleben verwehrt.

In der Schule werden sie in überfüllte marode Klassen gepfercht, zur Unterordnung und Konkurrenzgeist angehalten und zu stumpfsinnigen Befehlsempfängern erzogen. Der Staat schränkt die Rechte der Jugend durch repressive Gesetze, Kriminalisierung von Drogenkonsum, Sexualnormen und Polizeiwilkkür massiv ein.

Und falls es ein/e Jugendliche/r oder junge/r Erwachsene/r in eine Ausbildung oder einen Job schafft, ist er oder sie systematischer Ausbeutung und mangelnder Mitbestimmung ausgesetzt und existiert zwischen Leistungsabhängigkeit (Alg2, Bafög), unbezahl-

ten Praktika und prekären Jobs (Minijobs, Leiharbeit oder StudentenInnenjobs). In den arabischen und südeuropäischen Ländern ist die Hälfte der jungen Menschen erwerbslos, während Kinder und Jugendliche in Halbkolonien zu Arbeiten unter 1€ / Stunde gezwungen werden. Auch in den südeuropäischen Ländern sehen wir, wie der Kapitalismus die Zukunft von Millionen junger Menschen zerstört.

Dagegen muss sich die Jugend selbstständig organisieren, um ihre Interessen zu verteidigen und eigene Erfahrungen zu machen.

Doch alleine kann sie diesen Kampf gegen das System nicht gewinnen. Sie hat keine ökonomischen Druckmittel, wie die ArbeiterInnenbewegung. Aber die Mehrheit der Jugendlichen und die Lohnabhängigen teilen dieselben strategischen Interessen.

Dabei kann die Jugend einen großen Beitrag leisten: Jugendliche sind weniger als Erwachsene oder langjährige LohnarbeiterInnen von Niederlagen geprägt und daher dynamischer. Sie sind oft InitiatorInnen von größeren Klassenkämpfen, sie aktivieren andere Milieus und spielen bei der Radikalisierung von Bewegungen eine große Rolle.

Wir unterstützen den Aufbau einer unabhängigen Organisation revolutionärer und anti-kapitalistischer Jugendlicher. Deshalb rufen wir alle jungen und jugendlichen Menschen dazu auf, sich mit uns zu organisieren, zu diskutieren und in die Aktion zu treten.

Für eine Europa von unten – für einen neuen Internationalismus

Im Gegensatz zu großen Teilen der Linkspartei halten wir Anti-Imperialismus nicht für „von gestern“. Der Imperialismus ist eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus, ein globales System, in dem die Welt von wenigen großen Konzernen, Banken und Finanzinstitutionen sowie Großmächten beherrscht wird.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land: Die BRD ist dabei, Europa neu zu ordnen und die EU zu einem imperialen Block unter deutscher Führung auszubauen. Die EU ist ein imperialistisches Projekt und nicht zu demokratisieren oder zu reformieren, sondern zu bekämpfen. Unsere Alternative zum Europa des Kapitals ist jedoch nicht die Rückkehr



zu einem Europa vorgeblich „unabhängiger“ Nationalstaaten mit dutzenden Währungen und noch mehr Grenzen. Unsere Alternative ist ein Europa der ArbeiterInnen, ein Europa des grenzübergreifenden koordinierten Widerstands, ein Europa der sozialistischen Umwälzung.

Wir lehnen jede militärische und sonstige Intervention der imperialistischen Mächte und ihre Militärbündnisse wie die NATO ab – unabhängig davon, ob sie unter „humanitärem“ Vorwand, als „Polizeitruppe“ und „Friedensstifter“ gerechtfertigt werden, unabhängig davon, ob sie von der UN oder sonst jemandem mandatiert werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass solche Interventionen zu keiner Verbesserung der Lage der Bevölkerung führen. Das vorgeblich humanitäre Eingreifen verfolgt alles andere als humanitäre Zwecke – was schon darin zum Ausdruck kommt, dass sich westliche Regierungen die „Verteidigung der Menschenrechte“ in rohstoffreichen oder geo-strategisch wichtige Gegenden Milliarden kosten lassen, während anderorts problemlos mit diktatorischen Regimes kooperiert wird.

Zugleich sehen wir die internationalen Klassenkämpfe nicht durch die Brille geopolitischer Machtinteressen, sondern als Teil eines zusammenhängenden, weltweiten Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Deshalb macht sich unser Anti-Imperialismus nicht gemein mit den Lukaschenkos oder Mullah Omars dieser Welt. „Hände weg vom Iran“ ist nicht gleichbedeutend mit der

Verteidigung des Mullah-Regimes. Die arabischen Revolutionen waren und sind legitime Massenbewegungen gegen „ihre“ Despoten. Zugleich gilt es, gegen den wachsenden Einfluss von reaktionären pro-imperialistischen oder islamistischen Kräften bis hin zu proto-faschistischen zu kämpfen. Wir wollen dazu einen Betrag leisten durch aktive Unterstützung der sich formierenden ArbeiterInnenbewegung wie z.B. unabhängiger Gewerkschaften, der Frauenbewegung und v.a. der sozialistischen Linken. Wir sind InternationalistInnen, weil eine solidarische und gerechte Gesellschaft im nationalen Rahmen weder möglich noch wünschenswert ist.

Auch wenn wir wissen, dass angesichts des beklagenswerten Zustandes der radikalen Linken in Deutschland vor allem Realismus und Bescheidenheit angesagt sind, verlieren wir nicht aus den Augen, dass die revolutionär-antikapitalistischen Kräfte nicht nur national, sondern auch international zersplittert sind. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir uns aktiv an Diskussionen und Initiativen zur Schaffung einer neuen kämpferischen und demokratischen Internationalen beteiligen.

Gemeinsam kämpfen

Wenn wir verhindern wollen, dass auch weiterhin die Kosten der kapitalistischen Krise auf jene abgewälzt werden, die sie nicht verursacht haben, dann geht das nur gemeinsam. Deshalb streben wir im Widerstand gegen die Angriffe auf Löhne und soziale Errungenschaften, gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen patriarchale Diskriminierung, gegen die Zurichtung unseres Lebens nach dem Profitprinzip die größtmögliche Einheit an. In konkreten Aktionseinheiten etwa zur Blockade von Nazi-Aufmärschen oder zur Verhinderung unsinniger Großprojekte wie ‚Stuttgart 21‘ arbeiten wir auch mit Kräften zusammen, die nicht anti-kapitalistisch sind. In der ArbeiterInnenbewegung streben wir die größtmögliche Einheit in der Aktion an. Denn RevolutionärInnen gewinnen die Basis in Gewerkschaften oder reformistischen Parteien nicht in erster Linie durch „Entlarvung“ ihrer Führungen. Der „Gebrauchswert“ einer revolutionären, anti-kapitalistischen Organisation muss sich auch in den aktuellen Kämpfen für konkrete Verbesserungen im Hier und Heute erweisen. Nicht nur das: Er ist unabdingbar erforderlich, denn erst aus diesen Kämpfen erwächst die Kollektivität und das Selbstbewusstsein, das wir brauchen, um auch weitergehende Ziele erreichen zu können. Neues wurde immer schon im Schoße der alten Gesellschaft antizipiert, theoretisch wie praktisch. Aber klar ist, dass auch kleine Erfolge nur gegen das und nicht mit dem System durchgesetzt werden können.



Bild: flickr.com, Michael Bruns

Deshalb kritisieren wir die Orientierung der deutschen Gewerkschaften auf „Sozialpartnerschaft“ und „Standortsicherung“. Dennoch sind die Gewerkschaften als Verteidigerinnen der unmittelbaren Interessen der abhängig Beschäftigten nicht zu ersetzen – dass wir in ihnen arbeiten, ist für uns selbstverständlich. Allerdings kämpfen wir dort für einen Kurswechsel: Mut zum Konflikt, Aneignung der Arbeitskämpfe durch die Belegschaften, vollständige Demokratie und Transparenz in den Organen der Interessenvertretung auf allen Ebenen.

In einigen Sektoren haben sich in letzter Zeit Spartengewerkschaften etabliert, die aufgrund ihrer Kampfkraft und Entschlossenheit teilweise erfolgreich sind, aber nicht überall die Interessen aller KollegInnen, geschweige denn der gesamten Klasse, im Blick haben. Wir plädieren für differenzierte „Einzelfallprüfung“: Die GdL („Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer“) ist etwas anderes als Cockpit oder der Marburger Bund, weil letzterer das Pflegepersonal ignoriert, während die GDL sich ernsthaft bemüht, nicht nur LokführerInnen, sondern z.B. auch die Belange von ZugbegleiterInnen zu vertreten.

Auf der anderen Seite sind große Teile der (überwiegend weiblichen) Beschäftigten im Niedriglohn-Bereich gänzlich ohne gewerkschaftliche Vertretung. Hier geht es darum, kämpfende Belegschaften etwa in Call Centern, LeiharbeiterInnen am Fließband von Amazon oder bei Flashmobs im Einzelhandel durch Solidaritätsarbeit auch von außen zu unterstützen.

Die schiere Existenz einer Partei links von SPD und Grünen mit einem gewissen Massenanhang ist für deutsche Verhältnisse ein Fortschritt. Sie hat bei GewerkschafterInnen, Erwerbslosen und auch Teilen der „radikalen Linken“ Hoffnungen genährt. Allerdings

setzen Parlamentsfraktionen und Hauptamtlichenapparat mehrheitlich auf Regierungsbeteiligung und nicht auf Mobilisierungen oder betriebliche Kämpfe. Die Linkspartei ist – leider – vor allem eine Wahlpartei und eine Partei der passiven Mitglieder. Wobei es allerdings immer noch große Unterschiede zwischen den staatstragend – pro-kapitalistischen Ostlandesverbänden und einer Reihe von Gliederungen im Westen gibt, in welchen ernsthafte AntikapitalistInnen durchaus einflussreich sind. Die Grenzen ihres Wirkens zeigen sich jedoch in einer politischen Anpassung an den Apparat.

Nicht unterschätzt werden darf zudem, dass mit dem Aufkommen der Linkspartei die Monopolstellung der SPD in den Gewerkschaften immerhin angeknackst wurde. Das Niveau der Klassenkämpfe und des Klassenbewusstseins in Deutschland ist sehr bescheiden, für Viele, die am real existierenden Kapitalismus zu zweifeln beginnen, ist die Linkspartei die „erste Adresse“.

Wer einen politischen und organisatorischen Anlauf links der Linkspartei wagt und vorschlägt, muss das also gut begründen. Das tragische Schicksal von Rifondazione Comunista, das die gesamte italienische Linke in einen Abwärtsstrudel gerissen hat, zeigt, dass wir nicht warten können und dürfen, bis auch die Linkspartei sich auf ihrem leider absehbaren weiteren Weg in die Anpassung endgültig blamiert hat. Wir sehen uns in einer Art „solidarischen Konkurrenz“ zur Linkspartei – sie ist (mehrheitlich) etwas für „Kapitalismus-Zähler“, die NAO ist was für „Kapitalismus-AbschafferInnen“.

Wir sind dafür, die propagandistischen und politischen Möglichkeiten von Wahlkämpfen und Parlamentssitzen zu nutzen, aber derartige Aktivitäten müssen immer der Orientierung auf Selbsttätigkeit und Selbstorganisation untergeordnet sein. Unser Verhältnis zu Wahlen, Parlamenten und bürgerlicher Demokratie ist ein taktisches. Wir verteidigen mühsam erkämpfte demokratische Rechte, wohlwissend, dass es sich dabei im bürgerlichen Staat um eine „Schönwetter-Veranstaltung“ handelt, die – sobald Macht und Besitz der herrschenden Klasse tatsächlich zur Disposition steht – sehr schnell von autoritären oder faschistischen Regimes abgelöst werden kann.

Wir argumentieren und kämpfen gegen eine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise in jeder Form und auf jeder Ebene. Von der Ablehnung von „Bürger“-Haushalten auf kommunaler Ebene (bei denen am Ende des Tages nur entschieden wird, ob das Seniorenheim oder die Kindertagesstätte dicht gemacht wird) bis zur Kritik am Eintritt in bürgerliche Regierungen (in denen die „Linken“ schon immer die „Drecksarbeit“ machen durften).

Die Hollande-Regierung ist „Schroder a la française“ und dementsprechend zu bekämpfen. Wo, wie in Griechenland, in einer zugespitzten Klassenkampfsituation die Bildung

einer Linksregierung möglich werden kann, fordern wir von diesen die Bildung einer Regierung ohne bürgerliche Parteien und Maßnahmen, die einen wirklichen Bruch mit dem System einleiten. Eine solche Regierung würden wir gegen jeden reaktionären Umsturzversuch verteidigen – ohne unsere Kritik an ihren Fehlern zu verheimlichen. Entscheidend ist es, die Erfahrung mit einer solchen Regierung dazu zu nutzen, die Selbstorganisation der Klasse voranzutreiben und so eine revolutionäre Überwindung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vorzubereiten.

Warum und welche Organisation

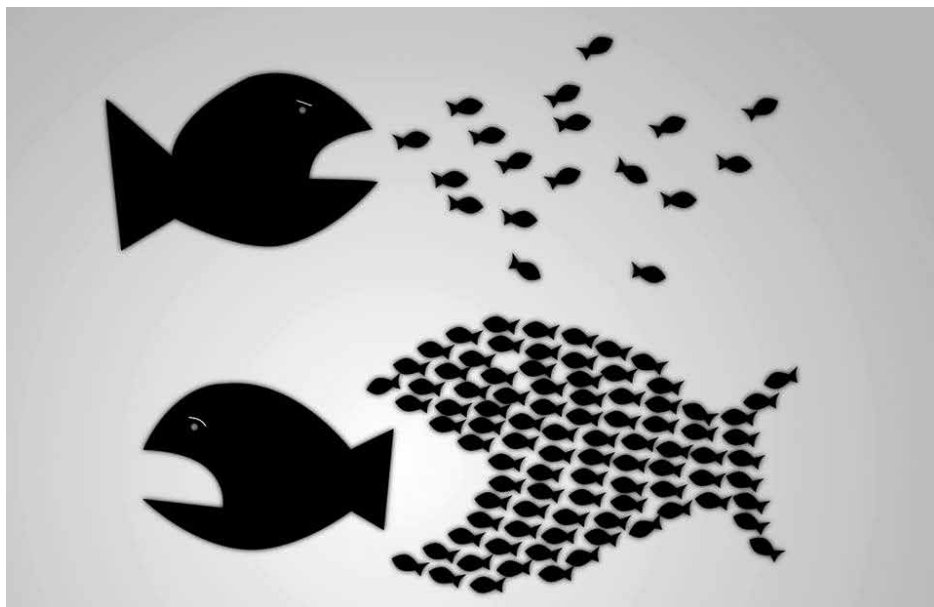
In vielen Ländern entwickeln sich zurzeit strömungsübergreifende und spannende Umgruppierungs- und Neuformierungsprozesse in der radikalen antikapitalistischen Linken. Leider sind in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen viele dieser Versuche misslungen. Trotzdem gibt es unseres Erachtens keine Alternative zu einem erneuten Anlauf. In Deutschland wird aber weiterhin mit Inbrunst der „eigene Vorgarten“ gepflegt.

Dies ist eine Reaktion auf die eigene Schwäche, auf den geringen Einfluss der revolutionär gesinnten Organisationen und Gruppierungen - also auf ein reales Problem, mit dem jede auch noch so kleine Gruppe oder Strömung konfrontiert ist. Keine der heute in Deutschland existierenden antikapitalistisch-revolutionären Organisationen kann für sich in Anspruch nehmen, eine glaubwürdige Alternative darzustellen.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Erschütterung des Kapitalismus als solchem – eine tiefe Rezession – keineswegs automatisch zum Wachstum der „**radikalen Linken**“ und ihrer verschiedenen Gruppierungen führt – obwohl es durchaus Ansätze von Bewegungen gab. Die NAO versucht, als Ausweg aus dieser Schwäche, eine handlungsfähige politische und organisatorische Alternative zum Reformismus aufzubauen.

Dazu kann jede Strömung einen Fundus von Wissen und Sachverstand, von Kampferfahrungen und Traditionen einbringen, die für die gemeinsame Sache nutzbar gemacht werden können und müssen. Es ist eben nicht so, dass die einen alles richtig und die anderen alles falsch machen. Gleichwohl geschieht der von uns vorgeschlagene Aufbruch aus dem Zirkelwesen hin zu einer gesellschaftlich wahrnehmbaren radikal linken Kraft nicht voraussetzungslos. Die bislang im NAO-Prozess Versammelten verbinden wichtige programmatische Einsichten, die uns von anderen Strömungen trennen.

Unsere bisherigen Erfahrungen in diesem Prozess sind trotz aller Probleme und weiter bestehender Differenzen positiv: Es ist nicht nur erfolversprechender, sondern macht



auch mehr Spaß, das Gemeinsame zu suchen, anstatt das Trennende zu pflegen. Unserer Meinung nach hat sich außerdem erwiesen, dass es nicht reicht, große Kampagnen, Bündnisse oder Netzwerke zu schaffen. Diese spielen mitunter eine wichtige und vorwärtstreibende Rolle, wenn es um die Mobilisierung zu bestimmten Themen geht. Aber sie können eine längerfristige politische Organisation nicht ersetzen. Nur diese ist in der Lage, Kontinuität unabhängig von Bewegungskonjunkturen zu sichern. Nur sie kann eine längerfristige gemeinsame Intervention und Arbeit in den Gewerkschaften, in Betrieben, an Schulen, Unis oder im Stadtteil sichern und helfen eine Perspektive zu bewahren, die über einzelne aktuelle Themen hinausgeht.

Viele AktivistInnen aus MieterInnenbündnissen, Antifa-Zusammenhängen oder Stadtteilinitiativen sind nicht grundsätzlich gegen Organisation, sehen aber oft nicht den Nutzen einer bundesweiten politischen Organisation. Wir hoffen, möglichst viele dieser AktivistInnen davon zu überzeugen, dass die Zusammenführung von Teilkämpfen und Debatten und die gemeinsame Selbstqualifikation den Widerstand gegen die kapitalistischen Zumutungen voran bringen. Zudem müssen wir auch nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen: Eine lernfähige und lernbereite Organisation ist auch so etwas wie ein „kollektives Gedächtnis“.

Eine solche anti-kapitalistische Organisation kann natürlich nicht über Nacht improvisiert werden. Sie wird auch nicht mit einem Schlag alle Differenzen in der radikalen Linken überwinden. Es wäre utopisch, eine politische Einigung zu allen Fragen zur Voraussetzung für den Diskussionsprozess und für die ersten Organisierungsschritte zu machen.

Auch mit Gründung einer NAO (oder wie immer sie dann heißt) werden die darin vertretenen Organisationen und Gruppierungen weiter fortbestehen. Die Zersplitterung der deutschen Linken, auch unsere eigene, kann nur überwunden werden durch erfolgreiche praktische Zusammenarbeit. Die NAO soll nicht nur ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen sein, ihre Entscheidungen werden von den einzelnen Mitgliedern demokratisch gefällt. Um allen Interessierten die Mitarbeit zu ermöglichen, wollen wir an allen Orten, wo es genug GenossInnen für die Bildung einer NAO-Gruppe gibt, lokale Gruppierungen und Grundstrukturen aufbauen. Nur so kann sichergestellt werden, was wir vor allem anstreben: Die NAO soll kein „Kartell“ bereits bestehender Organisationen werden, sondern attraktiv sein für die vielen bislang vereinzelt und verstreuten AntikapitalistInnen in Deutschland.

Die Organisation, die wir anstreben, soll lebendig sein. Wir wollen in der NAO eine Sprache, einen Diskussionsstil und eine politische Kultur pflegen, die auch Außenstehende zum Mitmachen einlädt, politisch weniger Erfahrene qualifiziert, ein Gruppengefühl aufkommen lässt, wo Informationen transparent zirkulieren und Entscheidungen nach festgelegten Regeln getroffen werden. Wir pflegen den solidarischen Streit und lehnen bürokratische Manöver ab. Wir wollen eine Organisation von Aktiven und haben deshalb eine gewisse Verbindlichkeit in unserer gemeinsamen Arbeit vereinbart. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht nur hart gesottene „Kader“ den schwierigen Spagat zwischen dem Alltagsstress und dem Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus aushalten. In der Organisation, die wir anstreben, muss sich auch die allein erziehende Pflegekraft in Wechselschicht wohl fühlen und einbringen, sprich den Kurs tatsächlich mitbestimmen können.

Besonderen Wert legen wir darauf, dass der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen, von MigrantInnen und Jugendlichen nicht nur auf dem Papier steht. Quotierte Redelisten, autonome Frauenstrukturen auch in einer gemischtgeschlechtlichen Organisation, Nicht-Tolerierung sexistischer und rassistischer Rede- und Verhaltensweisen sind Selbstverständlichkeiten, aber auch die systematische Organisation der Kinderbetreuung während politischer Treffen wollen wir gewährleisten.

Dieses Manifest stellt die Grundlage für das Handeln der NAO, die Basis für unseren Aufbau dar. Es ist jedoch noch weit davon entfernt, ein Programm einer revolutionären Organisation darzustellen, in der die politischen Differenzen der jeweiligen Strömungen überwunden wären. Die Erfahrungen der anti-kapitalistischen Organisationen in anderen Ländern haben gezeigt, dass Differenzen nicht totgeschwiegen oder hinter Formelkompromissen versteckt werden dürfen. Gerade in einer Umbruchperiode werden Anti-KapitalistInnen rasch vor politische und programmatische Fragen gestellt, die in Zeiten längerfristig relativ stabiler Entwicklung in weiter Ferne schienen.

Eine Aufgabe der NAO wird sein, an der Diskussion und Überwindung dieser Differenzen und an der Ausarbeitung eines Aktionsprogramms zu arbeiten. Für uns steht diese Arbeit nicht im Gegensatz zur gemeinsamen Praxis und zum Aufbau – vielmehr sollen und können diese einander wechselseitig befruchten. Der Prozess der Herausbildung einer NAO, die diesen Namen auch verdient, ist nicht abgeschlossen – das ist keine wohlfeile Floskel, sondern ernst gemeint. Wir laden dazu ein, offen und zielgerichtet den organisierten Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen – nur wer nichts macht, macht auch keine Fehler.



Das NaO-Manifest wird unterstützt von:

Sozialistische Initiative Berlin (SIB)

www.nao-prozess.de

isl - internationale sozialistische linke

E-Mail: isl@islinke.de

www.islinke.de

Gruppe Arbeitermacht (GAM)

E-Mail: info@arbeitermacht.de

www.arbeitermacht.de

REVOLUTION

internationalistische, kommunistische Jugendorganisation

E-Mail: germany@onesolutionrevolution.de

www.onesolutionrevolution.de

SYKP - Partei des sozialistischen Wiederaufbaus

www.facebook.com/

SosyalistYenidenKurulusPartisi

Den NaO-Prozess unterstützten außerdem:

SOKO - Arbeitsausschuss der Sozialistischen Kooperation

E-Mail: info@sozialistische-kooperation.de

www.sozialistische-kooperation.de

(RIR)

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

E-Mail: riruhr@riseup.net

www.rir.blogspot.de

Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)

E-Mail: buero@rsb4.de

www.rsb4.de